

Online-  
Ausgabe

# NEUE REALITÄTEN.

HYBRIDES LERNEN

DISTANZGEBOT

HYGIENEREGELN

KONTAKTBESCHRÄNKUNG

ABSTANDSREGELN

LÜFTEN

FERNUNTERRICHT

MASKENPFLICHT  
IM UNTERRICHT



**Neue Realitäten.** Chancen nutzen. Schule gestalten.

**Fakten-Check:** Rechtssicher durch den Schulalltag

**Ländervereinbarung der KMK:** Historischer Tag?

**Weitervereinigung:** 30 Jahre Deutsche Einheit

**Landtagswahl:** Stellen Sie die „Gretchenfrage“!

**MINT im Dialog:** Faszination Weltall

**KlarText:** Mehr Wertschätzung! Mehr Fürsorge! Mehr Rückendeckung!

# Inhalt

## Ausgabe Dezember 2020

Editorial .....	4
Haiku .....	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort .....	5
<b>Bildungspolitik</b>	
Corona-Splitter, Teil II: Gesammelt von Wolfgang Häring und Wolfgang Wünschel .....	6
Buchbesprechung: „Trotzdem“ .....	10
Aus dem Bildungsbericht 2020 .....	11
OECD-Bericht: OECD lernt Wert der Beruflichen Bildung zu schätzen .....	12
▶ KMK verabschiedet Ländervereinbarung .....	14
▶ 30 Jahre Deutsche Einheit: Mehr Einheit, mehr Vielfalt: Weitervereinigung .....	15
Bildungsexkursion im Oktober 1990: „Es ist alles so undurchschaubar“ .....	18
<b>VRB-Verbandsarbeit</b>	
Virtuelle Landeshauptvorstandssitzung 2020: Digitale Technik erfolgreich eingesetzt! .....	20
VRB-Vorstand befasst sich mit bildungspolitischen Entwicklungen und Medienfragen .....	22
VRB-Pressemitteilung: „Vorbereitung auf denkbare Szenarien beschleunigen“ .....	23
▶ Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz: Stellen Sie die Gretchenfrage! .....	24
Glückwunsch VRB! 70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft .....	26
Tarifrunde 2020 abgeschlossen: dbb-Tarifkommission stimmt Einigung mit Bund und Kommunen zu .....	29
<b>Schule in Rheinland-Pfalz</b>	
Pinnwand .....	30
Wahl: Manfred Schabowski wiedergewählt .....	31
Schulrecht: Kreis muss für Transport von Grenzgänger-Schülern zahlen .....	31
INSM-Bildungsstudie 2020: Rheinland-Pfalz fällt auf Platz 10 zurück .....	32
Gemeinsame Pressekonferenz des LEB mit den Lehrerverbänden: „Schulterschluss für kleinere Klassen!“ .....	33
Interview mit einer Mutter zur verpflichtenden Ganztagschule: „Bitte lasst uns die Wahl!“ .....	34
Fakten-Check mit Johannes Jung zum Thema Ganztagschule: „Wahlfreiheit ist gewährleistet!“ .....	36
VRB in den Sozialen Medien .....	37
„To find a silver lining in every cloud“ ... auch das zeigt Corona in der Schule .....	38
Auf ein Wort, Frau John! .....	40
▶ <b>Titelthema: Schule und Recht</b>	
Heft im Heft: Rechtssicher durch den Schulalltag .....	41
Digitaler Wandel – Chancen nutzen – Neue Herausforderungen im Schulalltag. Welche rechtlichen Vorgaben sind zu beachten? .....	42



## 53\_PERSONALRATSWAHLEN 2021



## 64\_WÄHLEN AB 16?

### Diskussionsforum



## 69\_MINT IM DIALOG – FASZINATION WELTAL



Foto: Pixabay

## 86\_KLARTEXT: MEHR WERTSCHÄTZUNG! MEHR FÜRSORGE! MEHR RÜCKENDECKUNG!



<b>Rechtssicherheit gewinnen:</b>	
Wilfried Rausch im Fakten-Check mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu ...	43
<b>Unsere VRB-Expertinnen und -Experten für Ihre Fragen</b> .....	47
<b>Schulrecht, Dienstrecht und Medienrecht:</b>	
Themen- und Fundstellenübersicht .....	48
<b>Info-Punkt für Pensionäre:</b> „Altersbericht“ Digitalisierung: Lebensqualität in der nachberuflichen Lebensphase verbessern .....	50
<b>Beruf</b>	
Pinnwand .....	52
<b>Neue Realitäten. Chancen nutzen. Schule gestalten.</b>	
Personalratswahlen 2021: Fragen stellen – Antworten einfordern .....	53 ◀
<b>Das VRB-Team IGS legt Forderungskatalog vor:</b> Einstellungschancen und Arbeitsbedingungen verbessern .....	55
<b>„Er hat auch noch einen grünen Daumen...“</b>	
Ein Portrait von Monika Antoni über Michael Eich .....	56
<b>„Erfolge sind die schönsten Momente“</b>	
Nicole Weiß-Urbach im Gespräch mit Benjamin Bajraktari .....	58
<b>VRB-Pressemitteilung:</b>	
Der VRB fordert eine schützende Unterrichtsorganisation .....	61
<b>Lehrerbildung – Berufseinstieg</b>	
<b>Info-Punkt Berufseinstieg:</b> Entscheidungsmöglichkeiten zur Beihilfe .....	62
<b>Hilfen für den Schulalltag:</b> Wie baue ich ein Elterngespräch auf? .....	63
<b>Diskussionsforum</b>	
<b>Wählen ab 16?</b> .....	64
<b>Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik</b>	
Pinnwand .....	68
<b>MINT im Dialog:</b> Faszination Weltall .....	69 ◀
Dr. Insa Thiele Eich – Erste deutsche Frau im All? .....	70
Podiumsgespräch: MINT-Fächer in der Schule stärken .....	71
„MINT im Dialog“ – Fragen an Dr. Birgit Pikowsky .....	72
Zukunftsthemen – Interview mit Bildungsministerin Dr. Hubig .....	73
<b>Wie geht es eigentlich ... den drei Psychologiestudentinnen?</b>	
Wir haben nachgefragt. ....	74
<b>VRB-Bezirk Koblenz</b>	
<b>Veränderungen:</b> Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen – Vorstandsarbeit neu ausrichten .....	76
<b>VRB-Bezirk Neustadt</b>	
<b>Das Gleiche – nur ganz anders: Bezirksaktivitäten</b> .....	78
<b>Kultur in Corona-Zeiten:</b> Mitgliederbrief von Gudrun Deck .....	79
<b>VRB-Bezirk Trier</b>	
<b>Während der Corona-Pandemie für unsere Mitglieder aktiv</b> .....	80
<b>Termine, Service und Internes</b>	
<b>VRB-Handbuch für Lehrkräfte:</b> 59. Ergänzung erschienen .....	82
Impressum .....	82
Nachruf Dr. Walter Trapp .....	83
Vorschau auf das nächste Heft .....	83
<b>KlarText!</b>	
<b>Mehr Wertschätzung! Mehr Fürsorge! Mehr Rückendeckung!</b> .....	84 ◀
<b>Die letzte Seite</b>	
<b>Letzte Meldungen</b> .....	86

## Realitäten.



Vor den Sommerferien sind die Schülerinnen und Schüler auf Abstand in den Präsenzunterricht zurückgekehrt. Das haben wir als Zeichen der Zuversicht gedeutet, bald zur Normalität zurückkehren zu können. Das hat bis zu den Herbstferien gehalten. Inzwischen wissen wir, dass wir weiterhin auf einem dünnen Seil balancieren und neue Realitäten anerkennen müssen. Auch deshalb schreiben wir die Sammlung der „Corona-Splitter“ fort. Sie belegen das Ringen um vertretbare Lösungen und zeigen, welchen Herausforderungen der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ausgesetzt ist.

### Wahljahr 2021

Im kommenden Frühjahr stehen Landtagswahlen und Personalratswahlen an. Sie werden für die kommenden Jahre Veränderungen im Bildungsbereich bringen.

Der Verband Reale Bildung wird sich in den Wahlkämpfen engagiert für die Interessen der Lehrkräfte einsetzen. Michael Eich benennt die Herausforderungen, in deren Zentrum unsere Schulen stehen. Er leitet daraus Ziele und Forderungen ab: Neue Realitäten. Chancen nutzen. Schule gestalten.

Mit Blick auf die Landtagswahl sollten die Lehrkräfte die Programme der Parteien besonders sorgfältig auf die bildungspolitischen Ziele hin prüfen. Wolfgang Häring formuliert die Erwartungen des VRB an die nächste Landesregierung und fordert die

Leserinnen und Leser auf: „Stellen Sie die Gretchenfrage!“

### Titelthema: Rechtssicherheit in der Schule

Die Corona-Krise forderte von den Schulgemeinschaften, geeignete digitale Werkzeuge zu finden und anzuwenden, um eine halbwegs gute unterrichtliche Versorgung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Unsere Redaktion erhielt in den letzten Monaten immer wieder Anfragen zum Einsatz der digitalen Technologien in der Schule. Wir haben diese Fragen gesammelt und unsere Justiziarin Antonia Dufeu um Klärung gebeten. Ihre Antworten können zur Rechtssicherheit beitragen. Sie finden die Seiten in der Heftmitte zum Herausnehmen.

### Gespräche und Interviews

Die Schulleitungsmitglieder Thorsten Schwan und Joachim Leonhardt verweisen auf Erkenntnisse und Erfahrungen, die sie aus der Zeit der Schulschließungen gerne in den „normalen Alltag“ übernehmen würden.

Doris John engagiert sich im Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT. In Wilfried Rauschs Rubrik „Auf ein Wort“ erläutert sie, dass die Schulen diesem Netzwerk wertvolle Impulse und im Rahmen der Berufsorientierung Kontakte zur regionalen Wirtschaft verdanken.

Michael Eich belegt mit Blick auf seine Arbeit im Hauptpersonalrat, welchen Einfluss das Gremium auf schulorganisatorische Entscheidungen hat. Wir erfahren in dem Portrait von Monika Antoni auch, dass er „einen grünen Daumen“ hat.

Bengjamin Bajraktari hat als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Lehrkräfte an den Schulen. Im Interview mit Nicole Weiß-Urbach wird auch der Mensch hinter den Ämtern und Funktionen sichtbar.

Am Rande der MINT-Veranstaltung „Faszination Weltraum“ äußerte sich Bildungsministerin Dr. Hubig zu Zukunftsthemen und zeigt sich überzeugt, „dass wir aus dieser Krise gestärkt hervorgehen“.

Bei gleicher Gelegenheit begründet Dr. Pikowsky, die Leiterin des Pädagogischen Landesinstituts, warum sie in der angehenden Astronautin Insa Thiele-Eich ein Rollenmodell sieht.

### Einheit und Vielheit

Bernd Karst geht unter mehreren Gesichtspunkten auf das Jubiläum „30 Jahre Deutsche Einheit“ ein. Er lässt uns an Eindrücken teilhaben, die er bei einer Bildungsexkursion im Oktober 1990 in Thüringen sammelte und beleuchtet die schulpolitische Ausgangssituation in den neuen Bundesländern und mit einem Zeitsprung die bundesdeutsche Entwicklung 30 Jahre danach. Impulse für den Unterricht runden das Thema ab.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

### „Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



### Einheit

Von der Utopie über große Euphorie zur Normalität

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in wenigen Wochen geht das Jahr 2020 zu Ende. Ein Jahr, das seit Ende Februar im Zeichen einer Pandemie steht und uns alle vor enorme Herausforderungen stellt. Wir alle erleben gerade wieder schärfere gesellschaftliche Einschränkungen, und auch der Arbeitsplatz Schule hat sich in den letzten acht Monaten gravierend verändert.

### Schulische Situation

Nach der schrittweisen Öffnung der Schulen im Mai war es für alle Beteiligten ein enormer Kraftakt, unsere Schülerinnen und Schüler über die Ziellinie zu bringen. In den Sommerferien war der VRB neben den Stufenvertretungen im ständigen Kontakt mit den Schulbehörden und dem Ministerium, um unsere Forderungen für das neue Schuljahr mit Nachdruck vorzutragen.

Bekanntlich verordnete das Ministerium einen Schuljahresstart im Regelbetrieb ohne Abstandsgebot. Aus Sicht des Verbandes war dieser Einstieg in den Schulalltag bereits risikobehaftet. Die getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Schülerinnen und Schüler sowie der Bediensteten an den Schulen waren und sind aus unserer Sicht nicht ausreichend geeignet, eine mögliche Gefährdung in den Schulen zu begrenzen.

Insgesamt blieben die Infektionszahlen bis zu den Herbstferien relativ stabil, um Ende Oktober aber rasant anzusteigen.

Auch hier hat sich der Verband unmissverständlich positioniert. Wir fordern die Landesregierung auf, denkbare Szenarien für einen weiteren Schulbetrieb beschleunigt zu entwickeln und mit uns zu erörtern. Wir fordern einen verbindlichen Gesundheitsschutz für alle öffentlichen Bereiche. Die Schutzmaßnahmen für den Alltag müssen auch in der Schule ankommen!

Des Weiteren war und ist festzustellen, dass die Schulen im Bereich der Digitalisierung nur sehr schleppend vorangebracht werden. In einer gemeinsamen Presseerklärung mit dem Landeselternbeirat und im engen Zusammenspiel mit den dbb-Lehrerverbänden haben wir auch diese Missstände gegenüber dem Landtag und der Landesregierung klar artikuliert.

### Landtagswahl

Bei allen bildungspolitischen Fragestellungen wird jetzt schon deutlich, dass sich die rheinland-pfälzischen Parteien inmitten des Wahlkampfes befinden. Am 14. März 2021 wird die Wahl zum 18. Landtag stattfinden. Der VRB verknüpft diese Wahl erneut mit deutlichen Erwartungen, die Sie in dieser Ihnen vorliegenden Ausgabe nachlesen können. Ich rufe Sie schon heute dazu auf, die Wahlprogramme und die darin enthaltenen Bildungsprogramme der Parteien sorgfältig zu prüfen.

### Personalratswahl:

#### Neue Realitäten. Chancen nutzen.

Bei den Personalratswahlen im Mai geht es um Mitwirkung bei der Gestaltung des Bildungsbereichs und des Arbeitsplatzes Schule. Wir wollen Schule zukunftsfest mitgestalten. Wir stellen uns den „Neuen Realitäten“ und wollen die damit verbundenen „Chancen nutzen“.

### Hauptversammlung

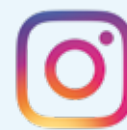
Im März hätte in Ingelheim unsere turnusmäßige Hauptversammlung stattfinden sollen, in der neben der Verabschiedung verbandspolitischer Anträge auch die Wahl des neuen Landesvorstandes auf der Tagesordnung standen. Aus Fürsorge unseren Mitgliedern und Gästen gegenüber haben wir uns damals frühzeitig für eine Absage entschieden. Der Landesvorstand hat nun beschlossen, am 21. April 2021 einen erneuten Anlauf für diese wichtige Versammlung zu nehmen. Ob diese Planungen in die Realität umgesetzt werden können, hängt natürlich weiterhin vom Infektionsgeschehen und den damit verbundenen Auflagen der Behörden ab. Wir werden Sie rechtzeitig informieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vermutlich wird uns die Coronapandemie auch im Jahr 2021 begleiten. Lehrkräfte und Schulleitungen leisten in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Schülerinnen und Schülern Beachtliches, um zur Bewältigung der Krise beizutragen, teilweise unter sehr erschwerten Bedingungen. Sie können sich darauf verlassen, dass der VRB auch im kommenden Jahr für Ihre berechtigten Interessen eintreten wird.



Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine hoffentlich entspannende und auch besinnliche Weihnachtszeit und einen guten und vor allem gesunden Jahreswechsel.

Ihr Timo Lichtenthäler

### VRB künftig auch auf Instagram

Relevante Informationen benötigen eine schnelle

Reaktion. Der Diskurs mit Mitgliedern und Freunden unseres Verbandes ist uns wichtig. Wir etablieren eine Instagram-Präsenz und erzielen dadurch eine erhöhte Reichweite und größere Nähe. Ihr findet uns unter dem Suchbegriff **vrb-rlp**. Los geht's!

Euer VRB

► DEUTSCHLAND IM KRISENMODUS – SCHULE OHNE ALTERNATIVE

## CORONA-SPLITTER

Teil II – Gesammelt von Wolfgang Häring und Wolfgang Wünschel

► **Sonntag, 3. Mai 2020**

„**Das tastende Vorgehen bleibt richtig**“ (Bundespräsident Steinmeier im Gespräch mit FAZ Sonntagszeitung)

► **Dienstag, 5. Mai 2020**

Lehrerverband (DL) nach Corona-Pause: **Schulstart hat „sehr gut geklappt“**. Der erste Schultag nach mehrwöchiger Corona-Zwangspause ist laut Lehrerverband positiv verlaufen. Die entstandenen Versäumnisse seien aber nicht mehr aufzuholen. (tagesschau.de)

**Es ist jetzt höchste Zeit für zwei Dinge, mit denen sich unsere Bildungspolitik stets schwertut:** Kreativität und Flexibilität. Konzentration auf die Kernfächer, Streichung von Lernzielen. Das bedeutet Vorrang von Mathe und Deutsch gegenüber anderen Fächern – auch wenn das bedeutet, dass ein Sportlehrer vorübergehend Mathe unterrichten muss. (bild.de)

► **Mittwoch, 6. Mai 2020**

Für den Verband Reale Bildung sind Schülertransport, Hygieneplan, Raumkonzept und die Lehrerversorgung noch nicht in allen Auswirkungen bedacht worden. Schulen benötigen einerseits verlässliche und vor allem in dieser Tragweite umsetzbare Richtlinien und Rahmenbedingungen und andererseits **Spielräume für schulspezifische Regelungen**. (Pressemitteilung des VRB RLP)

► **Freitag, 8. Mai 2020**

Jetzt wird's kleinteilig. Das Robert-Koch-Institut beendet seine regelmäßigen Briefings, die Bundeskanzlerin zieht sich zurück: **Das Management der Corona-Krise liegt von nun an in der Hand der Bundesländer**. (Süddeutsche Zeitung)

► **Freitag, 15. Mai 2020**

**Handy reicht nicht für Schule**. Die fehlende digitale Ausstattung ist nach wie vor ein Hemmnis beim Fernunterricht in der Corona-Krise. Das ergab eine Befragung von 1200 Schulleitern im Land, die Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) am Donnerstag in Mainz vorstellte. Ein noch größeres Problem bestehe aber darin, dass ein Teil der Schüler nicht erreichbar sei. (Die Rheinpfalz)

„**Das Bildungsministerium hat, größtmögliche Flexibilität garantiert**“; die Schulen sind also nicht gezwungen, fahrlässig

zu handeln. Man erhält keinen Fleißstern, wenn man die Hygieneregeln missachtet, um mehr Schülerinnen und Schüler in die Schulen holen zu können. Gesundheitsschutz ist nach wie vor das oberste Gebot.“ (PhV Rhld.-Pfalz)

► **Freitag, 16. Mai 2020**

**Zurück – in eine neue Schule**. „Jede Schülerin und jeder Schüler soll bis zu dem Beginn der Sommerferien tages- oder wochenweise die Schule besuchen können.“ (KMK-Präsidentin Stefanie Hubig)

► **Dienstag, 19. Mai 2020**

„**Kitas und Grundschulen zeitnah und uneingeschränkt wiedereröffnen**“. Vier medizinische Fachgesellschaften haben dazu aufgerufen, Kindergärten und Schulen trotz der Corona-Pandemie umgehend und vollständig zu öffnen. In einem gemeinsamen Papier heißt es: „Insbesondere bei Kindern unter 10 Jahren sprechen die aktuellen Daten sowohl für eine geringere Infektions- als auch für eine deutlich geringere Ansteckungsrate.“ Im Gegensatz dazu seien die sozialen und gesundheitlichen Folgen der Schließung gravierend. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach warnt dagegen vor einer weiteren Normalisierung des Schulbetriebs. (welt.de)

► **Donnerstag, 28. Mai 2020**

**Können wir noch vertrauen?** Nie mussten wir uns so aufeinander verlassen wie heute. Das fällt vielen schwer. Wie lässt sich das kostbare Gut des Vertrauens bewahren, ohne das keine Gemeinschaft existieren kann? (Die Zeit)

„**Schreien, wenn es Zeit ist**.“ Das Corona- Tagebuch der Schriftstellerin FANG FANG über den Alltag der Menschen und das Behördenversagen in Wuhan hat in China 50 Millionen Leser im Netz gefunden. Mittlerweile gilt sie als Volksverräterin. Jetzt erscheint ihr Werk auf Deutsch. (Süddeutsche Zeitung)

► **Freitag, 29. Mai 2020**

**Das Homeschooling läuft nicht**, das Homeoffice mit Kindern erst recht nicht, die Schulaufgaben sind unübersichtlich und die digitale Kompetenz lässt sowieso zu wünschen übrig. Die Anspannung ist hoch, die Nerven liegen blank – perfekte Voraussetzungen, um einen alten Sündenbock wiederzubeleben: Es liegt an den Lehrern. (F.A.Z.)

**Schulen sind nicht wie die Bundesliga.** Warum flächendeckende Tests in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen kaum taugen als Schutz vor Corona- Ansteckung. (Die Rheinpfalz)

► **Mittwoch, 3. Juni 2020**

**Kultusminister einigen sich auf ein Konzept für das kommende Schuljahr.** Regelbetrieb soll so schnell wie möglich aufgenommen werden. Bessere Betreuung benachteiligter Schüler. Sonderregeln für benötigtes Lehrpersonal. Alle Länder wollen so rasch wie möglich zu einem regulären Schulbetrieb nach geltendem Stundenplan zurückkehren. (F.A.Z.)

► **Montag, 8. Juni 2020**

**Philologen-Chefin** Lin-Klitzing sagt, dass Lehrer aktuell als „Toilettenfrauen, Flurbekleber und Kontrolleure“ tätig seien. (welt.de)

► **Dienstag, 16. Juni 2020**

**„Sommerschule RLP“** – Bedarfsabfrage. In den Ferien gibt es für Kinder von der 1. bis 8. Klasse Nachhilfe in Deutsch und Mathematik. Die Nachhilfe ist in den letzten beiden Wochen der Ferien von Montag bis Freitag (vom 3. bis 7. August und vom 10. bis 14. August). Wahrscheinlich ist die Nachhilfe drei Stunden am Vormittag. Jedes Kind macht eine Woche mit. Manchmal können Kinder auch zwei Wochen mitmachen. Die Nachhilfe ist kostenlos.

Einige Kinder konnten nicht so viel lernen wie sonst, weil die Schulen zu waren. Wenn Sie wollen, dass Ihr Kind in den Ferien zur Nachhilfe geht, schreiben Sie das bitte der Klassenlehrerin bzw. dem Klassenlehrer. Sie können eine E-Mail schreiben. Oder Sie schneiden den unteren Teil des Briefes ab und füllen ihn aus. Ihr Kind kann ihn dann in die Schule bringen. Wir brauchen Ihre Antwort bis spätestens zum 24. Juni. Wichtig: Die richtige Anmeldung ist später. (Elternrundbrief in vereinfachter Sprache von Bildungsministerin Hubig)

► **Samstag, 20. Juni 2020**

**Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands hat die Kultusminister der Länder für ihren Beschluss zur Wiederaufnahme des Schulregelbetriebs nach den Sommerferien kritisiert.** Es sei voreilig gewesen, das „in dieser Absolutheit anzukündigen“. Die Kultusministerkonferenz (KMK) habe sich zu schnell und ohne eigenes Konzept dem Druck der Ministerpräsidenten, aber auch der Wirtschaft und „mit zusätzlicher Kinderbetreuung belasteter Eltern“ gebeugt. (Heinz-Peter Meidinger in der Passauer Neuen Presse)

► **Sonntag, 21. Juni 2020**

**Lernen kann man verlernen.** Für Schüler und Eltern war das zweite Schulhalbjahr ein Desaster. Was sich anfangs für die größten Müßiggänger anfühlte wie das unverhoffte Glück von Corona-Ferien, wurde zunehmend zur Zumutung für Familien. Mit der Schließung der Schulen war plötzlich der Alltag der Kinder weggebrochen. (F.A.Z.)

► **Montag, 6. Juli 2020**

Die in der Zehnten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz vom 19. Juni 2020 angeordnete **Maskenpflicht** in öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen ist rechtmäßig. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz ... Die Corona-Pandemie begründe eine ernstzunehmende Gefahrensituation, die staatliches Einschreiten nicht nur rechtfertige, sondern mit Blick auf die Schutzpflicht des Staates aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG weiterhin gebiete. (Beschluss vom 6. Juli 2020, Az.: 6 B 10669/20.OVG)

► **Dienstag, 7. Juli 2020**

„Das Recht auf Bildung wiegt schwerer als das Recht, in den Biergarten zu gehen.“ „Schule ist kein Supermarkt.“ (Bildungsministerin **Stefanie Hubig** im Interview mit der Rhein-Zeitung)

**Wenn die Masken fallen.** Auch wenn viele dazu neigen, die unsichtbare Virusgefahr zu verdrängen: Es ist weiter Vorsicht geboten, denn das Coronavirus ist nicht verschwunden. Deshalb ist es fahrlässig, ein Ende der Maskenpflicht ins Auge zu fassen. (Die Rheinpfalz)

**„Faule Säcke“: Altkanzler Schröder nimmt Aussage zurück.** Altkanzler Gerhard Schröder ist 25 Jahre nach seiner heftig kritisierten „Faule Säcke“-Aussage über Lehrer inzwischen ein großer Freund dieser Berufsgruppe. „Ich hab‘ das früher mal ein bisschen überzogen kritisiert, aber ich hab mich eines Besseren belehren lassen müssen: Es gibt ein großes Engagement von vielen über den Schulalltag hinaus“, sagte Schröder in seinem Podcast „Die Agenda“. (news4teachers)

► **Mittwoch, 15. Juli 2020**

**Frank-Walter Steinmeier lädt zur „digitalen Abschlussfeier“.** Als Trostpflaster für die coronabedingt ausgefallenen Partys und Bälle für Schulabgänger lädt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zur „digitalen Abschlussfeier 2020“ ein. Auf der Internetseite „www.abschlussfeier-2020.de“ wenden sich Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender sowie 74 Prominente an die rund 1,9 Millionen Schulabgänger in diesem Jahr, die wegen der Pandemie weitgehend aufs Feiern verzichten mussten. (Bundespräsidialamt)



► **Mittwoch, 5. August 2020**

„Gesichtsvisiere erfüllen Maskenpflicht an NRW-Schulen nicht.“ (Schulministerin Yvonne Gebauer zu dpa)

► **Donnerstag, 6. August 2020**

**Die Zeit, in der sich Kinder täglich mit Schule und Lernen beschäftigen, hat sich einer Umfrage zufolge während der coronabedingten Schulschließungen in etwa halbiert:** Statt 7,4 Stunden waren es auf dem Höhepunkt der Krise nur noch 3,6 Stunden. Das geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten bundesweiten Befragung des Ifo-Instituts von mehr als 1.000 Eltern hervor. (Hannoversche Allgemeine Zeitung)

► **Sonntag, 16. August 2020**

**Karliczek mahnt die Kultusminister:** „Wir müssen sicherstellen, dass die Arbeit für Lehrer nicht zum persönlichen Risiko wird.“ (news4teachers)

► **Montag, 17. August 2020**

**Widerstand gegen Maskenpflicht.** Das Brandenburger Bildungsministerium hat einen Schulleiter vom Dienst suspendiert, der sich der Maskenpflicht in seiner Rathenower Grundschule widersetzt hatte. Der Mann habe vergangenen Mittwoch in einem Brief an die Eltern erklärt, dass er sich an diese rechtliche Vorgabe nicht gebunden fühle, teilte das Ministerium am Montag mit. „Damit handelte er eindeutig rechtswidrig.“ (dpa)

► **Mittwoch, 26. August 2020**

**Es wird eng mittags und morgens in den Schulbussen.** Der Kreis Germersheim möchte den Unterrichtsbeginn entzerren und einen Schichtbetrieb für Schüler einrichten. Im Gespräch mit Schulleitern wird klar: Das würfelt die Stundenpläne kräftig durcheinander. Von heute auf morgen wird daraus wohl nichts. (Die Rheinpfalz)

► **Freitag, 28. August 2020**

Der Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), Thomas Fischbach, hat sich für eine **Maskenpflicht für Lehrer auch im Klassenzimmer** ausgesprochen. Er halte eine solche Maskenpflicht für das Lehrpersonal „durchaus für sinnvoll“, sagte Dr. med. Thomas Fischbach der „Welt“. Der empfohlene Sicherheitsabstand sei in beengten Klassenräumen oft nicht möglich. Eine generelle Maskenpflicht im Unterricht für Schüler hält Fischbach dagegen nicht für nötig. Der BVKJ trommelt seit Monaten für weite Schulöffnungen. (news4teachers)

► **Freitag, 4. September 2020**

**Rahmen für aktualisierte Infektionsschutz- und Hygienemaßnahmen.** Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wird von den Ländern in Abhängigkeit vom jeweiligen Infektionsgeschehen ausgesprochen und bei Bedarf in Absprache mit den zuständigen Gesundheitsbehörden auf den Unterricht ausgeweitet.

**Lüften:** Es ist auf eine intensive Lüftung der Räume zu achten. Mindestens alle 45 min ist eine Stoßlüftung bzw. Querlüftung durch vollständig geöffnete Fenster über mehrere Minuten vorzunehmen, wenn möglich auch öfter während des Unterrichts.

**Reinigung:** Auf eine regelmäßige Reinigung des Schulgebäudes ist zu achten. Eine routinemäßige Flächendesinfektion in Schulen wird auch in der jetzigen COVID-Pandemie durch das RKI nicht empfohlen. Hier ist die angemessene Reinigung völlig ausreichend. (Pressemitteilung der KMK)

► **Sonntag, 13. September 2020**

**Lehrkräfte können den Kontakt mit anderen Schülern auf dem Schulgelände unterbinden,** wenn ein Schüler auf dem Schulgelände keine geeignete Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) trägt. Dies entschied das Verwaltungsgericht Koblenz und lehnte den Eilantrag einer Schülerin ab. (Verwaltungsgericht Koblenz, Beschluss vom 7. September 2020, 4 L 764/20.KO)

► **Montag, 21. September 2020**

Beim so genannten **Schulgipfel im Kanzleramt** haben sich Bund und Länder auf eine engere Zusammenarbeit bei der Digitalisierung geeinigt. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig, begrüßte nach dem Ende des Treffens am Abend die Bereitschaft der Bundesregierung, noch in diesem Jahr die Beschaffung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte zu ermöglichen. Unter anderem dafür will der Bund zusätzlich 500 Millionen Euro bereitstellen. (tagesschau.de)

► **Mittwoch, 30. September 2020**

**Wegen steigender Infektionszahlen: Merkel und Länder einigen sich auf weitere Corona-Maßnahmen.** Die Corona-Zahlen sind zuletzt nach oben gegangen. Kanzlerin Merkel befürchtet im Winter einen weiteren starken Anstieg. Bei einer Videoschalte mit den Bundesländern wurde nun festgelegt: Weitere Lockerungen soll es nicht geben, dafür zum Teil strengere Regeln. Kritik kam von Grünen und dem Lehrerverband. (Rheinische Post)

► **Sonntag, 4. Oktober 2020**

**Das Virus hat Donald Trump erwischt.** Der Freund alternativer Fakten ist nun von der Wirklichkeit eingeholt worden. Seit Freitag liegt der US-Präsident in einem Militärkrankenhaus in Bethesda, einem Vorort von Washington. Mit 74 Jahren und Übergewicht gehört er zur Risikogruppe der stark Gefährdeten. Wie es ihm wirklich geht, weiß nur ein kleiner Kreis von Eingeweihten. (Rheinpfalz am Sonntag)

► **Montag, 5. Oktober 2020**

**Lockdown-Probetag.** Sollte es eine neue Lockdown-Phase geben, möchte die Georg-von-Neumayer-Schule in Kirchheimbolanden gut gerüstet sein. Deswegen hat sie einen Lockdown-Probetag durchgeführt. „Es war ein großes Experimentieren“, sagt Realschullektor Jörg Oeynhaus. „Doch die bisherigen Erfahrungsberichte machen auf jeden Fall Mut für den Ernstfall.“ (Die Rheinpfalz)



► **Dienstag, 13. Oktober 2020**

**Längere Winterferien vorgeschlagen.** Unions-Politiker haben als Schutzmaßnahme gegen Corona-Infektionen in der kalten Jahreszeit eine Verlängerung der Winterferien vorgeschlagen. „Wir sollten darüber nachdenken, die Winterferien um zwei bis drei Wochen zu verlängern und im Sommer entsprechend zu kürzen“, sagte der Hamburger CDU-Chef Christoph Ploß. Ziel müsse sein, bestmöglich durch die Pandemie zu kommen. Mal eben ausgedacht hat sich Ploß das nicht: Der Vorschlag stammt ursprünglich von der Gesellschaft für Virologie, der auch der Charié-Wissenschaftler Prof. Christian Drosten angehört. (news4teachers.de)

► **Donnerstag, 15. Oktober 2020**

**„Es reicht einfach nicht“.** Die Neuansteckungen mit dem Coronavirus erreichen in Deutschland und Europa neue Höchststände. Zugleich gelingt es der Politik nicht, einheitliche Maßnahmen zu beschließen. (Süddeutsche Zeitung)

► **Samstag, 17. Oktober 2020**

**Schule ohne Alternative.** In den ersten beiden Monaten des Schuljahres ist der Unterrichtsbetrieb unter Corona-Bedingungen recht gut gelungen. Das Experiment mit ungewissem Ausgang soll nach den Herbstferien fortgesetzt werden. (Die Rheinpfalz)

► **Samstag, 17. Oktober 2020**

**Kanzlerin fordert Verzicht.** „Wir müssen jetzt alles tun, damit das Virus sich nicht unkontrolliert ausbreitet. Dabei zählt jetzt jeder Tag. Ich bitte Sie: Verzichten Sie auf jede Reise, die nicht wirklich zwingend notwendig ist, auf jede Feier, die nicht wirklich zwingend notwendig ist. Bitte bleiben Sie, wenn immer möglich, zu Hause, an Ihrem Wohnort.“ (Videobotschaft der Bundeskanzlerin Angela Merkel)

► **Montag, 19. Oktober 2020**

**Stoßlüften.** Treffen sich zwei Lehrer. „Arbeitet ihr eigentlich mehr mit Tablets oder mehr mit Laptops?“ – „Mit Woldecken.“ (spiegel.de)

► **Montag, 26. Oktober 2020**

**Obergrenze bei Großveranstaltungen.** „Der Schulbetrieb ist die größte tägliche Massenveranstaltung in Deutschland mit über 10 Millionen Teilnehmern. Ich rate zu großer Vorsicht!“ (Heinz-Peter Meidinger, DL, in Financial Times)

► **Donnerstag, 28. Oktober 2020**

**Schule und Kita müssen die Wirtschaft laufen lassen.** Wenn es zu leichteren Lockdowns kommt, sollen Schulen und Kitas als letztes geschlossen werden – wenn, dann nur bei einem extremen Infektionsgeschehen. Schulen sollen dann auch wieder als erstes geöffnet werden, wenn es doch zu Schließungen kommen muss. Von den Schulen erwartet der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) „maximale Flexibilität, was Prüfungen und Lehrplan sowie den Digitalen Unterricht angeht“.

Söder betonte in der anschließenden Pressekonferenz: „Das Prinzip muss sein: Unsere Kinder müssen betreut werden. [...] Schule und Kita hat ja den Zweck auch, um die Wirtschaft laufen zu lassen.“ (News4teachers)

► **Dienstag, 3. November 2020**

**Elternverbände besorgt.** „Kurzfristig müssen Lehrkräfte durch die parallele Vorbereitung von Präsenz- und Distanzunterricht erhebliche Mehrarbeit leisten. Diese Arbeit ist unabdingbar und muss z. B. in Arbeitszeitkonten reflektiert werden. Lehrkräfte sollten freiwillig ihr Stundendeputat erhöhen dürfen, alle Möglichkeiten der sofortigen Personalaufstockung sollten sofort umgesetzt werden.“ (Gemeinsame Petition von Elternverbänden in news4teachers)

**Exponentieller Anstieg in NRW.** Nach Ende der Herbstferien wurden in der 44. Kalenderwoche in NRW 1808 Corona-Fälle bei Schülern verzeichnet, wie aus einem Bericht des Schulministeriums hervorgeht. Auch unter den Lehrkräften im Land steigen die Infektionszahlen drastisch. Vergangene Woche wurden nach Angaben des Schulministeriums 367 Corona-Fälle unter Schulbeschäftigten gemeldet, in der Woche vor den Ferien waren es noch 166. (news4teachers)

► **Donnerstag, 5. November 2020**

**Kontaktbeschränkungen.** „Morgen treffe ich mich wieder mit etwa 300 Haushalten. Das wird ein Spaß!“ Lehrerin W, 28 (www.MadeMyDay.com)

► **Samstag, 7. November 2020**

**Die Corona-Infektionszahlen im Elsass steigen unvermindert an, Geschäfte bleiben mit wenigen Ausnahmen geschlossen.** Wer seine Wohnung verlassen will, muss triftige Gründe vorlegen. Jetzt beginnt Woche zwei des französischen Corona-Lockdowns. In Deutschland beklagt man sich über Kontaktverbote, die Franzosen allerdings dürfen während des ganzen Monats November – und vielleicht sogar noch länger – höchstens eine Stunde pro Tag vor die Tür. Es sei denn, sie müssen zur Arbeit und die Kinder zur Schule bringen. Aber auch das ist auf dem kürzesten Weg zu erledigen. (Die Rheinpfalz)

► **Sonntag, 8. November 2020**

**Biden übertrumpft Trump.** Nach einem vier Tage langen Wahlkrimi ist es offenbar so weit: Joe Biden hat die nötige Mehrheit beisammen, um der nächste Präsident der USA zu werden. Trumps Amtszeit läuft noch bis zum 20. Januar. Dann soll Biden vereidigt werden. Der einstige Stellvertreter von Präsident Barack Obama wird ein zutiefst gespaltenes Land übernehmen, das zudem von der Corona-Pandemie schwer getroffen ist. In den USA sind mehr als 236.000 Menschen an den Folgen einer Corona-Infektion gestorben. (Rheinpfalz am Sonntag)

► **Dienstag, 10. November 2020**

**Impfstoff in Sicht.** Ein effektiver Corona-Impfstoff rückt offenbar in greifbare Nähe: Als erste westliche Hersteller haben das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmakonzern Pfizer am Montag vielversprechende Ergebnisse einer für die Zulassung entscheidenden Studie veröffentlicht. Demnach bietet ihr Impfstoff einen mehr als 90-prozentigen Schutz vor der Krankheit Covid-19. Schwere Nebenwirkungen seien bislang nicht registriert worden, hieß es. (Mannheimer Morgen)

► **Corona-Splitter ... Fortsetzung folgt?**

# BUCHBESPRECHUNG



**„Die Ursache solcher Ansteckung liegt fast immer in einer zu großen Nähe des Menschen zum Tier“. Mit dieser Aussage beginnt Ferdinand von Schirach ein virtuell geführtes Gespräch mit Alexander Kluge zu Beginn der Pandemie durch das SARS-CoV-2 Virus. Die beiden befassen sich mit den Auswirkungen des Shutdowns auf unsere Gesellschaft.**

Alexander Kluge – Jahrgang 1932 – ist promovierter Jurist, Filmemacher und Mitglied der Gruppe 47, er gehört zu den „vielseitigsten“ Intellektuellen unserer Gegenwart. Ferdinand von Schirach wurde 1964 geboren. Er ist ebenfalls Jurist und Autor von gesellschaftskritischen Essays, Sachbüchern und Romanen. Sein Buch „Der Fall Collini“ wurde 2019 fürs Kino verfilmt.

## Auswirkungen oftmals erst mit Abstand zu erkennen

Der am 30. März 2020 geführte Austausch ist ein historischer Abriss, beginnend mit Canossa bis hin zur Aufklärung. Dabei wird aufgezeigt, dass sich aus Negativem durchaus Gutes entwickeln kann, dies oftmals aber erst mit Abstand betrachtet, zu erkennen ist.

„Das Corona-Virus hat uns an eine Zeitenwende gebracht. Beides ist jetzt möglich, das Strahlende und das Schreckliche.“ – (Klappentext). Mit diesem Ansatz untersuchen die beiden Juristen die Frage, welche Auswirkungen der Shutdown für unsere Grundrechte und damit unsere

Gesellschaft hat. Sie verweisen dabei auf die Problematik, politisch entscheiden zu müssen, wenn es keine eindeutigen wissenschaftlichen Einschätzungen gibt.

## Einschränkungen gerechtfertigt?

„Wir leben in Demokratien, wir haben eine Gewaltenteilung ... daran darf sich auch nichts ändern. Aber die Dinge können kippen. Autoritäre Strukturen können sich verfestigen ...“ Die Autoren fragen nach: Wie weit ist es legitim, in dieser Krisensituation Grundrechte einzuschränken? Und sind diese Einschränkungen vor dem Hintergrund, größeren Schaden von der Bevölkerung abzuhalten, gerechtfertigt?

Ein wichtiger Grundsatz, der bei der Anwendung dieser Maßnahmen bedacht werden muss, ist, dass sie „... einen legitimen Zweck verfolgen, geeignet, erforderlich und angemessen ...“ sind und auf keinen Fall unsere Demokratie unterlaufen dürfen.

## Zukunftschancen?

Der Austausch darüber, welche tiefgreifenden Veränderungen die Corona-Pandemie für unsere Gesellschaft mit sich bringt, führt zu der Überlegung, inwieweit diese jetzt eingeforderten Einschränkungen auch im Hinblick auf andere „lebensnotwendigen und gesellschaftsrelevanten“ Themen, wie Klimaschutz oder eine gerechtere Gesellschaft umgesetzt /angewendet werden können. Damit schließt sich der Kreis zu der anfangs geäußerten These, dass das menschliche Handeln immer Auswirkungen auf die Daseinssituation hat. Und dass das aktuelle Handeln bedingt, welche Chancen für die Zukunft möglich sind oder gerade verspielt werden.

Dieses gut siebzig Seiten umfassende Buch wägt die Folgen historischer Ereignisse ab und belegt, dass sie häufig das Fundament für einen positiven Wandel der Gesellschaft bildeten, trotz der leidvollen Erfahrungen für die Menschen dieser Zeiten. Die Autoren machen Mut mit ihrem Buch.



MA

Monika Antoni  
monika.antoni@vrb-rlp.de

Quellen: Ferdinand von Schirach/Alexander Kluge: *Trotzdem*. Luchterhand Literaturverlag, München 2020; Berliner Zeitung (4. Mai 2020); Frankfurter Allgemeine Zeitung – Besprechung vom 30.4.2020; Süddeutsche Zeitung – Besprechung vom 9.6.2020

# Aus dem Bundesbildungsbericht 2020

**„Bildung in Deutschland“ ist eine indikatorengestützte Darstellung des deutschen Bildungswesens in zweijährigem Rhythmus. Hier fassen wir Fakten und Schlussfolgerungen der Autoren aus dem Bericht 2020 mit Schwerpunkt „Allgemeinbildende Schulen“ zusammen:**

In den ersten Dekaden dieses Jahrhunderts war die Entwicklung des Schulwesens in Deutschland vor allem durch zwei Trends geprägt: Zum einen gab es bei den Schulangeboten strukturelle Anpassungen. Sie führten vielerorts dazu, dass die bisherige Vielfalt an parallel angebotenen Schularten reduziert wurde. Zum anderen war bei der Schulwahl eine stetige Verschiebung in Richtung höher qualifizierender Schularten und -abschlüsse zu beobachten. Beide Entwicklungen haben sich zuletzt nicht weiter fortgesetzt.

### Mehr Flexibilität bei Bildungsentscheidungen

Die Konsolidierung der Schulstrukturen und der damit verbundenen Schülerverteilung deutet darauf hin, dass den Schüler- bzw. Elternwünschen nach mehr Flexibilität bei Bildungsentscheidungen weitgehend Rechnung getragen wurde. Bildungswege werden heutzutage nach der Grundschule weniger vorbestimmt als früher, Entscheidungen über Abschlüsse können auch später getroffen werden. Jedoch gibt es weiterhin erhebliche soziale Ungleichheiten bei den Übergängen auf die unterschiedlichen Schularten.

Sozial benachteiligte Kinder haben im Sekundarbereich I oft überdurchschnittliche Kompetenzfortschritte. Auch wenn sie dabei nicht das Leistungsniveau der Gleichaltrigen der oberen Herkunftsgruppen erreichen, nimmt die soziale Ungleichheit im Verlauf des Sekundarbereichs I eher ab als zu.

Strukturelle Veränderungen im Schulwesen haben auch in zeitlicher Hinsicht zu mehr Wahlmöglichkeiten geführt. Für Bildung und Betreuung können Familien unterschiedliche Angebote (z.B. Ganztagsunterricht) nutzen. Zudem gibt es mit Blick auf die Länge der Schullaufbahn unterschiedliche Optionen, etwa das Abitur nach acht bzw. neun Jahren oder an beruflichen Schulen zu machen.

### Mehr Menschen mit Hochschulabschluss

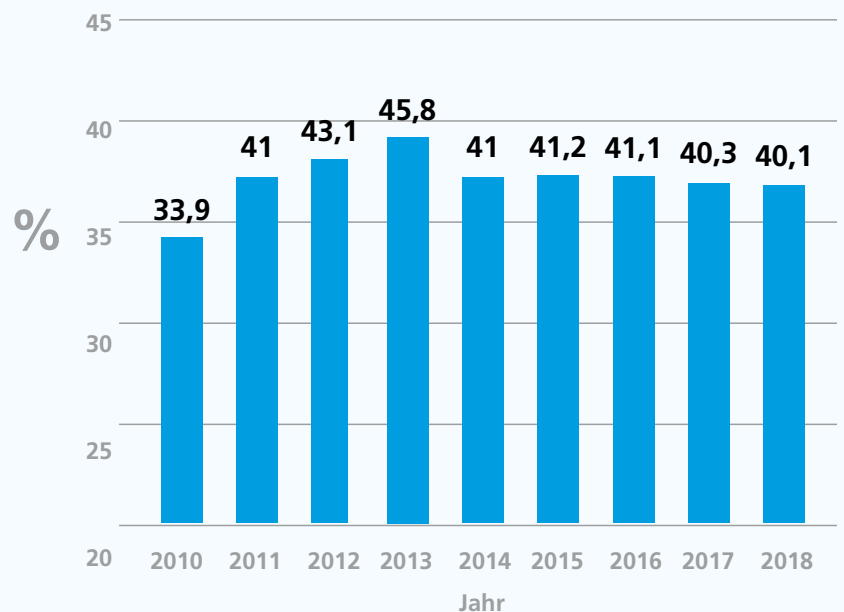
Der langjährige Trend zu höherer Bildungsbeteiligung und höherqualifizierenden Abschlüssen wird im Bildungsstand der Gesamtbevölkerung sichtbar. Ein immer größerer Anteil der Menschen verfügt über die Hoch-

schulreife bzw. einen Hochschulabschluss. Allerdings wird auch deutlich, dass sich diese Entwicklung signifikant abschwächt.

### Trend zu höherer Bildung gebremst?

Bemerkenswert ist vor allem, dass der über viele Jahre anhaltende Trend zu höherer Bildung an einer Grenze angekommen scheint. Neben stagnierenden, in einigen Ländern sogar rückläufigen Übergangsquoten auf das Gymnasium deuten auch sinkende Absolventenquoten mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife darauf hin. Hinzu kommt, dass seit 2013 Jahr für Jahr wieder mehr Jugendliche die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen (zuletzt 6,8 %).

**Anteil der Absolventen mit Allgemeiner Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung**



Die Bildungsbeteiligung in der beruflichen und in der Hochschulbildung ist dagegen relativ stabil. Das hohe Abschlussniveau der letzten Jahre in Deutschland zu halten, könnte dennoch zu einer Herausforderung werden. So ist gegenwärtig offen, welche Effekte die aktuelle Corona-Pandemie auf die Wirtschaft hat und welche Folgen veränderte Migrationsbewegungen haben werden.



Quelle: KMK und Bundesbildungsministerium: „Bildung in Deutschland 2020“

### Höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem

Die Durchlässigkeit im Bildungswesen wurde durch Reformen der Struktur des Bildungssystems über viele Jahrzehnte erhöht. Gerade in den letzten Jahren wurden die einst rigiden Strukturen im Bildungssystem u.a. aufgrund der wachsenden Nachfrage der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer weiter flexibilisiert. Eine zunehmende Entkopplung von Schulabschlüssen an bestimmte Schularten sowie die fortschreitende Verknüpfung beruflicher Bildungsgänge mit höher qualifizierenden Bildungszertifikaten (z.B. Fachhochschulreife) ermöglichen den Menschen flexible Bildungswege. Junge Erwachsene nutzen zudem häufiger die Möglichkeiten, die mit der höheren Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung eröffnet werden. Auch Erwachsene können sich mittlerweile mehr als früher beruflich weiterqualifizieren.

### Leistungsfähiges Bildungssystem braucht leistungsfähiges Personal

„Die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualität im Schulwesen steht und fällt mit dem pädagogischen Personal“

„Die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualität im Schulwesen steht und fällt mit dem pädagogischen Personal“, stellen die Autoren des Berichts fest. Bei der Suche nach qualifiziertem Lehrpersonal geraten Länder und Schulen zunehmend in Konkurrenz. Bundesweit hat sich der Anteil der Beschäftigten ohne grundständige pädagogische Ausbildung seit 2012 auf 13 Prozent aller neu eingestellten Lehrkräfte vervierfacht. Hinzu kommt eine Ausweitung des fachfremd erteilten Unterrichts.

Die kontinuierliche Förderung und Unterstützung des pädagogischen Personals ist eine wesentliche Voraussetzung für ein leistungsfähiges Bildungssystem. In nahezu allen Bildungsbereichen zeichnet sich hier großer altersbedingter Ersatzbedarf ab. Insgesamt unterstreicht dies die Bedeutung verstärkter Ausbildungsbemühungen sowie den Bedarf an kontinuierlicher und zugleich qualifizierter Fort- und Weiterbildung, u.a. auch für digitale Medien.



Wolfgang Häring  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

## ► OECD-BERICHT „BILDUNG AUF EINEN BLICK 2020“

# OECD lernt Wert der Beruflichen Bildung zu schätzen

**Großes Aufatmen unter den deutschen Bildungspolitikern bei der Vorstellung des Länderberichts „Bildung auf einen Blick 2020“: OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher spendete (erstmalig?) Lob für das deutsche Schulsystem! Dieses bezieht sich vor allem auf die berufliche Ausbildung im Dualen System, die von der OECD in früheren Jahren eher ignoriert wurde.**

Der Bericht hebt vor allem den problemlosen Übergang in Beschäftigungsverhältnisse hervor. 2019 waren demnach 88 Prozent der 25- bis 34-Jährigen mit einem Berufsabschluss in Beschäftigung. Die Beschäftigungsquote war genauso hoch wie bei Gleichaltrigen mit Hochschul-, Fachhochschul- oder anderem sogenannten tertiären Abschluss.

Die Lehrverbände greifen das Thema gerne in ihren Stellungnahmen auf:

„Deutschland ist aufgrund der hohen Beschäftigungs- und Berufschancen von Absolventen des beruflichen Schulwesens auch beim Thema Bildungsgerechtigkeit im internationalen Vergleich deutlich besser aufgestellt als viele andere Länder.“ (Heinz-Peter Meidinger, DL)

„Die berufliche Bildung ist eine der großen Stärken des deutschen Bildungssystems und wird auch nach der Covid-19-Pandemie eine maßgebliche Rolle spielen.“ (Jürgen Böhm, VDR)

„Deutschland ist im Bereich der beruflichen Bildung sehr gut aufgestellt. Das Einzige, was fehlt, ist, dass die berufliche Bildung in Deutschland im selben Maße wertgeschätzt wird, wie sie es im internationalen Vergleich offensichtlich ist: In fast keinem ande-

ren OECD-Land sind die Berufsaussichten mit einem beruflichen Abschluss für die junge Generation so gut wie in Deutschland!“ (Susanne Lin-Klitzing, DPhV)

### Bildungsausgaben

In Deutschland liegen die Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) unter dem OECD-Schnitt. 2017 gab die Bundesrepublik dem Bericht zufolge 4,2 Prozent des BIP dafür aus (OECD-Schnitt 4,9). Allerdings waren die Pro-Kopf-Ausgaben pro Bildungsteilnehmer höher als in den meisten anderen Ländern: insgesamt jeweils 13 529 Dollar (OECD-Schnitt 11 231 Dollar).

### Klassengrößen

In seiner Pressemitteilung zum OECD-Bericht meldet das Statistische Landesamt stolz, dass es in rheinland-pfälzischen Grund-

schulen mit durchschnittlich knapp 19 Schülern die kleinsten Klassen der Republik gäbe. Es muss aber gleichzeitig einräumen, dass unser Bundesland in der Sekundarstufe I mit 24,3 nach NRW durchschnittlich die zweitgrößten Klassen gebildet hat.

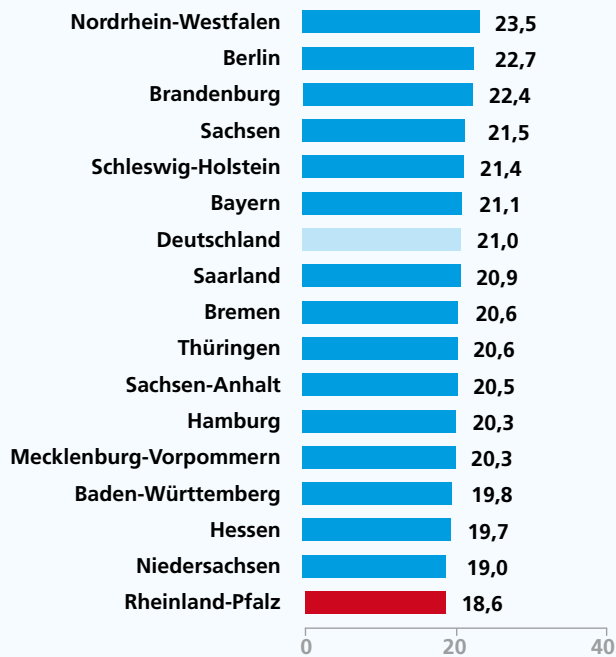
### Frühkindliche Bildung

Lob für Deutschland gab es für die frühkindliche Bildung: Hierzulande kommen demnach auf jede pädagogische Fachkraft in diesem Bereich fünf Kinder gegenüber sieben Kindern im Durchschnitt der OECD-Länder. 2018 besuchten in Deutschland 41 Prozent der Einjährigen Einrichtungen wie Krippen oder eine Kindertagespflege. Damit liegt Deutschland deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 34 Prozent. Bei den Zweijährigen waren es sogar 67 Prozent (21 Prozentpunkte über dem OECD-Durchschnitt).

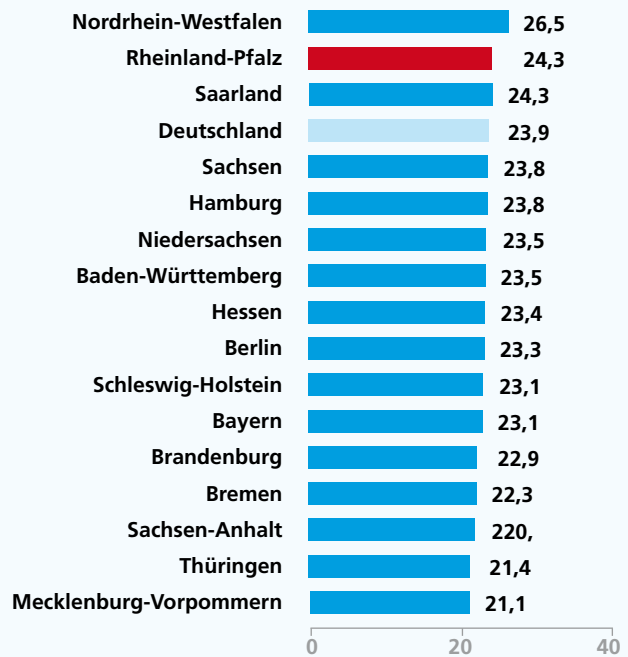
## Durchschnittliche Klassengröße in allgemeinbildenden Programmen 2018 nach Bildungsbereichen und Bundesländern

### Schüler/-innen je Klasse

#### Primarbereich



#### Sekundarbereich I



Grafik-Quellen: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Internationale Bildungsindikatoren im Landervergleich



Wolfgang Häring  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

Quellen: OECD „Bildung auf einen Blick 2020“, 8. September 2020 Pressemitteilungen der Lehrerverbände und des StLA

# KMK verabschiedet Ländervereinbarung



**Im Oktober hat die Kultusministerkonferenz (KMK) eine neue Ländervereinbarung\* geschlossen, die nach 50 Jahren das sog. Hamburger Abkommen ersetzt und den gemeinsamen Nenner der Bundesländer in der Bildungspolitik deutlich vergrößern soll.**

## Hubig: Historischer Tag

Von einem „historischen Tag für die Bildung in Deutschland“ sprach Stefanie Hubig, Kultusministerin in Rheinland-Pfalz und derzeit KMK-Präsidentin. „Die Menschen haben den Wunsch nach mehr Einheitlichkeit bei der Bildung und diesem Wunsch kommen wir nach.“ Damit sollen die Stärken des föderalen Bildungswesens für die Zukunft leistungsfähig gemacht werden.

## Mehr Vergleichbarkeit

Die Ländervereinbarung regelt unter anderem die bessere Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse und Schulformen zwischen den Ländern. Dabei trifft sie verbindliche Festlegungen zur klaren Verständigung auf Kategorien und einheitliche Benennung der Abschlüsse im Sekundarbereich I. Hinter derselben Bezeichnung soll auch die gleiche Schulart und der gleiche Schulabschluss stecken. Außerdem werden neue Schritte zur Angleichung des Abiturs anvisiert. Ab 2023 sollen in allen Ländern 50 Prozent aller schriftlichen Abituraufgaben in den Kernfächern aus einem gemeinsamen, länderübergreifenden Aufgabenpool entnommen werden. Auch die zwei Jahre vor den Abiturprüfungen sollen „angeglichen“ werden – sie machen schließlich den Großteil der Note aus.

## Verbundene Handschrift in der Grundschule

Für die Arbeit in der Grundschule verständigt sich die KMK auf einen einen Mindeststundenumfang in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht sowie die Vermittlung einer verbundenen Handschrift, der ein normiertes, schreibmotorisches Konzept zugrunde liegt, und einen einheitlichen Rechtschreibrahmen.

Nicht unbedingt neu sind als Ziele der Ausbau des Ganztagsangebots, die Förderung der Inklusion und die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die digitale Welt.

## Ständige wissenschaftliche Kommission

Gelungen ist endlich auch die Verständigung auf eine wissenschaftliche Kommission. Sie soll sich aus führenden Bildungswissenschaftlern zusammensetzen und unabhängig arbeiten. Sie wird am schulischen Alltag orientierte Empfehlungen geben für mehr Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungssystem. Der „Nationale Bildungsrat“ mit Beteiligung des Bundes, wie er ursprünglich von der Großen Koalition im Koalitionsvertrag vorgesehen war, ist damit endgültig vom Tisch.



**Wolfgang Häring**  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

\*[https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2020/2020\\_10\\_15-Laendervereinbarung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2020/2020_10_15-Laendervereinbarung.pdf)

Ein Rückblick auf die schulpolitische Ausgangssituation in den neuen Bundesländern mit einem Zeitsprung in die bundesdeutsche Entwicklung 30 Jahre nach der Deutschen Einheit

# MEHR EINHEIT, MEHR VIELFALT: WEITERVEREINIGUNG



Zeitungscollage „Deutsche Einheit“ (1990)

Auf meinem Schreibtisch liegen zahlreiche Zeitungen ausgebreitet: Die ZEIT, die FAZ, die Süddeutsche Zeitung, die Bildzeitung, das Thüringer Tageblatt, die Thüringer Allgemeine, die Erfurter Tagespost, die Mainzer Rheinzeitung, die Mainzer Allgemeine Zeitung, ... Fast alle tragen das gleiche Erscheinungsdatum: Mittwoch, 3. Oktober 1990. Von der ersten bis zur letzten Seite berichten sie ausführlich über die neue Epoche – über Freudenfeste, Feuerwerke und Gottesdienste in Ost und West zum Tag der Deutschen Einheit. Jedes dieser Exemplare, dachte ich damals, könnte später einmal eindrucksvoll in Erinnerung rufen, dass Menschen, die jahrzehntelang durch Mauer und Stacheldraht getrennt waren, seit Null Uhr wieder gemeinsam in einem Land leben. Hervorgeholt habe ich die alten Zeitungen anlässlich des Jubiläums „30 Jahre Deutsche Einheit“.

Die Thüringer Ausgaben, die ich an einem Zeitungskiosk in Erfurt erwerbe, sind schnell vergriffen. Auch Werner Schappert, Ulrike Wedekind, Wolfgang Häring, Erwin Steilen, Richard Scherer, Reinhard Kermann, Horst Jurczyk und Rudolf Klöckner können noch einige Exemplare erwerben. Wir befinden uns auf einer Bildungsexkursion in der thüringischen Hauptstadt und wollen vom 1. bis 3. Oktober 1990 Kontakte mit Schulen und Lehrkräften aufnehmen und vertiefen.

Der Bericht auf Seite 18 erinnert an die Begegnung mit

Lehrern und Schülern in Erfurt sowie Hospitationen an einer Polytechnischen Oberschule.

*Erwartungen an das Schulsystem in den neuen Bundesländern nach der Wende*

Die Erwartung vieler Lehrkräfte und Bildungsexperten, nicht nur jener aus den alten Bundesländern, war, dass sich auch in den fünf neuen Bundesländern ein dem Westen vergleichbares Schulsystem entwickeln würde. Ein gegliedertes Schulsystem könne das einheitliche so-

zialistische, stark ideologisierte und militarisierte Schulsystem der DDR ablösen. Diese Position vertrat die „Allianz für Deutschland“, ein Wahlbündnis, das sich am 5. Februar 1990 zu den ersten und letzten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 zusammenschloss. Ihr gehörte u. a. die CDU-Ost an. Die SPD hingegen forderte die Umwandlung der DDR-Einheitsschule in Gesamtschulen. Die Befürworter des gegliederten Schulsystems verfügten nach den Volkskammer-Wahlen über eine klare Mehrheit im Parlament. Dennoch wurde dort keine Entscheidung über das Schulsystem getroffen, weil sich die gebildete Große Koalition in dieser Frage nicht verständigen konnte. Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 übertrug schließlich die Verantwortung für das Schulwesen den neu zu bildenden Ländern. Diese sollten dann eigene Regelungen treffen.

Forderungen hinsichtlich der Neugestaltung des Schulwesens erreichten den „Osten“ auch aus dem „Westen“. So erklärte der damals amtierende VDR-Bundesvorsitzende Hansjoachim Kraus vor Verbandsvertretern in Bonn, dass sich der gegenwärtige Umwandlungsprozess in der DDR nicht nur auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich beschränken könne, sondern auch eine Umwandlung und Ablösung des DDR-Bildungs- und Erziehungssystems anstreben müsse. Im Interesse guter Einmündungschancen in das spätere differenzierte Berufs- und Erwachsenenleben müsste das neue DDR-Schulsystem Begabungsstruktur, Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft der Schüler ebenso berücksichtigen wie Mitwirkungsrechte und Wahlmöglichkeiten der Eltern für ihre Kinder. Deshalb plädierte Kraus für ein gegliedertes Schulsystem in der DDR, wie es sich in der Bundesrepublik bewährt habe, nicht zuletzt im Interesse und im Hinblick auf die deutsche Einheit. (Zitiert in: *Realschulblätter RLP, Ausgabe 1/1990, S. 52*)

### Die Umsetzung der Schulpolitik in den neuen Bundesländern nach den Landtagswahlen

Die Forderung des VDR-Bundesvorsitzenden Kraus schien nach den ersten Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 erfolgversprechend. Die CDU erhielt in vier ostdeutschen Ländern die meisten Stimmen. Lediglich in Brandenburg war die SPD stärkste Fraktion im Parlament.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde ein dreigliedriges Schulsystem eingeführt. Daneben wurde die Gesamtschule als gleichrangige Schulform anerkannt. Auch Sachsen-Anhalt präferierte ein dreigliedriges Schulsystem, Gesamtschulen wurden aber nur als Ausnahmeregelung zugelassen. In Brandenburg verständigte sich die Ampelkoalition darauf, dass neben den Gesamtschulen auch Gymnasien und Realschulen gegründet werden können, wenn diese dem Elternwillen entsprechen. In Thüringen und Sachsen waren Gesamtschulen nicht vorgesehen. In Thüringen konnten allerdings auf Antrag und Vorliegen eines pädagogischen Konzeptes Gesamtschulen eingerichtet werden. In Sachsen präferierte die alleinregierende CDU ein zweizügiges Schulsystem aus Mittelschule und Gymnasium.

### Die Vielfalt unterschiedlicher Schulsysteme war bereits nach 1990 absehbar

Die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten der neuen Bundesländer änderten sich und mit ihnen auch die Schulsysteme. Bereits am 14. September 1990 prognostizierte Prof. Dr. Klaus Westphalen auf einem Festvortrag in Koblenz anlässlich des 40-jährigen Bestehens des VDR Rheinland-Pfalz eine noch zunehmende Vielfalt unterschiedlicher Schulsysteme: „Wir müssen Abschied nehmen von der Vorstellung, das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland in einem einzigen Schaubild skizzieren zu können. Nimmt man die Verfassungsgrundsätze der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Kulturhoheit der Länder und des Pluralismus ernst, so wäre dagegen nichts einzuwenden, sofern denn wirklich Optionen für verschiedene, der Begabung und Neigung entsprechende Bildungswege offengehalten werden.“ Westphalen folgert, „dass Schulvielfalt mehr als bisher die Signatur des deutschen Bildungswesens sein wird.“ (Zitiert in: *Realschulblätter RLP, Ausgabe 1/1991, S. 26*)

### Zeitsprung von der Vergangenheit in die Gegenwart

In den neuen Bundesländern wurde das frühere DDR-Schulsystem, das in seinem Kern aus der zehnjährigen Polytechnischen Oberschule (POS) und der zweijährigen Erweiterten Oberschule (EOS) bestand, zunächst auf ein gestuftes und gegliedertes Schulwesen umgestellt. Die demografische Entwicklung bedingte fortan erneute, wenngleich dann eher lautlos wirkende Schulstrukturveränderungen.

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm – geboren 1965 im thüringischen Hirschberg, Studium an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, zuletzt Schulleiter an der Realschule Arnstorf in Niederbayern – hat die Schulstrukturveränderung in den neuen Bundesländern selbst erlebt. Mit Blick auf die bildungspolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik folgert er: „Die Schulen wurden in den letzten Jahren immer wieder neu umstrukturiert. Sie waren teilweise auch in den so genannten neuen Bundesländern immer wieder ein Spielball der jeweiligen Landespolitik. Die Versuche, nach der Wende 1990/91 ein differenziertes Schulsystem einzuführen, wurden teilweise sehr halbherzig umgesetzt. Nach der Wiedervereinigung gab es an den Schulen im Osten einen relativ hohen Überhang an Lehrpersonal neben sinkender Geburtenrate und teilweise massiver Abwanderung aus Mitteldeutschland in den Westen. Deswegen wurden Reformen eher unentschlossen durchgeführt. So wurde meines Erachtens der Bereich der Realschulbildung in einigen Bundesländern stark vernachlässigt. Die Bildungspolitik wurde immer wieder dem Kräftespiel der Politik unterworfen.“ (Gespräch mit dem Autor am 25. September 2020 am Rande einer Bundesvorstandssitzung in Nürnberg)

Es war das Kräftespiel der einzelnen Landesregierungen. Bildung und Schule sind eben, so steht es im Grundgesetz, Ländersache. Gegner dieses Bildungsföderalismus beklagen die fehlende Transparenz und Vergleichbarkeit im Schulwesen, weil es diese Ländersache über die Schulbildung gibt. Mit der Kultusministerkonferenz haben die Länder ein freiwilliges Koordinationsgremium



geschaffen. Aber dieses hat keine unmittelbare Rechtssetzungsbefugnis. Die Entscheidungen der KMK sind daher nicht unmittelbar bindend, sondern müssen, von dem jeweiligen Land als landesrechtliche Rechtsvorschriften erlassen werden.

Die neuen Bundesländer haben die flächendeckende Einheitsschule der DDR abgeschafft. Gegen eine erneute Zentralisierung der Schulpolitik spricht sich auch Jürgen Böhm aus: „Ich bin der Meinung, dass Bildung grundsätzlich eine föderale Aufgabe ist, dass die Länderhoheit in Deutschland sowohl einen Wettbewerb als auch eine Reaktion auf gewisse kulturelle Besonderheiten in den einzelnen Bundesländern zulässt. Das, was ich mir allerdings wünsche, sind grundsätzliche Regelungen. Zum Beispiel länder-übergreifende Abschlussqualitäten und Staatsverträge über Mindestanforderungen.“

### Die Schulsysteme sind unübersichtlicher geworden

Die Prognose von Klaus Westphalen, „dass Schulvielfalt mehr als bisher die Signatur des deutschen Bildungswesens sein wird“, sollte sich rückblickend als zutreffend erweisen. Das Schulsystem in den Bundesländern lässt sich tatsächlich nicht differenziert auf einem Schaubild skizzieren, wie Westphalen bereits 1990 vorausschaute. Das gelingt bestenfalls auf Länderebene. (Anmerkung: *Zumindest eine allgemeine Übersicht über die „Grundstruktur des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland“ vermittelt die Kultusministerkonferenz anhand eines Diagramms mit zahlreichen Fußnoten. Quelle: [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Dokumentation/de\\_2019.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Dokumentation/de_2019.pdf)*)

Ob im Norden oder Süden, im Osten oder Westen – die Strukturen und Organisationsformen sind komplexer und somit auch unübersichtlicher geworden. Sogar Bildungsexperten haben Schwierigkeiten mit einer detaillierten Beschreibung der Schulsysteme und deren Unterrichtsangebote, die sich mehr oder weniger dynamisch im Laufe der Zeit auch vor dem Hintergrund wechselnder politischer Machtverhältnisse immer wieder veränderten. Das „klassische dreigliedrige Schulsystem“ gibt es nur noch in Bayern, und über alle 16 Bundesländer hinweg existiert nur noch das Gymnasium. Die anderen Bundesländer – so auch Rheinland-Pfalz – stiegen auf kombinierte oder integrierte Systeme mit spe-



Zeitungs collage „Deutsche Einheit“ (2020)

zifischen Möglichkeiten der inneren und äußeren Differenzierung um.

Von der Einheitsschule hatten sich die neuen Bundesländer nach der politischen Wende verabschiedet. Schulische Angebotsvielfalt und Differenzierungsmöglichkeiten tragen heute dazu bei, dass sich die individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler hinsichtlich ihres Leistungsvermögens, ihrer Neigungen und Begabungen entfalten können, dass Kinder und Jugendliche die Schule vorfinden, die zu ihrem Persönlichkeitsprofil am besten passt. Schulen müssen unter diesen Prämissen konsequent weiterentwickelt werden. Unverzichtbar in unserer Gesellschaft ist die Reale Bildung. Sie bleibt auch

nach den zahlreichen Änderungen der Schulartenbezeichnungen und Organisationsstrukturen ein Qualitätsmerkmal der deutschen Schulentwicklung.

### Werteerziehung als Bildungsauftrag und die Aufforderung zur „Weitervereinigung“

Wiederum liegen auf meinem Schreibtisch einige Zeitungen ausgebreitet: Die ZEIT, die FAZ, die Frankfurter Rundschau, die Mainzer Allgemeine Zeitung und die Bildzeitung. Erscheinungsdatum: 2. Oktober 2020, ein Tag vor dem Jubiläum. Nicht alle Titelseiten thematisieren die Deutsche Einheit so großflächig wie 1990. Berichte von Freudenfesten, Feuerwerken und Gottesdiensten, die vor 30 Jahren die Zeitungen füllten, fehlen gänzlich. Verwunderlich ist diese sachlich-nüchtern gewordene Berichterstattung nicht. „Die Deutschen tun nicht mehr so, als wären sie gleich und würden immer gleicher.“ (Martin Machowecz, *Die ZEIT*, 1. Oktober 2020, S. 7)

Entsprechend äußert sich Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau (2. Oktober 2020, S. 3): „Ich wünsche mir, dass unser Land in den wichtigen Fragen einen großen Zusammenhalt zeigt. Dass das, was uns stark macht, weitergelebt werden kann: die Vielfalt. Es muss nicht Mecklenburg-Vorpommern so werden wie Bayern oder Sachsen und umgekehrt. Und Vielfalt soll auch nicht reduziert werden auf Ost und West oder Stadt und Land, sondern es soll die Vielfalt sein, die die Menschen leben, die aus unserer Kultur und Geschichte und jedem Einzelnen von uns hervorgeht.“

Zeitnah vor dem Einheitsjubiläum wirbt der amerikanische Getränkekonzern Coca Cola wortschöpfend für eine „Weitervereinigung“ (30. September 2020). Denn die „Wiedervereinigung ist kein Tag vor 30 Jahren. Sie findet jeden Tag statt,“ so die Kernbotschaft der Kampagne. Die Aufforderung zur „Weitervereinigung“ in Gegenwart und Zukunft könnte gleichsam als Fingerzeig verstanden werden, die Anstrengungen zur Schaffung eines allgemeinverbindlichen Wertekonsens, der sich – einheitsstiftend – am Grundgesetz orientiert, zu verstärken. Denn Diversität und Heterogenität prägen zunehmend unsere Alltagswirklichkeit. Sie

bereichern unsere Gesellschaft, aber sie erzeugen auch Spannungen und Konflikte. So gewinnt der Bildungsauftrag der Schule immer mehr an Bedeutung, junge Menschen zu ermuntern „für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Frieden einzutreten.“ (*Empfehlung der KMK vom 11. Oktober 2018*)



Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rlp.de

# „ES IST ALLES SO UN DURCHSCHAUBAR“

## Begegnungen an einer Polytechnischen Oberschule (POS) in Erfurt im Oktober 1990



Schulbesuch 1990 an der 15. Polytechnischen Oberschule in Erfurt

**D**er Klassenraum ist kalt. Das Thermometer misst 15 Grad. Schon seit Wochen funktioniert in der 15. Polytechnischen Oberschule (POS) in Erfurt die Heizung nicht mehr. Da die Handwerker auf sich warten lassen, beginnt der Unterricht erst um 9.45 Uhr. Aber weder bei den Lehrern noch bei den Schülern kommt Freude über die angeordnete Unterrichtskürzung auf. „Mummelt euch halt ein bisschen zusam-

men!“ fordert die Zeichenlehrerin mitfühlend die frierenden Jugendlichen auf. Die Kälte lähmt die Konzentrationsfähigkeit. Den Achtklässlern fällt die Beteiligung am Unterricht schwer, obwohl das Thema – es geht um die Geschichte des Porträts – von der sympathischen, etwa 40-jährigen Pädagogin methodisch geschickt dargeboten wird. Sie geht durch die Reihen und zeigt den acht Schülerinnen und acht Schülern Fotos und Grafiken. Diese sollen erkennen,

dass das Porträt, meist in übertriebener Form, charakteristische Merkmale einer Person abbildet.

Die letzten zehn Minuten vor Beendigung der Stunde dürfen die Schüler mit mir, dem Gast aus der Bundesrepublik Deutschland, der den Unterricht von der letzten Bank aus verfolgt hat, reden und diskutieren. Ich gehöre zu den 23 Lehrkräften und Schulleitungsmitgliedern, die sich im Rahmen einer Tagung vom 1. bis 3. Oktober 1990 in Erfurt aufhalten. Ziel der Bildungsexkursion war es, verschiedene Schulen zu besuchen, Kontakte mit Lehrkräften aus Thüringen zu knüpfen und bereits bestehende Schulpartnerschaften zu vertiefen. Der 14-jährige Cornelius, mein Banknachbar während der Hospitation, antwortet auf meine Frage, wie er mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung seine Zukunft einschätze: „Ich habe Angst, ich habe eine abstrakte Angst.“ Cornelius will umschreiben, dass er nicht genau sagen könne, wovor er sich fürchte. „Es ist alles so undurchschaubar“, erklärte der Junge.

In der darauffolgenden Stunde, im Deutschunterricht, behandelt dieselbe Lehrerin in einer neunten Klasse die Ringparabel aus Lessings Nathan der Weise. Sie soll den Einstieg in die Diskussion über aktuelle Geschichtsprobleme erleichtern. Die Lehrerin zur Klasse: „Meine Hoffnung und mein Wunsch ist es, dass ihr politische und religiöse Toleranz übt.“ Erfreulich schnell haben die Jugendlichen inzwischen gelernt, mit der vor einem Jahr noch versagten Meinungsfreiheit umzugehen.

Auf diese Offenheit angesprochen, erklärt eine Schülerin: „Zuhause haben wir immer unsere Meinungen ausgetauscht, aber wir



Stimmung in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990



Sie schilderten im Gespräch mit Lehrerinnen und Lehrern aus Rheinland-Pfalz ihre Meinungen zur Deutschen Einheit: Schülerinnen und Schüler der 15. Polytechnischen Oberschule in Erfurt. Um den Gedankenaustausch nicht mit der Pausenklingel abbrechen zu müssen, verlängerten sie freiwillig ihre Unterrichtsstunde.

durften sie früher nicht in die Schule tragen.“ Das Misstrauen sei auch innerhalb der Schülerschaft groß gewesen. Man habe ständig gezweifelt, wem man wirklich vertrauen könne, meint das Mädchen rückblickend. Heute aber habe sie kein Verständnis, wenn man einem Mitschüler die Vergangenheit seiner Eltern vorhalte: „Die Kinder können nichts dafür, wenn ihre Eltern früher bei der Stasi waren.“ – „Ich befürchte, dass uns die deutsche Einheit viele neue Probleme bereiten wird“, meint ihre Klassenkameradin unter Hinweis auf die täglich steigende Arbeitslosigkeit. Angst habe man außerdem vor dem sich ausbreitenden Rechtsradikalismus. „In Erfurt gibt es einige Leute, die Nazi-Parolen verbreiten“, berichtet ein Schüler und warnt uns Gäste fürsorglich: „Seien Sie vorsichtig, wenn Sie heute Abend unterwegs sind. Einige werden in der Nacht zum 3. Oktober Krawall machen.“

Zeitsprung. Es ist 1.10 Uhr. Der 3. Oktober und mit diesem gleichsam die Deutsche Einheit ist gerade eine gute Stunde alt. Die Linie 4 fährt uns vom Domplatz in Richtung Hotel. Unterwegs, in der Straßenbahn, sprechen wir eine junge Dame an und fragen sie, ob sie um Mitternacht im Dom und auf dem Domplatz gefeiert habe. „Die Begeisterung war im November vergangenen Jahres größer gewesen, zumal viele von uns heute ohne Arbeit dastehen“, erklärt sie. Nachdenklich macht ihr Wortspiel, das sie nach einer Atempause nachschiebt: „Die Freude über die Einheit ist heute geteilt.“

*Persönliche Eindrücke des Autors während einer Bildungsexkursion vom 1. bis 3. Oktober 1990 nach Erfurt*

### Thema „Deutsche Einheit“. Impulse für den Unterricht

Am 3. Oktober 1990 stand hinter dem Moderator Joachim Jauer auf der Rückwand der ZDF-Sendung „Kennzeichen D“ in schwarz-rot-goldenen Farben: „1 + 1 = ?“. Jauer ergänzte: „1 + 1 = 1“.

Welche Botschaft verbirgt sich hinter dieser „Mathematik“?

Wie misst man „Deutsche Einheit“?

Arbeitslosigkeit oder Wirtschaftskraft lassen sich statistisch erfassen. Gibt es Probleme, die sich nicht in Zahlen messen lassen?

Sind die Lebenschancen in „Ost und West“ vergleichbar gut? Gibt es ähnliche Unterschiede auch zwischen „Nord und Süd“?

Das Magazin der Bundesregierung „SCHWARZROTGOLD“, Ausgabe 2/20, S.14/15, veröffentlicht Umfrageergebnisse zum „Lebensgefühl Einheit“. Versuche, die nachfolgenden Ergebnisse zu kommentieren.

1. Beispiel:

„In Westdeutschland fällt die Demokratiezufriedenheit mit 40 Prozent fast doppelt so hoch aus wie in Ostdeutschland mit 22 Prozent.“

2. Beispiel:

„Die Mehrheit der Ostdeutschen (57 Prozent) fühlt sich immer noch als Bürger zweiter Klasse.“

3. Beispiel:

„Ost- und Westdeutsche sind sich seit der Wiedervereinigung etwas nähergekommen. Das sagen 53 im Westen und 63 Prozent im Osten.“

Spielt das Thema „Ost-West“ bei jungen Menschen überhaupt noch eine Rolle?

*Hinweis: Das Portal [www.zeitzeugenbuero.de](http://www.zeitzeugenbuero.de) ist ein Angebot der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Es beinhaltet zahlreiche Unterrichtsmaterialien. Über 370 Zeitzeugen zur DDR-Geschichte sind recherchierbar und kontaktierbar.*



**Bernd Karst**  
bernd.karst@vrb-rlp.de

## Digitale Technik erfolgreich eingesetzt!



*Neue Formen der Verbandsarbeit: In den vergangenen Jahren traf sich der Landeshauptvorstand zweitägig am Ende der Sommerferien.*

*In diesem Jahr beanpruchte die Gremienarbeit mehrere Wochen intensiver Beratung in Arbeitsgruppen, die in einem digitalen Plenum zusammengeführt wurde.*

### Datenschutzkonformes Videokonferenzsystem

Der Landesvorstand hat die notwendige virtuelle Gestaltung der Vorstandsarbeit auf allen Ebenen erfolgreich realisiert. Bei der Auswahl eines Videokonferenzsystems war Datenschutzkonformität das vorrangige Entscheidungskriterium gewesen. Unter dieser Voraussetzung wurde ein System genutzt, das alle notwendigen digitalen Werkzeuge zur Verfügung stellte und folglich effektive Vorstandsarbeit ermöglichte.

### Neue Erfahrungen in virtuellen Konferenzräumen

Besonders herausfordernd war die Organisation einer virtuellen Landeshauptvorstandssitzung gemeinsam mit den Mitgliedern des erweiterten Landesvorstands und VRB-Referenten. Die Größe des Gremiums erforderte im virtuellen Raum ein hohes Maß an Aufmerksamkeit, Konzentration und Disziplin. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler zollte allen im Verband engagierten Mitgliedern Respekt für die in schwieriger Zeit geleistete Verbandsarbeit und bekundete Freude und Lob für gelungene Teamarbeit, die Mut mache, die kommenden Herausforderungen in Schule und Verband bestehen zu können.

In zwei Sitzungen vor und in den Sommerferien legte der Landeshauptvorstand die Grundzüge der weiteren Verbandsarbeit fest. Dabei konnte der Vorstand auf umfangreiche Vorarbeiten der Bezirksvorstände zurückgreifen. Diese hatten sie – koordiniert von den Bezirksvorsitzenden – in virtuellen Arbeitsgruppensitzungen in den Sommerferien durchgeführt.

### Leitmotive: Vorsicht und Fürsorge

Ein Schwerpunkt der virtuellen Vorstandssitzungen bildete die durch die Pandemie bedingte besondere schulische Situation bis zu den Sommerferien. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten über ihre Erfahrungen und über die Rückmeldungen aus den Schulen. Ergänzend hierzu gaben Michael Eich, Vorsitzender des Hauptpersonalrats RS plus, Bengjamin Bajraktari, Vorsitzender des Bezirkspersonalrats RS plus, Regina Bollinger, Mitglied des Hauptpersonalrats IGS, und Marlies Kahn, Mitglied des Bezirkspersonalrats IGS, einen kurzen Überblick über ihre Tätigkeit in den Stufenvertretungen.

Übereinstimmend formulierten die Mitglieder des Landeshauptvorstandes die Kernanliegen des verbandspolitischen Handelns. Einen breiten Raum müsse die Forderung nach „Vorsicht und Fürsorge“ als Leitmotive der Landesregierung, der politisch Verantwortlichen auf Landes- und Kommunalebene wie auch in den Schulen selbst einnehmen. Konkret stellten die Teilnehmer einen Forderungskatalog zusammen, der in einer Presseerklärung am 04. August 2020 veröffentlicht wurde:



*Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler lobte die gelungene Teamarbeit im virtuellen Raum.*



*Die Bezirksvorsitzenden koordinierten die Vorarbeiten und Arbeitsgruppensitzungen. Von oben: Saskia Tittgen (Bezirk Neustadt), Christoph Krier (Bezirk Trier) und Bengjamin Bajraktari (Bezirk Koblenz)*



*BPR- und HPR-Mitglieder berichteten aus ihrer Tätigkeit in den Stufenvertretungen. Von oben: Michael Eich (Vorsitzender HPR RSplus), Benjamin Bajraktari (Vorsitzender BPR RSplus), Regina Bollinger (HPR IGS) und Marlies Kahn (BPR IGS)*

### Konkret fordert der Verband Reale Bildung:

- den seit dem 1. August 2020 geltenden Hygieneplan neu zu bewerten,
- das Abstandsgebot unter Schülerinnen und Schülern aufrechtzuerhalten,
- die Gefährdungen durch den Schülertransport stärker in den Blick zu nehmen,
- in der Schulstartphase den Präsenzunterricht mit einem digital unterstützten Fernunterricht („Szenario 2“) zu kombinieren,
- die Bereitstellung der technischen Ressourcen und die personellen Voraussetzungen zu optimieren,
- die volle Unterrichtsversorgung durch Einstellung junger Lehrkräfte auch bei Bildung kleinerer Klassen sicherzustellen,
- Förderangebote auszuweiten, um mögliche Leistungsdefizite auszugleichen.

### Verbandspolitische Weichenstellungen: Wahlen 2021

Weitere Schwerpunktthemen der Vorstands- und Arbeitsgruppensitzungen waren die Landtagswahlen und die Personalratswahlen im kommenden Jahr. Der Landesvorstand stellte seine Vorstellungen zur Vorbereitung auf beide Wahlen dar. In den Gesprächen mit den politischen Gremien wird der Vorstand seine bildungspolitischen Vorstellungen artikulieren und im Wahlkampf eingehend die bildungspolitischen Grundsätze in den Wahlprogrammen analysieren und dazu Stellung beziehen. Insbesondere müssten sich, so die Überzeugung der Vorstandsmitglieder, die Parteien daran messen lassen, welche Leitsätze sie formulieren und welche Investitionen sie planen zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben im Schulbereich.

Intensiv wurde in Arbeitssitzungen die Personalratswahl vorbereitet. Die grundsätzliche Ausrichtung des Verbandes wurde einstimmig festgelegt. Auf der Grundlage der verabschiedeten Arbeitspapiere können die nächsten Schritte erfolgen.

### Analoge und virtuelle Techniken haben ihre Berechtigung

In der Rückschau wertete der Landesvorstand die neue digitale Arbeitstechnik als bereichernd. Wir werden im Verband nach dem Willen des Landesvorstandes die digitalen Techniken für weitere Arbeitsprozesse im Verband einsetzen. Der Landesvorsitzende bedankte sich bei Wolfgang Seebach und Wilfried Rausch, die die Vorstandsmitglieder geduldig und mit viel Einfühlungsvermögen erfolgreich mit der neuen digitalen Welt vertraut machten und die datenschutzrechtlichen Rahmenvorgaben umsetzten. Timo Lichtenthäler betonte allerdings auch, dass analoge Sitzungen durch diese Technik nicht vollständig ersetzt werden könnten. Die sozialen Kontakte und der lebendige Austausch könnten durch virtuelle Konferenzen nicht ersetzt werden.



**Wolfgang Rausch**  
wolfgang.rausch@vrb-rlp.de



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



**Karin Berneburg,**  
**Wolfgang Wünschel**



*Wolfgang Seebach (oben) und Wilfried Rausch führten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die neue digitale Welt und durch die dort geltenden datenschutzrechtlichen Rahmenvorgaben.*



► PRÄSENZVERANSTALTUNG

## VRB-Vorstand befasst sich mit bildungspolitischen Entwicklungen und Medienfragen

**Der Landesvorstand traf sich – erstmals seit Monaten – in einer Präsenzveranstaltung. Auch wenn Abstands-, Hygiene- und Lüftungsregeln Rahmen setzten, nahmen alle Beteiligten wahr, dass auch Vorstandssitzungen zuallererst wichtige soziale Veranstaltungen sind.**

### Neue Organisations- und Kommunikationsformen – Apriltermin Hauptversammlung

Der Vorstand hat die Planungen für eine Hauptversammlung im April 2021 aufgenommen. Sie war im vergangenen März 2020 aus Fürsorgegründen verschoben worden.

Nach der Absage war es darum gegangen, die neuen Herausforderungen der Verbandsarbeit anzunehmen. Wir haben neue Organisations- und Kommunikationsformen gefunden und mit Home-Office und Videokonferenzen erfolgreich neue Wege in unserer Verbandsarbeit beschritten. Wir sind auch weiterhin in allen Bereichen des Verbandes aktiv und nehmen verantwortungsbewusst die Interessen unserer Mitglieder im Sinne unserer Satzung wahr.

### Personalratswahlen: Der VRB unterstützt die Wahlvorstände

Auf den Weg gebracht hat der geschäftsführende Vorstand die Forderungen und Impulse der Arbeitsgruppen, die aus der Arbeit des Landeshauptvorstandes hervorgegangen sind. Ein Schwerpunkt ist die Unterstützung der schulischen Personalvertretungen. Den mit Blick auf die Personalratswahlen 2021 zu bestellenden Wahlvorständen wird der VRB Schulungen anbieten. Sie sollen in allen drei Bezirken nacheinander stattfinden: Trier am 26. Januar, Neustadt am 27. Januar und Koblenz am 28. Januar. Den Schu-

len werden in einer Handreichung Ablaufpläne und Mustervordrucke zur Verfügung gestellt.

### Berichte der Vorsitzenden

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler berichtete über Aktivitäten auf Bundesebene, einer konzertierten Aktion mit den übrigen Lehrerverbänden auf Initiative des Landeselternbeirats. Gespräche mit dem LEB-Vorsitzenden, den Parteien und mit der Bildungsministerin wurden in den Blick genommen und vorbereitet.

Die Bezirksvorsitzenden stellten ihre Online-Aktivitäten und Pläne für die



VRB in den sozialen Netzwerken: Expertenrunde mit Nico Cordes (links) und Andreas Stegmann. Der VRB wird seine Medienpräsenz auf Instagram ausdehnen.

nächsten Bezirksversammlungen vor. Wir werden darüber in der kommenden Ausgabe berichten.

### Landtagswahl

Die Landtagswahlen werden am 14. März 2021 stattfinden. Die Umstände lassen es derzeit nicht zu, in persönlichem Austausch, zum Beispiel in einem parlamentarischen Abend, Bilanz zu ziehen, Positionen und Programme zu erörtern. Der Vorstand wird deshalb ein Leitlinienpapier mit den aus Sicht des Verbandes wichtigen bildungspolitischen Positionen auflegen. Es ist darüber hinaus ein Impuls an die Lehrkräfte, die Parteiprogramme bildungspolitisch abzufragen. (Siehe dazu den Beitrag ab Seite 25.)

### Medienpräsenz

Der VRB wird seine Medienpräsenz auch auf Instagram ausdehnen. Dieser Entscheidung ging eine



*Forderungen und Impulse aus dem Hauptvorstand wurden auf den Weg gebracht. Ein Schwerpunkt ist die Unterstützung der schulischen Personalvertretungen.*

fundierte Expertise der Koblenzer Bezirksreferenten Nico Cordes und Andreas Stegmann voraus, die die Anwesenden über die Möglichkeiten und Chancen des Onlinedienstes informierten. Auch die datenschutzrechtlichen Einlassungen der VRB-Justiziarin fanden als „Rahmen des Umsetzbaren“ Berücksichtigung.

Vorsitzender Lichtenthäler zeigte sich abschließend erfreut, dass die vielfältigen Kommunikationsformen innerhalb des Verbandes breite Akzeptanz gefunden und Wirkung entfaltet haben.

Wü

## ► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 4. OKTOBER 2020

# Verband Reale Bildung: Vorbereitung auf denkbare Szenarien beschleunigen

**Die Rahmenbedingungen an den Schulen sind nicht ausreichend, um mit sofortigen Maßnahmen auf Einschränkungen des Präsenzunterrichts reagieren zu können.**

Es wurde an ausgewählten Standorten damit begonnen, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern Tablets zur Verfügung zu stellen. Doch technische Geräte allein können Notsituationen nicht überbrücken und einen qualifizierten Unterricht gewährleisten, so der VRB. Wenn Klassen- oder Schülerjahrgänge halbiert werden und die eine Schülergruppe zuhause lernt, während die andere in der Schule unterrichtet wird (Hybrid-Modell), müssen mehr Lehrkräfte und eine bessere technische Ausstattung zur Verfügung stehen. Studien belegen, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern unzureichend mit der Umstellung auf einen Online-Unterricht zurechtkommt. Sollte die Pandemie-Situation durchgehend Fernunterricht über längere Zeit hinweg erforderlich machen, dann kommt es hierzulande zu einem Bildungsnotstand. „Unsere Schulen benötigen einen Mindeststandard an technischer Grundausstattung, wie Breitbandanschluss und gut funktionierendes WLAN“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. „Der Investitionsdruck ist enorm. Aber es passiert erkennbar wenig“, so der VRB-Chef.

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler fordert, dass Schulen, Lehrkräfte und Schüler auf alle denkbaren Szenarien rechtzeitig vorbereitet werden. Der Online-Unterricht, das hätten erste Erfahrungen gezeigt, läuft für alle Beteiligten nicht zufriedenstellend. Lehrkräfte und Schulleitungen unternahmen größte Anstrengungen. Sie könnten sich allerdings kaum noch auf ihr eigentliches Kerngeschäft konzentrieren. Verwaltungs- und Schulmanagementaufgaben nähmen überhand, es mangle an entsprechendem Unterstützungspersonal an den Schulen, z. B. an der Bereitstellung technischer Assistenten für die Wartung der digitalen Ausstattung und zusätzlicher Stundenkontingente für das Schulsekretariat. Darüber hinaus fehlten immer noch geeignete und verbindliche Lösungen für den Einsatz von Lernplattformen, die eine Kommunikation innerhalb des Lehrerkollegiums und zu den Schülern und Eltern regeln.

Bedenklich, so Lichtenthäler, seien die vielerorts anzutreffenden baulichen Defizite. Räume, die nicht ausreichend belüftet werden können, weil sich die Fenster nicht öffnen lassen, dürfen im Schulbetrieb nicht genutzt werden. Unabhängig davon sollten erforderlichenfalls mobile Lüftungssysteme eingesetzt werden, so der VRB.

► STELLEN SIE DIE „GRETCHENFRAGE“!

# Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

## Unsere Erwartungen



Die Wahl zum 18. Landtag von Rheinland-Pfalz wird am 14. März 2021 stattfinden. Der Wahlkampf hat bereits begonnen, findet aber wegen der Corona-Pandemie unter erschwerten Bedingungen statt. Seit 30 Jahren führt die SPD in unterschiedlichen Koalitionen die Landesregierung an. Zu ihren wichtigen Projekten im Bildungsbereich gehören u.a. die „Freigabe des Elternwillens“ sowie die Schulstrukturänderung im Jahr 2009.

Für die Lehrkräfte im Land gilt es, die Programme der Parteien besonders sorgfältig auf die bildungspolitischen Ziele hin zu überprüfen. Der VRB hat folgende Erwartungen an die nächste Landesregierung:

### 1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Seit Jahren werden den Schulen stets neue Aufgaben übertragen, wie

- Individualisierung der Schülerförderung bzw. Inklusion
- Koordination und Mitwirkung bei der Erstellung von Förderplänen
- Kooperation mit außerschulischen Behörden (Jugendamt, Arbeitsagentur)
- Digitalisierung des Unterrichts
- pädagogische Begleitung bei Aufbau und Pflege einer digitalen Lehr- und Lernumgebung

- Medienerziehung
- Suchtberatung
- Gewaltprävention
- Demokratieerziehung
- Verbrauchernerziehung
- Berufs- und Studienberatung
- Vorbereitung, Gestaltung und Leitung schulinterner Fortbildung
- Vorbereitung des Übergangs beim Wechsel einer Schülerin oder eines Schülers in eine andere Schule und bedarfsorientierte Durchführung von Übergabegesprächen

Das Arbeiten in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen ist belastender geworden. Das Verhältnis der ungebundenen zur gebundenen Arbeitszeit hat sich gravierend verändert. Entsprechende unterrichtliche Entlastungen wurden zwar häufig versprochen, aber bis heute nicht realisiert. Die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung ist so hoch wie vor 50 Jahren.

### 2. Verkleinerung der Klassengröße

Individuelles Eingehen und Fördern von Schülerinnen und Schülern ist in Klassen mit 25 Schülerinnen und Schülern in der Orientierungsstufe und mit 30 in der Sekundarstufe I bei der Inhomogenität der Schülerschaft und der Verhaltensauffälligkeit vieler Kinder und Jugendlicher nicht mehr möglich.

### 3. Stärkung der Schulart Realschule plus

Die Realschule plus ist von vielen gesellschaftlichen Änderungen direkt betroffen, die sie besonders in den Bereichen Berufs- und Studienorientierung, Inklusion und Integration fordern. Die noch junge Schulart Realschule plus bedarf einer besonderen gesellschaftlichen und politischen Unterstützung, die ihr bislang zu wenig gewährt wurde.



#### 4. Ausreichende Personalversorgung zur Gewährleistung eines anspruchsvollen Fachunterrichts und Schaffung einer flexiblen Vertretungsreserve

Die vorhandenen Instrumente, Vertretungsunterricht zu organisieren, sind aufwändig, wenig flexibel und als Mehrarbeit belastend. Auch die Corona-Krise hätte personell besser abgefangen werden können, hätte es eine Vertretungsreserve gegeben.

#### 5. Professionelle Unterstützungsteams

Die pädagogischen Herausforderungen der kommenden Jahre können mit den derzeitigen unterrichtlichen Rahmenbedingungen immer weniger bewältigt werden. Den Schulen müssen weitere Ressourcen zur Bewältigung der Herausforderungen bereitgestellt werden. Vorrangig sind weitere Mittel erforderlich für:

- Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter
- EDV-Administratoren und Schulungen der Lehrkräfte für digitalen (Fern-)Unterricht
- Schulkrankenschwestern und Verwaltungsassistenten
- Entlastung von Lehrkräften, die Sonderaufgaben übernehmen

#### 6. Sicherung eines differenzierten und begabungsgerechten Lernangebots für alle Schülerinnen und Schüler

Fördermaßnahmen dürfen nicht nur den schwächeren Schülerinnen und Schülern vorbehalten sein. Alle Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf besondere Förderungen ihrer Begabungen. Begabtenförderung gehört zu den Aufgaben der Schule. Häufig fehlen den Schulen die personellen und finanziellen Möglichkeiten, Talente gezielt und systematisch über einen längeren Zeitraum zu entwickeln.

#### 7. Optimierung des Fortbildungsangebots durch schulartspezifische Fachberater

Die Fortbildungen über das pädagogische Landesinstitut werden überwiegend – insbesondere im Bereich der Hauptfächer und naturwissenschaftlichen Fächer – nicht von Lehrkräften aus dem Bereich der Realschule plus angeboten. Um den Bedürfnissen und Belangen der Realschülerinnen und -schüler und um den fachlichen Ansprüchen und Besonderheiten dieser Schulart (u. a. Orientierung an der Berufspraxis und den Anforderungen eines Fachhochschulstudiums) besser gerecht werden zu können, müssen Fachberaterinnen und Fachberater aus dem Bereich der Realschule plus entsprechende Fortbildungen konzipieren. Das gilt auch für den digitalen Unterricht an einer Realschule plus.

#### 8. Besoldungspolitik

Rheinland-Pfalz hat durch seine Besoldungspolitik im Wettbewerb um Lehrkräfte an Boden verloren und eine Abwanderung gut ausgebildeter Lehrkräfte nicht verhindern können. Außer-tarifliche Korrekturmaßnahmen haben im Ländervergleich eine leichte Verbesserung ergeben. Dies reicht nicht aus, um in der Nachwuchsgewinnung erfolgreich agieren zu können.

#### 9. Altersteilzeit

Die Altersteilzeit wird von vielen Lehrkräften als früherer Ausstieg aus dem aktiven Dienst genutzt, um angesichts der ständig steigenden beruflichen Belastungen den Ruhestand noch gesund zu erreichen. Lehrkräfte sollten die Möglichkeit der Altersteilzeit als selbstbestimmten früheren Ausstieg aus dem aktiven Berufsleben weiterhin nutzen können.

**Stellen Sie Ihren Abgeordneten bzw. den Kandidatinnen und Kandidaten die Gretchenfrage\*): „Nun sag, wie hast du’s mit dem VRB?“**

##### Frageimpulse:

- ▶ **Worin sehen Sie die bildungspolitischen Schwerpunkte 2021–2026?**
- ▶ **Welche Aufgaben haben Priorität?**
- ▶ **Welche Versäumnisse der Politik sehen Sie rückblickend?**
- ▶ **Wie sichern Sie die Nachwuchsgewinnung?**
- ▶ ...



Wolfgang Häring  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

\*) Die **Gretchenfrage (Faust Z. 3415)** bezeichnet als Gattungsbegriff eine direkte, an den Kern eines Problems gehende Frage, die die Absichten und die Gesinnung des Gefragten aufdecken soll. Sie ist dem Gefragten meistens unangenehm, da sie ihn zu einem Bekenntnis bewegen soll, das er bisher nicht abgegeben hat. (Wikipedia)

# 70 GLÜCKWUNSCH VRB!

## JAHRE ENGAGEMENT FÜR DIE LEHRERSCHAFT

**VERBANDS- UND SCHULGESCHICHTE IN RLP – EINE VORSCHAU.** Der Verband Reale Bildung blickt auf eine 70-jährige Geschichte zurück. Das sind siebenzig Jahre Engagement für Lehrkräfte und Schule. Wir planen, die Geschichte des Verbandes und der rheinland-pfälzischen Schul- und Bildungspolitik in einem Sonderformat zu würdigen. Beispielhaft gehen wir in dieser Ausgabe auf eine kleine Zeitreise, folgen den Erinnerungen eines Zeitzeugen und lassen bereits die Vorsitzenden der befreundeten Lehrkräfteverbände im dbb zu Wort kommen.



TIMO LICHTENTHÄLER

### TIMO LICHTENTHÄLER: 70 Jahre aktive Verbandsarbeit in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 1947 wurde die erste Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtags im Rathaussaal von Koblenz abgehalten. Ebenfalls in Koblenz wurde vor siebenzig Jahren der Landesverband des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) gegründet. Diese zeitliche Nähe beider Ereignisse zeigt deutlich, dass der Verband schon innerhalb der ersten Legislaturperiode des Landtages seine Gestaltungsräume als Interessenvertretung nutzte, um Einfluss auf bildungspolitische Entscheidungen zu nehmen. So war der VDR maßgeblich daran beteiligt, dass sich die Realschule zu einer erfolgreichen Schulart auf- und ausbauen konnte.

Auch nach der Schulstrukturreform hat der Verband stets kritisch und konstruktiv maßgebliche Weichenstellungen begleitet. Reale Bildung war von Beginn an Anliegen und Schwerpunkt der Verbandsarbeit. Die entsprechende Umbenennung des Verbandes verdeutlicht diese Fokussierung.

Die vielschichtige Verbandsarbeit ist an das Engagement von vielen Personen gekoppelt, die sich ihrem Berufsstand verbunden fühlen. Einige Vorstandsmitglieder, die noch heute mit ihrer Expertise und Erfahrung die Verbandsarbeit mittragen, sind schon Jahrzehnte aktiv.

Sie haben es verstanden, den Verband kontinuierlich weiterzuentwickeln und junge Kolleginnen und Kollegen Schritt für Schritt für ein Amt in führender Funktion zu befähigen und damit die Zukunft des Verbandes zu sichern.

Die Arbeit im Verband ist sicherlich herausfordernd. Aber sie schafft auch freundschaftliche Verbindungen, die erheblich dazu beitragen, dass die Forderungen des Verbandes bei den Verantwortlichen im Team mit Nachdruck vorgetragen werden. Wir blicken mit großer Zufriedenheit auf siebenzig Jahre ehrenamtlichen Einsatz für die rheinland-pfälzischen Schulen. Unser Blick richtet sich ebenso optimistisch in die Zukunft. Wir sind im Verband gut aufgestellt. Wir haben im Landesvorstand und in den Bezirksvorständen engagierte Kolleginnen und Kollegen. Ihre Arbeit trägt in hohem Maße dazu bei, dass der VRB als Interessenvertretung für Reale Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft ist.

### ZEITREISE

Wir haben Georg Stenner um einen Beitrag gebeten. Er ist seit über 50 Jahren Verbandsmitglied und war in den siebziger Jahren stellvertretender Landesvorsitzender, Haupt-

personalratsvorsitzender und Bildungshauptreferent im Bundesvorstand. Sein Beitrag wird die Geschichte des Realschullehrerverbandes in einer Zeitreise mit der Geschichte der Realschule in Rheinland-Pfalz verbinden, und er folgt keiner strengen Chronologie. Er zeigt Entwicklungen und Zusammenhänge auf, die sich auf den Verband wie auf die Schulart Realschule beziehen.

*Wir drucken hier einen Auszug aus seiner Zeitreise durch die Jahre 1950 bis 1965 ab:*

### GEORG STENNER: Neugründung und Neubeginn

Der Realschullehrerverband bezeichnete sich bei seiner Gründungsversammlung im Jahre 1950 als „Landesverband der Mittelschullehrer in Rheinland-Pfalz“. Später nannte er sich über viele Jahre „Verband Deutscher Realschullehrer“ (VDR), und erst im Jahre 2014 gab er sich den Namen „Verband Reale Bildung“ (VRB), worauf ich noch zurückkommen werde. In meinem Beitrag spreche ich meist vom Realschullehrerverband.

Der Zuschnitt von Rheinland-Pfalz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges brachte es mit sich, dass die Schulart Realschule in diesem Bundesland unterschiedliche Wurzeln hat. Es waren die mir durch meine Frau bekannten E-Klassen nach hessischem Muster in Rheinhessen, die vierzügigen privaten Realschulen bayerischer Prägung in der Pfalz und die sechsklassigen Mittelschulen preußischer Tradition im Norden des Landes.

Am 25. Mai 1950 wurde in Koblenz der „Landesverband der Mittelschullehrer in Rheinland-Pfalz“ gegründet. Erster Landesvorsitzender wurde Theodor Bomm. Schon 1951 folgte die Landesregierung dem Antrag dieses jungen Verbandes, die im Norden des Landes bestehenden Mittelschulen in Realschulen umzubenennen. Diese sechsklassigen Schulen wurden dann nach und nach zum Grundtyp aller rheinland-pfälzischen Realschulen. Damals zeigte sich bereits, dass der Realschullehrerverband gerne „Dinge selbst in die Hand nimmt“: So erarbeitete er den Entwurf eines Realschulgesetzes und übergab ihn 1959 nach Zustimmung der Delegiertenversammlung Kultusminister Dr. Eduard Orth. Der auf dieser Grundlage entstandene Gesetzentwurf der Landesregierung wurde dann von allen drei Fraktionen des Landtags angenommen und trat im Schuljahr 1963/64 in Kraft.

Erstes Ziel des Verbandes war es, für die sechsklassige Realschule in allen Landesteilen öffentliches Interesse zu wecken und für eine einheitliche Struktur zu werben. Deshalb fanden die Landesrealschultage 1958, 1962 und 1965 in der Landeshauptstadt Mainz statt, wo nacheinander Karl Schinner, Jakob Hattemer und schließlich Werner Schappert als Landesvorsitzende gewählt wurden. 1958 gab es landesweit 28 und 1965 schon 55 Realschulen.

### „ZEITZEUGEN“ ERINNERN SICH

Wir haben Verbandsmitglieder gebeten, die Verbandsgeschichte und ihre eigene berufliche „Schulzeit“ mit persönlichen Erinnerungen zu illustrieren.

*Als ein Beispiel für diese Zeitzeugen-Beiträge präsentieren wir Erinnerungen unseres Ehrenmitglieds Alfons Denig:*

### EHRENMITGLIED ALFONS DENIG: Lehrer-Image

„Nach der zweiten Lehrprüfung 1963 wurde ich zunächst als katholischer Volksschullehrer an die Realschule Eisenberg versetzt. VDR-Landesvorsitzender Werner Schappert machte dort 1965 eine Stippvisite und warb mich als neues VDR-Mitglied. Mit mir schlossen sich auch die Kollegen Karl-Heinz Waltz und Rudi Kunz an. Unseren Beitrag leisteten wir an den damaligen Bezirkskassierer Joachim Diery, der an der Realschule Waldfischbach unterrichtete.

In meiner Verbandstätigkeit erlebte ich zahlreiche Highlights. Dieses Beispiel aus den Anfangsjahren ist mir in besonderer Erinnerung:

Unser Bezirksvorstand initiierte an einem schulfreien Samstag in der Fußgängerzone in Neustadt eine Bürgerbefragung. Selbstbewusst wandten wir uns an die Passanten mit der provokanten Frage: „Sind die Lehrer faul???“ Das Thema war brisant und provokant, der Südwestfunk begleitete die Aktion. Um 14 Uhr hörten wir die Radioreportage in meinem Auto ab und nahmen die durchweg lehrerfreundlichen Rückmeldungen der Befragten auf meinem für damalige Zeiten revolutionären Auto-Radiokassettenrecorder auf. Der gesamte zehnköpfige Vorstand ver-



GEORG STENNER



ALFONS DENIG

ist Ehrenmitglied des VRB. Seine Entscheidung, in den VDR einzutreten, hat sein Leben, wie sich später herausstellen sollte, maßgeblich geprägt: Er war von 1980 bis 2005, also 25 Jahre lang, Landeskassierer und beeinflusste unmittelbar die erfolgreiche Entwicklung des Verbandes und seiner Mitgliedgliederzahlen: Er organisierte in mühsamer Kleinarbeit ein geordnetes, zentrales Beitragsinkasso durch den Landesverband. Bis heute ist er VRB-Referent für Versicherungsfragen.



*Straßenaktion Lehrkräfteimage „Sind die Lehrer faul???“ Alfons Denig im Gespräch mit Passanten (1979)*

Foto: phv



CORNELIA SCHWARTZ

Foto: H.Brandt



GERHARD BOLD



HARRY WUNSCHEL

Foto: VLW



KARL-HEINZ FUSS

sammelte sich in und um mein damaliges Fahrzeug. Eine gelungene Aktion zur Imageförderung der Lehrkräfte!“

## VRB im dbb

Neben dem VRB sind folgende Lehrkräfteverbände unter dem Dach des „dbb beamtenbund und tarifunion – landesbund rheinland-pfalz“ organisiert: Philologenverband (PhV), Verband Bildung und Erziehung (VBE), Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) und der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW).



*Nachfolgend finden Sie Auszüge der Grußadressen ihrer Vorsitzenden:*

## GLÜCKWÜNSCHE UND GEMEINSAME ANLIEGEN

**Cornelia Schwartz** ist seit neun Jahren im Vorstand des Philologenverbandes aktiv, davon fünf Jahre als Vorsitzende. Sie unterrichtet die Fächer Englisch und Mathematik und erzählt, wie sie uns wissen ließ, „gerne Bibelgeschichten, wenn sie in Religion oder Ethik kurzfristig eine Vertretungsstunde halten darf.“ Cornelia Schwartz erinnert an die vielen Beispiele und Gelegenheiten, die deutlich machen, dass VRB und Philologenverband nicht nur am gleichen Strang ziehen, sondern auch in die gleiche Richtung – ein unschätzbare Vorteil! „Für uns als Philologenverband ist der VRB ein wichtiger Verbündeter und die Realschule (plus) eine unverzichtbare Schulart, die im Zusammenklang mit anderen Schularten der Vielfalt der Interessen und Begabungen unserer Schülerinnen und Schüler gerecht werden kann.“

**Gerhard Bold**, der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), war bis 2019 beim dbb Landesbund Vorsitzender der dbb arbeitnehmervertretung für die Angelegenheiten des Tarifrechts aller dbb-Mitgliedsverbände zuständig. In seiner Rückschau erinnert er an den Erfolg seines Verbandes, über ein

BVerwG-Urteil von 2014 die Gleichstellung von Haupt- und Realschullehrkräften angebahnt zu haben. Die Wechselpflicht wurde im Zuge dessen vereinfacht und den Kolleginnen und Kollegen der Zugang zur gleichen Besoldung/Vergütung ermöglicht. Der VBE-Vorsitzende betont abschließend: „Denn nach dem Blick zurück, was bereits gegangen und geschafft wurde, folgt auch immer wieder der Blick nach vorne. Und dieser Blick nach vorne bereitet besonders viel Freude, wenn man sich gewiss sein kann, dass die kollegiale Zusammenarbeit auch in Zukunft Basis für weitere Erfolge sein wird!“

**Harry Wunschel** ist seit 2016 Vorsitzender des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs). Seine Fächer sind Chemie, Mathematik und Umwelttechnik. In seinen Glückwünschen an den VRB hebt er das gemeinsame Anliegen hervor, dass der beruflichen Bildung gegenüber der akademischen Bildung mehr Beachtung zukommen muss. In der Partnerschaft spiegelt sich eine Kooperationsbereitschaft, „damit im Hinblick auf den Fachkräftemangel mehr Jugendliche erfolgreich eine duale Ausbildung durchlaufen.“ Auch innerhalb des dbb sieht der vlbs-Vorsitzende gute Ansätze, gemeinsame Interessen wirkungsvoll zu vertreten, zum Beispiel wenn es um Fragen der Qualitätsentwicklung oder die Interessen der Tarifbeschäftigten geht. Er hebt beim Blick auf künftige gemeinsame Herausforderungen hervor: „Die Umsetzung der Digitalisierung im Unterricht wird sicher ein großes Thema für das gesamte Jahrzehnt bleiben.“

**Karl-Heinz Fuß**, seit 17 Jahren Vorsitzender des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), unterrichtet Betriebswirtschaftslehre und Englisch. Er ist der Realen Bildung nicht nur beruflich, sondern auch familiär verbunden. Einer seiner Söhne hat die Realschule durchlaufen und seine Frau ist FOS-Koordinatorin in Alzey. Karl-Heinz Fuß sieht in der Realschule plus die wichtigste Zubringerschule der Berufsbildenden Schulen und erfreut sich auch deshalb an der guten Zusammenarbeit mit dem VRB, dem er Glück und Erfolg für die kommenden Jahre wünscht. Wichtig ist ihm auch der kooperative Austausch im „Arbeitskreis Bildung“ beim gemeinsamen Dachverband dbb. Im Blick nach vorne sieht er „gemeinsame Ziele in der Stärkung der international anerkannten Dualen Ausbildung sowie in der Aufwertung der beruflichen Ausbildung und ihre Anerkennung bis in die Tarifverträge hinein.“

# Tarifrunde 2020 abgeschlossen

## dbb-Tarifkommission stimmt Einigung mit Bund und Kommunen zu



Im dbb bemtenbund und tarifunion sind rund 40 Fachgewerkschaften und Verbände organisiert, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vertreten. Der dbb ist eine Solidargemeinschaft. Deshalb gehen in den Tarifaufeinandersetzungen (wie hier 2019) auch die Lehrkräfteverbände mit auf die Straße.

**Am 25. Oktober 2020 haben die Tarifvertragsparteien eine Einigung in der Einkommensrunde 2020 mit Bund und Kommunen erzielt. Der vorliegende Kompromiss ist unter schwierigsten Vorzeichen zustande gekommen und wird als Beleg für die Handlungsfähigkeit der Tarifparteien, auch in Zeiten der Pandemie angesehen.**

Die Einigung enthält unter anderem folgende Punkte:

### Lineare Entgelterhöhung

Die Tabellenentgelte werden erhöht:

- ab dem 1. April 2021 um 1,4 Prozent, mindestens aber 50 Euro
- ab dem 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent

Es wurde eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022 vereinbart.

### Corona-Sonderzahlung

Corona-Sonderzahlungen werden, gestaffelt nach Einkommensgruppen, mit dem Weihnachtsgeld 2020 ausgezahlt werden. Son-

derprämien gibt es für Beschäftigte, die von März 2020 bis Februar 2021 in den verschiedenen Gesundheitsbehörden eingesetzt sind.

### Arbeitszeit

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für die Beschäftigten in den Kommunen im Tarifgebiet Ost wird in zwei Schritten an das Westniveau angeglichen. Ab dem 1. Januar 2022 erfolgt eine Reduzierung auf 39,5 Stunden und zum 1. Januar 2023 eine weitere Reduzierung auf 39 Stunden.

### Altersteilzeit

Die Regelungen zur Inanspruchnahme der Altersteilzeit und des FALTER-Arbeitszeitmodells nach den Tarifverträgen zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte des Bundes und im Bereich der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (TV FlexAZ) werden bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

### Beamtinnen und Beamte

Der dbb-Vorsitzende Silberbach erklärte, dass die Einkommensrunde erst dann beendet sei, wenn das Volumen der Tarifeinigung zeitgleich und systemgerecht auf die Bundesbeamtinnen und -beamten übertragen werde.

### Bewertung

Über zwei Verhandlungsrunden hinweg hatten die Arbeitgeber Verhandlungen verweigert. Nachdem sie diese Position aufgegeben hatten, wurde in der dritten Runde Schritt für Schritt und Thema für Thema ein Kompromiss erzielt, der in die Zeit passt. Das Ergebnis erkennt Geleistetes an, hilft, vor allem im Gesundheitsbereich, den öffentlichen Dienst zukunftsfest zu machen, und ignoriert auch nicht, dass die Pandemie die wirtschaftlichen Möglichkeiten in unserem Land aktuell nachhaltig beeinflusst. Die dbb-Bundestarifkommission hat daher dem Abschluss mit großer Mehrheit zugestimmt.

Weitere Informationen zur Einkommensrunde sind auf der Sonderseite des dbb zur Einkommensrunde 2020 unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde) abrufbar.

Regina Bollinger und Martin Radigk



## VRB-BERATERTEAM

Haben Sie Fragen? Brauchen Sie Unterstützung? Wenden Sie sich an unser Beraterteam. Zuständig für den Bereich:

### Tarifrecht

Regina Bollinger  
Tel.: 0 72 76 / 9 66 23 04  
[regina.bollinger@vrb-rlp.de](mailto:regina.bollinger@vrb-rlp.de)



## VRB-BERATERTEAM

Haben Sie Fragen? Brauchen Sie Unterstützung? Wenden Sie sich an unser Beraterteam. Zuständig für den Bereich:

### Besoldungs- und Versorgungsrecht

Martin Radigk  
Tel.: 0 62 32 / 4 04 44  
[martin.radigk@vrb-rlp.de](mailto:martin.radigk@vrb-rlp.de)



## ► PREISVERLEIHUNG Nachhaltige Schule



46 Schulen in Rheinland-Pfalz beteiligten sich an der vom Bildungsministerium und der Landesschülerschaft angestoßenen Initiative „Nachhaltige Schule“.

Entstanden ist dieser Gedanke bei der gemeinsamen Erörterung der Anliegen von „Fridays for Future“ im März 2019. Am Runden Tisch „Schule. Nachhaltig Gestalten“, an dem unter anderem Vertreter des Landeselternbeirates, der Hauptpersonalräte und des Pädagogischen Lan-

desinstitutes teilnahmen, wurde die Idee einer Nachhaltigkeitsplakette entwickelt, um so für alle Schularten einen weiteren Anreiz zu schaffen, für Nachhaltigkeit zu sensibilisieren und diese im Schulalltag zu leben.

Mit „Leben gefüllt“ wurden die Projekte durch Ideen wie eigenverantwortliche Mülltrennung im Klassenraum, Fair-Trade-AGs, Recyclingangebote für „Tintenkiller“ und Co., Schaffung von zentralen Pfandsammelstellen im Pausenhof, naturnaher/nachhaltiger Unterricht, z. B. im Fach Hauswirtschaft oder die Bewirtschaftung eines Schulgartens.

Bildungsministerin Stefanie Hubig verlieh den Preis, eine fair und regional hergestellte Nach-

haltigkeitsplakette aus Holz. Sie dankte allen Beteiligten, sowohl Initiatoren als auch den teilnehmenden Schulen für ihr Engagement im Sinne der Nachhaltigkeit.

Unter den Preisträger-Schulen sind als „Sonderpreisträger“ die Realschule plus Annweiler und die IGS Mutterstadt sowie als „Ausgezeichnete Schulen“ die Realschulen plus in Boppard, Gillenfeld, Hargesheim, Kell, Traben-Trarbach, Weisenheim am Berg und Zweibrücken. Wir gratulieren!

MA/Quelle: Newsletter  
des BM vom 15. Juli 2020



## ► WENIGER AZUBIS Tiefstand der Auszubildendenzahl

Im Jahr 2019 befanden sich in Rheinland-Pfalz knapp 64.900 junge Menschen in einer Ausbildung, darunter 19.900 im Handwerk und 35.700 im Bereich Industrie und Handel.

Die Zahl der Auszubildenden lag damit leicht unter der des Vorjahres und erreichte einen neuen Tiefstand. Besonders deutlich fiel der Rückgang im Handwerk aus: Zwischen 1999 und 2019 sank die Zahl der Auszubildenden um rund 11.300 bzw. 36 Prozent. Der Rückgang im Handwerk begründet sich nicht allein durch demografische Effekte, sondern ist auch auf konkurrierende Ausbildungs- und Studienangebote zurückzuführen.

Hr/Quelle: PM des StaLA  
vom 12. Mai 2020

AUSBILDUNG HANDWERK



## ► FUNDSACHE Alexander Gerst: Schlaue Ratschläge erst mal ausblenden

Alexander Gerst, 44, Astronaut, betätigt sich als Berufsberater. In einem Twitter-Video wendet er sich an Schülerinnen und Schüler, die gerade ihren Abschluss machen. „Schlaue Ratschläge, die euch gut gemeint auf den einen oder anderen Weg bringen wollen“ sollte man auf der Suche nach dem eigenen Traum erst einmal ausblenden. Klingt so, als habe Gerst es einst genauso gehalten - und es mit dieser Haltung bis ganz nach oben geschafft.

Wü/Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 17. Juli 2020

## ► ÜBERFORDERTE JUGENDLICHE Mediziner warnt Eltern vor Überforderung des Nachwuchses

Jedes vierte rheinland-pfälzische Kind im Schüleralter ist psychisch krank oder zeigt Verhaltensauffälligkeiten.

Dies ist ein Ergebnis einer Studie der Universität Bielefeld im Auftrag der Krankenversicherung DAK, die in Rheinland-Pfalz die Daten von 48.000 Jugendlichen zwischen zehn und 17 Jahren ausgewertet hat. Demnach leiden hochgerechnet auf das ganze Land 6.500 Schulkinder an Depressionen und 7.200 an Angststörungen. Der Expertise zufolge führt dies zu zusätzlichen Ausgaben im Gesundheitswesen in Höhe von 38 Millionen Euro jährlich.

Der Direktor des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin der Uni-Klinik Mainz, Fred Zepp, hat Eltern vor der Überforderung ihrer Kinder gewarnt. Manche Schüler hätten in Kombination von Schule und Freizeit einen Wochenplan, den so kein Arbeitnehmer akzeptieren müsste. Vielen Kindern und Jugendlichen fehle unverplante Zeit. Auch „Momente der Langeweile“ seien von Bedeutung für die Entwicklung.

Hr/Quelle: DIE RHEINPFALZ 18. Dezember 2019

## ▶ WAHL



## Manfred Schabowski als Vorsitzender wiedergewählt

**Der Landesvorstand der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen plus hat Manfred Schabowski für weitere drei Jahre im Amt des Landessprechers bestätigt.**

Der 54-Jährige leitet die Konrad-Adenauer-Realschule plus und Fachoberschule Technik/Umwelt in Landau. Die vielfältigen Erwartungen, denen sich Schule heute zu stellen hat, sind nach seiner Auffassung nur im Zusammenwirken von Lehrkräften, Eltern, außerschulischen Kooperationspartnern und den Schulbehörden zu erfüllen.

Die Schulleitervereinigung versteht sich als Interessenvertretung für die Weiterentwicklung von Schule. Diesbezügliche Herausforderungen sind zum Beispiel die Senkung der Klassenmessenzahl beim Übergang von Klasse 6 nach 7, die Schulsozialarbeit, die Sprachförderung sowie die Medienausstattung und Medienbetreuung an Realschulen plus.

Schabowski, der einstimmig gewählt wurde, nimmt das Amt seit 2013 wahr. Stellvertreter sind satzungsgemäß die drei Bezirkssprecher: Ernst Carstensen (Koblenz – Anne-Frank-Realschule plus Montabaur), Sabine Reich (Neustadt – Realschule plus Bobenheim-Roxheim) sowie Hans-Jürgen Schmitz (Trier – Kurfürst-Balduin-Realschule plus / Fachoberschule Kaisersesch).

Wü

## ▶ SCHULRECHT

## Grenzgänger: Kreis muss für Transport von Schülern zahlen

**Für zwei mit ihrer Familie in Wissembourg wohnende Schüler, die in Bad Bergzabern die Realschule plus besuchen, muss der Landkreis Südliche Weinstraße die Fahrtkosten übernehmen. Das hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz entschieden und bestätigte damit ein Urteil des Verwaltungsgerichts Neustadt.**

Die Eltern sind, wie ihre Kinder, deutsche Staatsbürger, sie wohnen in Frankreich, arbeiten aber in Deutschland. Der Landkreis hatte zwar zunächst die Schülerbeförderungskosten für die beiden Jugendlichen übernommen, dies aber dann 2015 eingestellt. Zur Begründung hatte der Kreis auf das rheinland-pfälzische Schulgesetz verwiesen, nachdem nur Schüler, die ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben, für eine Kostenerstattung infrage kommen.

Gegen die Entscheidung des Kreises klagten die beiden damals 16 und 13 Jahre alten Schüler – mit Erfolg. Die Neustadter Verwaltungsrichter gestanden den beiden Jugendlichen aus Wissembourg aufgrund von EU-Recht einen Anspruch auf Übernahme der Schülerbeförderungskosten zu.

Der Kreis Südliche Weinstraße akzeptierte das Urteil nicht und hat Berufung beim Oberverwaltungsgericht eingelegt.

Auf eine Vorlage des Oberverwaltungsgerichts hin urteilte der Europäische Gerichtshof am 2. April 2020, dass das Wohnsitzerfordernis eine nicht gerechtfertigte Diskriminierung von Kindern sog. Grenzarbeiter darstelle. Die nationale Rechtsvorschrift sei diesbezüglich als unionsrechtswidrig einzustufen.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Berufung des beklagten Landkreises nunmehr zurück und bestätigte damit das Urteil des Verwaltungsgerichts. Der Senat sei an die von dem Europäischen Gerichtshof im Vorabentscheidungsverfahren vorgenommene Auslegung gebunden. Danach stelle eine nationale Rechtsvorschrift, welche die Übernahme der Schülerbeförderung durch ein Bundesland von der Voraussetzung eines Wohnsitzes in diesem Land abhängig mache, eine mittelbare Diskriminierung dar. Die Schülerbeförderungskosten für die Grenzgänger seien daher zu übernehmen.



Hr/Quellen:

*Urteil des Verwaltungsgerichts Neustadt vom 22.06.17, Az.: 2 K 1054/16.NW*

*Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 02.04.2020, Az.: Rs.-C-830/18*

*Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz In Koblenz vom 23. Juni 2020, AZ.: 2 A 10461/20.OVG*

► INSM-BILDUNGSSTUDIE 2020 (AUSZUG FÜR RLP)

# RHEINLAND-PFALZ FÄLLT AUF PLATZ 10 ZURÜCK

Rheinland-Pfalz rangiert im INSM-Bildungsmonitor 2020 (BM2020) auf Platz 10 der 16 Bundesländer und damit drei Ränge weiter hinten als noch im Vorjahr. Die Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) bewertet anhand von insgesamt 93 Indikatoren in zwölf Handlungsfeldern, inwieweit ein Bundesland Bildungsarmut reduziert, zur Fachkräftesicherung beiträgt und Wachstum fördert.

## Ausgewählte Ergebnisse INSM-Bildungsmonitor 2020

Die Stärken von Rheinland-Pfalz liegen in den Handlungsfeldern Ausgabenpriorisierung, Internationalisierung und berufliche Bildung:

- Die Bildungsausgaben je Grundschüler liegen über dem Bundesdurchschnitt, während die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand je Einwohner die niedrigsten in Deutschland sind.
- Alle Grundschüler werden in Rheinland-Pfalz in Fremdsprachen unterrichtet.
- Die Erfolgsquote an beruflichen Vollzeitschulen ist die höchste in Deutschland.

Verbesserungspotenzial besteht in Rheinland-Pfalz vor allem bei der Forschungsorientierung, der Integration und bei der Förderinfrastruktur:

- Die Professoren tragen nur unterdurchschnittlich zur Nachwuchsförderung durch Promotionen und Habilitationen bei.
- Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist in Mathematik vergleichsweise eng; die Studienberechtigtenquoten von Ausländern sind gering.
- In der Sekundarstufe I besuchen vergleichsweise wenige Schüler eine Ganztageseinrichtung.

## Handlungsempfehlungen

Im Zuge der Corona-Krise entstehen bundesweit zusätzliche Herausforderungen, alle Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern und eine Verschärfung ungleicher Bildungschancen zu vermeiden. Positiv: Für das neue Schuljahr 2020/21 bereitet sich Rheinland-Pfalz auf verschiedene Szenarien vor, sowohl auf den Regelbetrieb in Präsenz als auch auf Fernunterricht. Der Digitalisierung an Schulen kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Rheinland-Pfalz weist unterschiedliche Voraussetzungen auf. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler ist vergleichsweise eng. Ausbaubedarf besteht in ländlichen Regionen beim Zugang zum schnellen Internet.



*Wichtiger Schritt: Bund stellt Gelder für IT-Administratoren an deutschen Schulen bereit.*

Die Ausstattung der Schulen und die Weiterbildung der Lehrkräfte sind für die digitale Weiterentwicklung des Unterrichts sicherzustellen. Schülerinnen und Schüler ohne eigenes Equipment sollten leihweise mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Positiv ist, dass hierfür für ganz Deutschland Mittel durch den Bund in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollten die Schulen als Arbeitgeber auch die Beschäftigten verstärkt mit dienstlichen Geräten ausstatten und Zeiten für zusätzliche Fort- und Weiterbildungsangebote für digitale Lernformate sicherstellen. In den Schulen sollten bundesweit rund 20.000 IT-Kräfte zur Administration eingestellt werden. Die im Konjunkturpaket durch den Bund vorgesehene Unterstützung für IT-Administration ist ein Schritt in die richtige Rich-

tung. Langfristig sind bundesweit jährliche Zusatzausgaben für 20.000 IT-Kräfte im Umfang von etwa knapp 2 Mrd. Euro notwendig.

## Stärken

### Ausgabenpriorisierung

» BM 2020: 5. Platz

Rheinland-Pfalz weist Bildung im öffentlichen Ausgabeverhalten im Vergleich der Bundesländer die fünftöchste Priorität zu. Die Relation der Bildungsausgaben pro Teilnehmer zu den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte pro Einwohner fällt vor allem bei den Grundschulen und bei den beruflichen Vollzeitschulen überdurchschnittlich aus.

### Internationalisierung

» BM 2020: 5. Platz

Alle Grundschüler in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2018 in Fremdsprachen unterrichtet. Damit liegt Rheinland-Pfalz an der Spitze der Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 63 Prozent). Dagegen wies Rheinland-Pfalz bei den Berufsschulen mit 21,6 Prozent einen unterdurchschnittlichen Anteil an Schülern mit Fremdsprachenunterricht auf (Bundesdurchschnitt: 35,1 Prozent). Auch der Anteil der Bildungsausländer an allen Studierenden war im Jahr 2018 mit 9,5 Prozent unterdurchschnittlich (Bundesdurchschnitt: 10,9 Prozent).

### Berufliche Bildung

» BM 2020: 6. Platz

Der Anteil erfolgreicher Absolventen an allen Abgängern von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen fällt in Rheinland-Pfalz deutlich überdurchschnittlich aus. Rheinland-Pfalz erreicht hier mit 94,5 Prozent den besten Wert aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 80,1 Prozent). Die Erfolgsquote in der dualen Ausbildung beträgt in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 89,5 Prozent und fällt damit leicht unterdurchschnittlich aus (Bundesdurchschnitt: 90,3 Prozent). Zudem standen im Jahr 2019 in Rheinland-Pfalz rechnerisch für 66 Prozent der Bevölkerung im entsprechenden Alter betriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung. Dieser Wert



ist weiterhin unterdurchschnittlich (Bundesdurchschnitt: 68,1 Prozent), hat sich aber in den letzten Jahren erhöht (2003: 58,9 Prozent). Der Anteil der unversorgten Bewerber war mit 9,6 Prozent etwas höher als der bundesdeutsche Durchschnittswert von 8,9 Prozent.

### Potenziale

#### Forschungsorientierung

» BM 2020: 15. Platz

Das Volumen der eingeworbenen Drittmittel je Professor war im Jahr 2017 das drittniedrigste von allen Bundesländern (Rheinland-Pfalz 105.400 Euro, Bundesdurchschnitt 148.400 Euro). Bei der Anzahl der Forscher an Hochschulen bezogen auf das BIP in Mrd. Euro belegt Rheinland-Pfalz ebenfalls den drittletzten Platz (Rheinland-Pfalz: 35,7; Bundesdurchschnitt: 44,3). Weiterhin wurden in Rheinland-Pfalz weniger Habilitationsverfahren gemessen pro 100 Professoren abgeschlossen als im Bundesdurchschnitt. Die Promotionsquote war im Jahr 2018 mit 4 Prozent die niedrigste aller Bundes-

länder (Bundesdurchschnitt: 5,6 Prozent). Bei den Forschungsausgaben pro Forscher an Hochschulen erreicht Rheinland-Pfalz dagegen den besten Wert aller Bundesländer (Rheinland-Pfalz: 136.300 Euro; Bundesdurchschnitt: 120.200 Euro).

#### Integration

» BM 2020: 13. Platz

Bei den Tests zu den Bildungsstandards aus dem Jahr 2018 zeigte sich, dass der Einfluss des sozialen Hintergrunds der Eltern auf die Mathematikleistungen der Kinder höher war als im Bundesdurchschnitt. Weiterhin wiesen im Jahr 2018 in Rheinland-Pfalz 17,9 Prozent der ausländischen Schulabsolventen keinen Abschluss auf. Damit wurde ein leicht besserer Wert als im Durchschnitt erreicht (18,2 Prozent). Die Studienberechtigtenquoten von ausländischen Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen und an beruflichen Schulen fielen dagegen schlechter aus als im bundesdeutschen Durchschnitt (Rheinland-Pfalz 8,6 bzw. 5,9 Prozent, Bundesdurchschnitt 9,2 bzw. 6,9 Prozent).

#### Förderinfrastruktur

» BM 2020: 13. Platz

Der Anteil der drei- bis sechsjährigen Kinder mit einem Ganztags-Kitaplatz lag im Jahr 2019 mit 53,4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 46,9 Prozent. Überdurchschnittlich schnitt Rheinland-Pfalz auch bei dem Anteil der Grundschüler mit einer Ganztagsbetreuung ab (Rheinland-Pfalz: 47,3 Prozent; Bundesdurchschnitt: 42 Prozent). Bei den Ganztagsangeboten der Sekundarstufe I wies Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 mit 23,9 Prozent jedoch den zweitschlechtesten Wert aller Bundesländer auf (Durchschnitt: 46,3 Prozent). Die Akademikerquote im Elementarbereich fiel mit 5,8 Prozent wiederum unterdurchschnittlich aus (Bundesdurchschnitt: 7,3 Prozent). Schließlich weist Rheinland-Pfalz im Jahr 2019 auch einen relativ hohen Anteil an ungelerten Mitarbeitern (3 Prozent) im Elementarbereich auf (Bundesdurchschnitt: 2,2 Prozent).

Quelle: Pressemitteilung des INSM vom 13. Juni 2020, [https://www.insm-bildungsmonitor.de/2020\\_best\\_rheinland-pfalz\\_gesamtranking.html](https://www.insm-bildungsmonitor.de/2020_best_rheinland-pfalz_gesamtranking.html)

## ► GEMEINSAME PRESSEKONFERENZ DES LEB MIT DEN LEHRERVERBÄNDEN

# „Schulterschluss für kleinere Klassen!“



Die Lehrkräftevertreter mit dem LEB-Vorsitzenden vor der Presse (v.l.n.r.): Karl-Heinz Fuß (VLW), Harry Wunschel (vlbs), Klaus-Peter Hammer (GEW), Reiner Schladweiler (LEB), Cornelia Schwartz (PhV), Saskia Tittgen (VRB), Gerhard Bold (VBE)

Foto: LEB

**So titelte die Rhein-Zeitung am 22. Juli 2020 ihren Bericht über die erste gemeinsame Pressekonferenz des Landeselternbeirats (LEB) mit den wichtigsten Lehrerverbänden des Landes.**

Zum Start des neuen Schuljahres erhoffte man sich mit geballter Kraft Gehör für die Kritik zu finden, die DIE RHEINPFALZ mit einem Satz zusammenfasste: „In Rhein-

land-Pfalz gibt es zu wenige Lehrkräfte und die Schulklassen sind zu groß.“ Auf einen gelingenden Schulstart im Zeichen der Pandemie-Bedrohung sei die Landesregierung nur unzureichend vorbereitet, so die übereinstimmende Meinung.

In einer Pressemitteilung heißt es: „Sowohl der Landeselternbeirat als auch alle Bildungsgewerkschaften in Rheinland-Pfalz

fordern gemeinsam von der Landesregierung

- eine Einstellungsoffensive „Lehrkräfteversorgung Corona“,
- deutlich kleinere Klassen,
- die Weiterentwicklung und Installation multiprofessioneller Teams in allen Schularten,
- eine schnellere Umsetzung der Digitalisierung und
- die Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Förderbedürfnissen und Begabungen.“



**Wolfgang Häring**  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

## ► INTERVIEW

## „Bitte lasst uns die Wahl!“

Eine Mutter von sechs Kindern hinterfragt die verpflichtende Ganztagschule

Ein Leserbrief von Doris Korth in der Mainzer Allgemeinen Zeitung, der sich mit einem Ganztagschul-Forderungsimpuls des AZ-Chefredakteurs auseinandersetzte, weckte unsere Aufmerksamkeit. Wir nahmen mit Frau Korth Kontakt auf und unterhielten uns mit ihr über Lebens- und Schulerfahrungen ihrer Familie.



Doris Korth mit ihren Kindern Jonny und Aeneas

**RBiRP: Frau Korth, für eine Familie mit sechs Kindern ist die Ganztagschule doch ein willkommenes Angebot. An vier Tagen in der Woche, von montags bis donnerstags, können Schülerinnen und Schüler dort bis 16 Uhr beschult und betreut werden. So jedenfalls in Rheinland-Pfalz.**

*Doris Korth:* Von unseren sechs Kindern sind vier bereits erwachsen und beruflich erfolgreich. Unsere vier ältesten Kinder waren auf Halbtagschulen. Sie sind im Nachhinein glücklich darüber. Sie wollten keine Präsenzpflcht am Nachmittag. Mein Mann und ich sind der Auffassung, dass das freie Spiel, die Langeweile, das unbeobachtete Ausprobieren wichtig sind, um lebenskompetente Kinder aufwachsen zu lassen.

**Die Kinder hatten keine Ganztagerfahrung. Das macht eine objektive Beurteilung nicht gerade einfach. Sehen Sie im Ganztagsangebot auch positive Aspekte?**

Ja, es ist sehr wichtig, dass es Bildungs- und Förderangebote für alle Kinder gibt. Ja, es ist auch wichtig, dass es durchgehende Betreuungsangebote gibt, damit Eltern gut ihrer Arbeit nachkommen können. Aber wir bewerten zumindest ein verpflichtendes Ganztagsangebot eher kritisch.

**Auf ein zusätzliche Lehr- und Lernklima am Nachmittag wollen Sie verzichten?**

Es ist auch ein hohes Gut, dass Kinder ihre Familie erleben können, dass sie zu Hause in ihrem Lerntempo lernen können, dass sie sich ihren eigenen Sportverein, ihre eigene Musikschule und vor allem ihre eigenen Freunde aussuchen können, mit denen sie einen Großteil ihrer Freizeit am Nachmittag verbringen dürfen.

**Die Ganztagschule macht Angebote, die es erleichtern, diese Möglichkeiten überhaupt in Anspruch zu nehmen. Nicht jedes Kind schließt sich freiwillig einem Sportverein an, nicht alle Eltern können außerschulischen Musikunterricht finanzieren. Und soziale Kommunikation am Nachmittag ist doch auch besser als das stundenlange „Daddeln“ mit dem Handy oder am heimischen Computer?**

Ich glaube, dass sich Kinder ohne ganztägliche schulische Vorgaben individueller entwickeln können. Mein Mann, Jahrgang 1955, ging in Bad Kreuznach zur Schule. Er hatte bis zum Abitur bis 12.40 Uhr Unterricht. Danach standen Hausaufgaben und das Klavierüben auf dem Programm. Die restliche Zeit organisierte er weitgehend selbst. Meistens spielte er auf der Straße und in heimischer Umgebung. Ebenso seine Klassenkameraden. Aus seinem Abiturjahrgang gingen Lufthansapiloten, Lektoren, Kriminalkommissare, Manager und andere beruflich erfolgreiche Menschen hervor. Mein Mann leitet heute eine selbst aufgebaute private Musikschule mit zeitweise bis zu 300 Schülerinnen und Schülern.

### **Doris und Johannes Korth beschreiben ihre Kinder**

Unsere Kinder im Alter von 5 bis 28 Jahren sind in ihrer Persönlichkeit teilweise sehr unterschiedlich.

Da ist zum einen die 19-jährige Winja, die nie eingeschult werden wollte, am liebsten den ganzen Tag auf dem Bauernhof herumgesprungen wäre und jetzt eine wahrlich fleißige Auszubildende ist, seit sie das lernen darf, was sie sehr interessiert, nämlich Gesundheits- und Krankenpflege.

Im Gegensatz dazu Aeneas, 8 Jahre: Er geht unglaublich gerne zur Schule. Die Lockdown-Phase in der Coronazeit hat ihn sehr traurig gemacht. Er würde am liebsten jeden Tag zur Schule gehen, möchte danach aber zum Mittagessen wieder zu Hause

sein. Nachmittags widmet er sich dem Fußball, dem Klavierspielen und dem stundenlangen Lesen.

Und da sind die zwei großen Söhne, 23 und 28 Jahre. Beide haben die Schule mit gutem Abitur beendet.

Doch während der eine mit einem dualen Studium seinen Berufsweg weiter gestaltete, hat der andere sich für das Handwerk des Kfz-Karosserieinstandhaltungstechnikers entschieden, da ihm schon immer das praktische Arbeiten am Herzen lag. Das Musikmachen in der Freizeit darf aber nicht fehlen!

Unsere 25-jährige Tochter Ronja hat sich von klein auf für so viele verschiedene Sachen interessiert, z. B. für Kunst, Theater, Lesen und Men-

schen, dass sie immer schon viel Zeit für sich benötigte, um ihren Weg zu gehen. So auch heute. Abitur, Au-pair-Jahr, Ausbildung zur Hotelfachfrau und Studium in sozialer Arbeit waren bisherige Lebensstationen.

Und zum Schluss der Jüngste – Jonny. Ein lebenspatentes Kerlchen, der zu Hause einfache Stromkreise zusammenbaut und „später in die Physik gehen will“, wie er es sagt. Aber Kindergarten, Schule, Sport – kein Interesse!

### **Sie selbst erlebten andere Bedingungen ...**

Ich bin Jahrgang 1972 und in der DDR aufgewachsen. Unser Schulsystem war so aufgebaut, dass alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam die Schule besuchten. Nur sehr gute oder sehr systemfreundliche Schülerinnen und Schüler durften anschließend in die Oberschule, also in die 11. und 12. Klasse wechseln. Bei uns konnten alle Kinder und Jugendlichen bis um 17.30 Uhr betreut werden. Aber sie mussten kein Ganztagsangebot wahrnehmen. Über das Kontaktheft gaben die Eltern am Morgen den Lehrkräften Bescheid, ob und wann ihr Kind die Schule verlassen durfte. Ich bin bereits ab der ersten Klasse oft früher nach Hause gegangen, um danach zu meinem Turnverein zu fahren. Mich hat diese Freiheit sehr selbstständig werden lassen, da ich Verantwortung im Alltag übernehmen musste. Ich habe dann den Abschluss der 10. Klasse erworben und bin schließlich Erzieherin geworden.

### **Was vermissen Sie am System der Ganztagschule in Rheinland-Pfalz?**

Ich wünsche mir ein Betreuungssystem, das, wie ich es erlebte, den Eltern die Möglichkeit einräumt, flexibel zu arbeiten und trotzdem für ihre Kinder sorgen zu können. Die Ganztagschule in offener Form, die es ja auch in Rheinland-Pfalz gibt, kommt meinen Vorstellungen daher näher als das Entweder-Oder der

Ganztagschule in Angebotsform, die, wenn man sich dafür entscheidet, eine tägliche Präsenzpflcht abverlangt.

### **Für Ihre beiden jüngsten Kinder, den fünfjährigen Jonny, und den achtjährigen Grundschüler Aeneas, kommt der Besuch einer Ganztagschule also nicht in Frage?**

Es wird so viel über Kinderrechte diskutiert. Wer aber fragt die Kinder, was sie sich in Bezug auf Schule wünschen? Wir hoffen sehr, dass unsere beiden Jüngsten, die aktuell noch den Kindergarten und die Grundschule besuchen, auch in Zukunft nur ihr halbes Kinderleben in einer Schule verbringen müssen. Daher mein Appell an die Schulpolitik: Lasst uns Eltern weiterhin die Wahlfreiheit!



**Bernd Karst**  
bernd.karst@vrb-rlp.de

**Lesen Sie auf der nächsten Seite unseren Fakten-Check zum Thema verpflichtende Ganztagschule**

► FAKTEN-CHECK ZUM THEMA

RBiRP hat Johannes Jung gebeten, die rheinland-pfälzische Ganztagschule zu skizzieren und dabei die Anliegen Doris Korths aufzunehmen. Jung hat als stellvertretender Abteilungsleiter im Bildungsministerium RLP die Ganztagschule seit vielen Jahren strukturell und organisatorisch begleitet.

Grundlegendes Prinzip des rheinland-pfälzischen Schulsystems ist die Wahlfreiheit, die auch für den Besuch von Ganztagschulangeboten gilt. Ob ein Ganztagschulangebot besucht wird, entscheiden die Eltern in eigener Verantwortung, in höheren Jahrgangsstufen die Schülerinnen und Schüler.

#### Wahlfreiheit wird durch Rechtsanspruch nicht beeinträchtigt

Die Verankerung eines Rechtsanspruchs ändert an der Wahlfreiheit nichts. Eltern, die sich für die Ganztagschule entschieden haben, können zukünftig aufgrund der zu erwartenden sozialgesetzlichen Regelung die Zuweisung eines Ganztagsplatzes fordern. In Rheinland-Pfalz wird diese Möglichkeit schon bisher – ohne sozialgesetzliche Regelung – nach entsprechender Anmeldung gewährt.

Die Zahl der Ganztagschülerinnen und -schüler ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Im letzten Schuljahr gab es insgesamt über 100.000. Die Schulstatistik für das laufende Schuljahr liegt zwar noch nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass die Zahl weitergewachsen ist.



Foto: WVG

Johannes Jung informiert über Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz

## Wahlfreiheit ist gewährleistet

Die Ganztagschule leistet einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit

#### Förderaspekt steht im Vordergrund

Auf die große Nachfrage nach Ganztagschulplätzen hatte die Landesregierung mit einem Ausbauprogramm zum Ganztagschulangebot reagiert, das bereits im Jahre 2002 startete. Kennzeichen der rheinland-pfälzischen Ganztagschulen ist die Berücksichtigung von individuell unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen der Kinder und Jugendlichen. Für jede Ganztagschule steht der Förderaspekt im Vordergrund aller pädagogischen Angebote. Dazu zählen z. B. die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund, die Leseförderung, Ausgleichsmaßnahmen bei ungünstiger Bildungsbiographie, die Förderung der Berufsfähigkeit oder auch

geschlechtsspezifische Angebote. Viele außerschulische Partner sind in der Ganztagschule aufgrund vertraglicher Vereinbarung eingesetzt. Dazu zählen auch die Musikschulen und Sportvereine.

#### Erziehungsaufgaben und Berufstätigkeit vereinbaren

Selbstverständlich war es auch Anliegen der Landesregierung, mit einem pädagogisch attraktiven Angebot Eltern zu entlasten. Für Eltern ist wichtig, die Vereinbarkeit von Erziehungsaufgaben und Berufstätigkeit sicherzustellen. Das heißt, dass sie trotz Berufstätigkeit ihrer Erziehungspflicht nachkommen und ein Familienleben gestalten möchten, das der persönlichen Entwicklung ihrer Kinder förderlich ist. Die allermeisten Kinder fühlen sich in der Ganztagschule wohl, wie Studien und die Praxis belegen. Zum Wohlbefinden trägt bei, dass auch gleichaltrige Freundinnen und Freunde die Ganztagschule besuchen und neue Freundschaften gerade im Rahmen von ganztagschulspezifischen Projekten entstehen.

#### Zusätzliche Förderung möglich

Die Ganztagschule ist deshalb so erfolgreich, weil sie auf die grundlegend veränderten Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen reagiert und den Bildungs- und Erziehungsauftrag an diesen veränderten Bedingungen orientiert. Sie ermöglicht zusätzliche Förderung von Kindern und Jugendlichen und stellt – unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihres Elternhauses – ein breites Spektrum kultureller, musischer, sportlicher und lernanregender Angebote bereit. Eltern zahlen keine Teilnahmegebühren. Die Ganztagschule leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit.



Postings bei Facebook und Instagram, Stories und Feeds – das Social Media-Team versorgt die Community mit Einblicken in die Verbandsarbeit, aktuellen Informationen und auch humorvollen Beiträgen.

## VRB in den sozialen Medien

Seit 2014 hat der VRB eine eigene Facebook-Page. Hier werden Beiträge aus allen Bezirken eingestellt und geteilt. Neben unseren Pressemitteilungen finden sich dort auch Hinweise auf Veranstaltungen und Angebote des Verbandes. In der Regel sind unsere Neuigkeiten auch auf unserer Website zu finden. Wer nicht proaktiv auf die Suche gehen möchte, der wird mit unserer Facebook-Page und seit den Herbstferien nun auch auf Instagram bedient. So können wir auch weitere Menschen im Umfeld der Schulen schnell und interaktiv erreichen. Natürlich sind wir sowohl auf Facebook als auch über Instagram zur Beratung und Unterstützung da.

## Ihr Social-Media Team



**Benjamin Bajraktari**  
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



**Anna Becker**  
anna.becker@vrb-rlp.de



**Nico Cordes**  
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



**Andreas Stegmann**  
andreas.stegmann@vrb-rlp.de



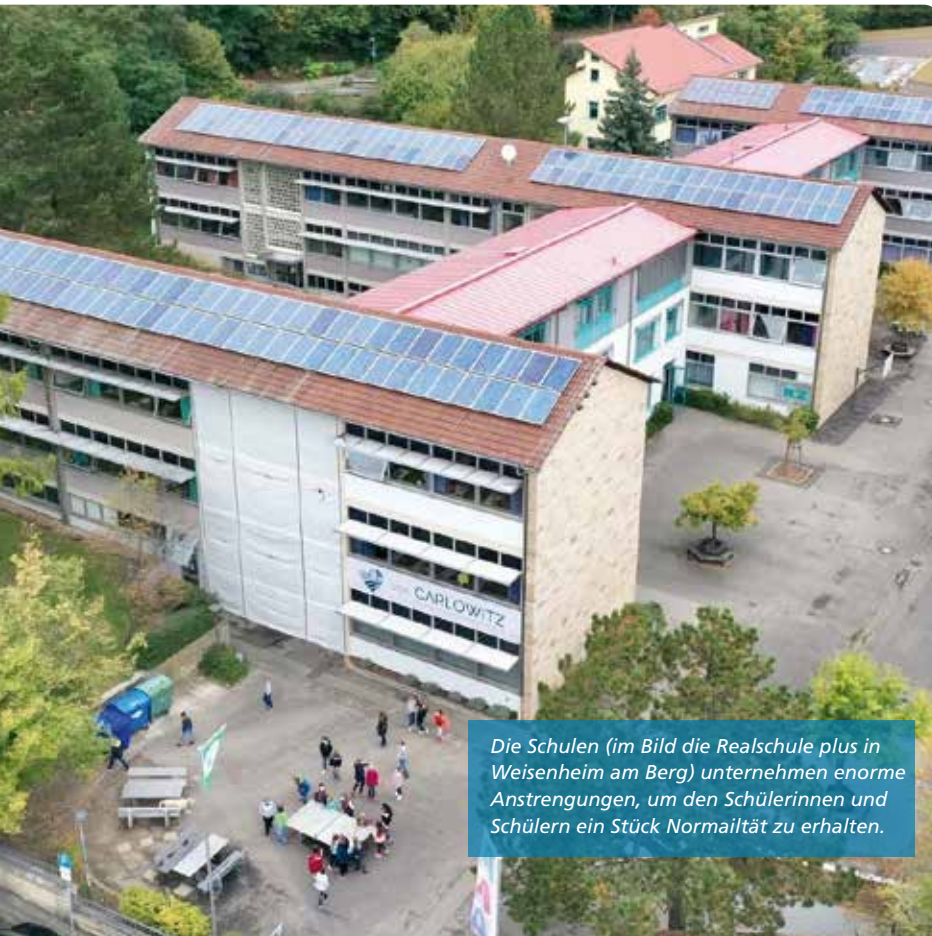
**Saskia Tittgen**  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



www.vrb-rlp.de



# „TO FIND A SILVER LINING IN EVERY CLOUD“



Die Schulen (im Bild die Realschule plus in Weisenheim am Berg) unternehmen enorme Anstrengungen, um den Schülerinnen und Schülern ein Stück Normalität zu erhalten.

Nachdem der erste Schock des Shutdowns – geprägt durch ständig geänderte neue Verhaltensregeln – im März vorüber war und die Pandemie vorläufig zum Alltag gehörte, gab es auch Stimmen, die an dieser neuen Realität Positives ausmachen konnten: Endlich Zeit zum Aufräumen, die Lagune in Venedig ist sauber wie lange nicht mehr, die Luft mit weniger Stickstoff belastet und die Hilfsbereitschaft und Solidarität erstaunlich.

Auch in den Schulen wurden enorme persönliche, organisatorische, technische und flexible Anstrengungen unternommen, um die Kinder und Jugendlichen zu erreichen und ihnen ein Stück Normalität zu erhalten.

## ... AUCH DAS ZEIGT CORONA IN DER SCHULE

Im Austausch mit Thorsten Schwan, Stellvertretender Schulleiter an der von Carlowitz Realschule Plus Weisenheim am Berg und Jochen Leonhardt, pädagogischer Koordinator der Realschule Plus Rockenhausen, wurde deutlich, dass sich diese Anpassungen ausgezahlt haben und richtungweisend für die Weiterentwicklung von Schule sein könnten.

### Digitale Schritte

„Digitalisierung war plötzlich auf allen Ebenen möglich“, so Thorsten Schwan. In die Jahre gekommene Lern- und Kommunikationsplattformen wurden modernisiert und an die neuen Bedürfnisse angepasst, auch (kostenpflichtige!) Alternativen konnten erprobt und eingerichtet werden. Online-Fortbildungen wurden – zumindest gefühlt – ad hoc organisiert. Die Bereitschaft, die „neuen Tech-

niken“ zu nutzen, war groß. Alle im Kollegium arbeiteten an entsprechenden Konzepten mit, auch wenn der Zugang zu Bites und Bytes aufgrund der unzureichenden technischen Ausstattung und der häufig noch langsamen Internetverbindung nicht gerade unproblematisch war.

An Jochen Leonhardts Schule ist schon seit mehreren Jahren ein „Digitales Klassenbuch“ im Einsatz. Der Schritt hin zu einer Lernplattform, die an das Nutzerverhalten der Schülerinnen und Schüler angepasst wurde und mit der kollaborativ und „frustfrei“ gearbeitet werden konnte, war nur konsequent. „Wir suchten nach einer Lösung, die auf allen Endgeräten gleichermaßen gut funktioniert, Videobesprechungen und Schülerfeedback ermöglicht und vor allem auch „handykompatibel“ (ähnlich

WhatsApp – aber DSGVO-konform) zu nutzen ist. Es wurde ein „Knigge“ festgelegt, der für alle verbindlich war, soweit es das Einstellen und die Rückgabe der Arbeitsaufträge betraf. „Wichtig war es uns zudem noch“, so Leonhardt, „dass bei der Bearbeitung der Aufgaben keine „Druckorgien“ initiiert wurden, um Nachhaltigkeit, aber auch die technischen Ausstattungen der elterlichen Haushalte zu berücksichtigen.“

### Bildung kommt von Beziehung bilden

„So wichtig das Voranbringen der Digitalisierung in der Schule ist, PC und Internet können den persönlichen Bezug zwischen Lehrenden und Lernenden nicht ersetzen. Je kleiner die Lerngruppe, um so besser können fruchtbare Beziehungen zwischen beiden Seiten entstehen

und wachsen.“ Bei einer maximalen Lerngruppengröße von 15 Schülerinnen und Schülern – während der Phase der schrittweisen Rückkehr in die Schulen – beobachtete Thorsten Schwan in Weisenheim, dass sowohl die Konzentration auf die Lerninhalte als auch die Motivation für das Lernen gesteigert werden konnte. „Die Kinder arbeiteten aktiver in den kleinen Lerngruppen mit und an sich stille und zurückhaltende Kinder brachten sich viel mehr als gewohnt ins Unterrichtsgeschehen ein. Gleichzeitig war es leichter, alle Jugendlichen im Blick zu behalten und flexibler auf ihre Bedürfnisse einzugehen.“

Die Zeit war auch gekennzeichnet von Verbesserungen im Sozialverhalten: Jeder achtete auf jeden, die bereitwillige Übernahme von Verantwortung, Regeln zu beachten und auf „Verstöße“ in einem höflichen Umgangston hinzuweisen, waren fast selbstverständlich.

Ein geringerer Lärmpegel sowie Ordnung und Sauberkeit im Schulhaus schienen plötzlich „freiwillig“ verpflichtend und so mussten in dieser Zeit kaum erzieherische oder Ordnungsmaßnahmen ausgesprochen werden.

### Intensiver Austausch

Jochen Leonhardt stimmt diesen Ausführungen zu und ergänzt, dass der Austausch auch innerhalb des Kollegiums intensiver möglich war. „Es blieb – trotz zeitfressender Koordination der neuen Lernwege via Plattform und des intensiven Kümmerns und Kontakthaltens zu Schülerinnen und Schülern, die „drohten“ verloren zu gehen – Raum für fachliche, aber auch persönliche Gespräche. Obwohl an seiner Schule die Hälfte des Kollegiums im Homeoffice arbeitete, gab es von den „präsenten“ Kolleginnen und Kollegen Verständnis für deren Situation.“ Der Präsenzunterricht war bspw. so angelegt, dass stundenweise aus dem „Office“ der Mathematiklehrer oder der GL-Lehrer zugeschaltet wurde. Diese Solidarität des Kollegiums macht Leonhardt auch an den gewachsenen Beziehungen der Kolleginnen und Kollegen untereinander



*Thorsten Schwan, Stellvertretender Schulleiter an der von Carlowitz Realschule Plus Weisenheim am Berg*



*Jochen Leonhardt, pädagogischer Koordinator an der Realschule Plus Rockenhausen*

fest, aber Beziehungen aufzubauen, braucht auch hier Zeit und bedeutet mehr als den fachlichen und didaktischen Austausch. „An unserer Schule“, so der Didaktische Koordinator ergänzend, „wurde ferner ein „Runder Tisch“ installiert, bei dem neben dem ÖPR auch der SEB eingebunden war, um das Agieren für alle transparent zu machen. Das führte zu einem besseren Verständnis für die einzelnen Maßnahmen.“

### Eigenverantwortung übernehmen

Thorsten Schwan ist es schließlich wichtig darauf zu verweisen, dass die Chancen, die Fernunterricht bieten kann, bei Fragen der Schulentwicklung nicht unbeachtet bleiben sollen. „Die Gelegenheit das Lernen selbst zu organisieren, Netzwerke mit Mitschülern auf- und auszubauen, aber auch die Übernahme von Verantwortung für die eigenen Lernfortschritte, bieten gute Möglichkeiten Kompetenzen wie Selbständigkeit und Organisation zu stärken. Die Jugendlichen lernen Eigenverantwortung zu übernehmen, bei gleichzeitig möglicher freier Zeiteinteilung. Dies war/ist für einige eine Chance. Dennoch“, so Schwan, „darf nicht vergessen werden, dass das „Homeschooling“ oftmals ohne das Engagement der Eltern nicht möglich gewesen wäre. Außerdem kann hier positiv vermerkt werden, dass selten eine so intensive und breit aufgestellte Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus stattgefunden hat.“

### Resümee

Jochen Leonhardt und Thorsten Schwan wünschen sich eine Rückkehr in den gewohnten Schulalltag, ohne Masken und ständigen Einsatz von Desinfektionsmitteln. Aber wichtige Erkenntnisse und die guten Erfahrungen aus der Zeit der Schulschließungen bzw. der Kombination von Fern- und Präsenzunterricht sollten in den „normalen Alltag“ übernommen werden:

- Kleinere Klassen ermöglichen ein effektiveres Arbeiten für Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer.
- Persönliche Beziehungen – zwischen Lernenden, Lehrenden und Elternhaus – steigern die Motivation: Aufbau und Pflege dieses Miteinanders kosten Zeit. Die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung und mehr Anrechnungstunden schaffen diese Freiräume.
- Der „Arbeitsplatz Schule“ muss ein echter „Digitaler Arbeitsplatz“ sein. Chancengleichheit ist nur durch gleiche Ausstattung aller – Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte – mit digitalen Medien möglich. Schluss mit „Bring your own device“!



**Monika Antoni**  
monika.antoni@vrb-rlp.de



**Winfried Kurcharski, Jochen Leonhardt und Thorsten Schwan**

# Auf ein WORT,



... Frau John!

Immer mal wieder trifft man bei Veranstaltungen auf Menschen, deren Tätigkeiten, deren Haltung, deren Ideen oder Visionen wir als interessant, hilfreich und weiterführend empfinden. Zeit für ausführliche und vertiefende Gespräche bleibt in der Regel nicht. Die Lösung ist das knappe Stichwortinterview unter dem Titel „Auf ein Wort...“.

*Doris John engagiert sich im Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT. Sie schied im Sommer 2020 aus dem Schuldienst. Ihren Dienst trat sie am 25.08.1980 an der Realschule Altenkirchen an. Ihre Fächer sind Deutsch und Sozialkunde. Seit 1990 ist Doris John in Schulleiterfunktionen tätig gewesen. Von 1990 bis 2003 war sie stellvertretende Schulleiterin an der Realschule Altenkirchen und übernahm danach die Schulleitung an der Geschwister-Scholl-Realschule und der Bertha-von-Suttner-Realschule plus in Betzdorf. Seit dem Sommer 2014 leitete sie die August-Sander-Schule in Altenkirchen. Die Funktion „Vorsitzende Schule“ bei SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz übt sie seit 2012 aus.*

## Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT

SCHULEWIRTSCHAFT ist das Netzwerk für partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Es existiert schon seit über 60 Jahren. Im Netzwerk mit derzeit 33 regionalen Arbeitskreisen in Rheinland-Pfalz führen wir einen Dialog auf Augenhöhe und gestalten eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen in den unterschiedlichen Regionen.

Auf Bundesebene wird das Netzwerk von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln getragen, in Rheinland-Pfalz ist das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT eine Einrichtung der

Landesvereinigung der Unternehmervverbände Rheinland-Pfalz (LVU).

## Ihre Funktion bei SCHULEWIRTSCHAFT

Seit 2012 bin ich bei SCHULEWIRTSCHAFT „Vorsitzende Schule“, Herr Michael Steuler (Steulerwerke Höhr-Grenzhausen) ist mein Pendant auf Wirtschaftsseite. Ich vertrete im Netzwerk wie auch gegenüber der Landesvereinigung der Unternehmervverbände schulische Positionen. Ich war oft Impulsgeberin für Themenfindung oder Referentenauswahl bei Jahrestagungen. Tagungen und Exkursionen bereiten Herr Steuler und ich im Team mit Frau Anne Drost (LVU) gemeinsam vor. Dabei berücksichtigen wir Themenwünsche der Arbeitskreisleiterinnen und -leiter.

In diesem Jahr hatten wir als Thema der Jahrestagung „Digital macht durchlässig“ gewählt. Leider konnten wir die Tagung nicht wie gewohnt für einen größeren Kreis öffnen. Sie ist auf unserer Homepage jedoch digital erlebbar.

## Akteure im Netzwerk

Besonders wichtig sind die regionalen Arbeitskreise. Sie sind Kontakt- und Informationsplattformen und vernetzen die SCHULEWIRTSCHAFT-Akteure vor Ort. Ihre Angebote können sehr unterschiedlich sein. Sie reichen von der Anbahnung und Ausgestaltung von Kooperationen über Fortbildungen,

*Fortsetzung auf Seite 49*



**FAKTEN-CHECK**  
**Digitaler Wandel –**  
**Chancen nutzen**

**ANTONIA DUFEU:**  
**Rechtssicherheit**  
**gewinnen**

**ANSPRECHPARTNER**  
**VRB-Team**  
**für Ihre Fragen**

**AUF EINEN BLICK**  
**Themen und**  
**Fundstellenübersicht**

**Heft im Heft:**

# **RECHT IN DER SCHULE**

**Seiten  
41-48 zum  
Entnehmen**

► NEUE HERAUSFORDERUNGEN IM SCHULALLTAG

# Digitaler Wandel – Chancen nutzen

## Fakten-Check: Rechtliche Vorgaben

Mit der Pandemie und den Schulschließungen wurde deutlich, dass der digitale Wandel an den Schulen kaum vorangekommen war. Entsprechend groß war die Not an den Schulen, einen effektiven Fernunterricht zu organisieren und zu erteilen. Viele Lehrkräfte bauten anfangs noch stark auf analoge Hilfsmittel. Mit der Fortdauer der Schulschließungen reifte jedoch die Erkenntnis, dass Unterricht und Kommunikation außerhalb und innerhalb der Schule digital besser zu bewältigen sind. Bei der Suche nach geeigneten digitalen Werkzeugen waren viele Lehrkräfte und Schulen auf sich allein gestellt. Zwar bot der Markt vielversprechende digitale Technologien an, aber es zeigte sich rasch, dass u. a. Datenschutzbestimmungen dem schulischen Einsatz Grenzen setzten.

### Neue Herausforderung: Gestaltung des digitalen Wandels

Der digitale Wandel erfordert Transformationsprozesse. Grundlage dieser Prozesse sind digitale Technologien, die nahezu alle Bereiche unseres Lebens berühren. Die durch den Wandel hervorgerufenen Veränderungen nehmen in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem an Anzahl und Geschwindigkeit zu.

Die neuen Herausforderungen der Digitalisierung verursachen bei Jüngeren keine großen Ängste. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahre 2019 schätzt eine deutliche Mehrheit ihre digitalen Kenntnisse als gut ein. Das gilt auch für ein Drittel der sogenannten „Silver Surfer“ (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli>). Die Gewissheit, dass die digitalen Techniken in Zukunft noch deutlich wichtiger werden, war bei der großen Mehrheit der befragten Personen schon vorhanden.

Allerdings sind die digitalen Kenntnisse und Fertigkeiten der deutschen Bevölkerung insgesamt nur mittelmäßig ([https://www.bmbf.de/upload\\_filestore/pub/BMBF\\_Digitalstrategie.pdf](https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/BMBF_Digitalstrategie.pdf)).

Ernüchternd sind die Ergebnisse der ICILS-Studie 2018 mit Blick auf die deutschen Schülerinnen und Schüler. Fast ein Drittel erreichte nur eine der beiden unteren von fünf Kompetenzstufen. „Sie waren damit nicht in der Lage, Computer und neue Technologien so zu nutzen, dass sie in Schule, Gesellschaft und Beruf erfolgreich teilnehmen können. Gleichzeitig wurde das Potential leistungsstarker Jugendlicher nur ungenügend genutzt“.

### Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Pandemie hat wesentlich zur Beschleunigung des digitalen Wandels beigetragen. Homeoffice, Videokonferenzen, Fernunterricht oder auch private oder dienstliche Kommunikation und Information mittels digitaler Werkzeuge werden stärker als früher genutzt. Kaum jemand kann sich dem digitalen Wandel entziehen. Behörden, Banken und andere Institutionen wie auch die Schulen setzen gezwungenermaßen verstärkt auf digitale Technologien.

Der Stellenwert der digitalen Technologie ist in den Schulen erheblich gestiegen. Mit ihrer Hilfe und geeigneten Werkzeugen wie Anwendungssoftware (Apps) sollen Unterricht und Kommunikation nicht nur in Zeiten des Fernunterrichts effektiver gestaltet werden.

Anwendersoftwareprodukte bieten gute Möglichkeiten, Lehr- und Lernprozesse digital zu unterstützen. Vor allem sind hiermit vertiefte individuelle Fördermaßnahmen leichter möglich.

### Risiken der digitalen Helfer

Von den Anwendern sind nicht nur technische Fertigkeiten im Umgang mit den digitalen Werkzeugen gefordert. Darüber hinaus sollten sie auch Kenntnisse über Risiken in der Anwendung besitzen, insbesondere welche Daten die Anwendersoftwareprodukte erheben und verarbeiten. Daten sind das Gold der heutigen Zeit. Dementsprechend ist der Datenhunger von Apps teilweise erheblich. Vor allem bei kostenlos zur Verfügung gestellten Apps sollte man sich vor der Nutzung informieren, mit welchen Daten diese Nutzung „erkauft“ wird.

### Unterstützung von außen?

Bei der Verwendung von Hardware und Anwendersoftwareprodukten für den dienstlichen Gebrauch müssen die Schulen rechtliche Vorgaben beachten. Dazu gehört auch der Datenschutz. In der Beurteilung, ob die Verwendung der digitalen Helfer datenschutzkonform erfolgen kann, sind viele Schulen im Detailwissen überfordert gewesen. Es fehlte an Unterstützung von außen – teilweise auch seitens der Landesdatenschutzbeauftragten. Als Positivbeispiel kann die Berliner Datenschutzbeauftragte gelten, die schon früh bei den großen Videokonferenzsystemen für Transparenz gesorgt und mit Ampelsignalen unmissverständlich die Risiken in der rechtskonformen Nutzung deutlich gemacht hat.

### Datenschutz nicht als Hindernis bewerten!

Der Schutz unserer privaten Daten ist europaweit durch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nach intensiven Beratungen in den Parlamenten gesichert worden. Dies ist eine Leistung, die wir mit Zufriedenheit honorieren sollten. Nicht alle Länder bewerten den Datenschutz in dem hohen Maße, wie wir Europäer das tun. In der unterschiedlichen Wertschätzung und Praxis des Datenschutzes liegen die Schwierigkeiten bei der Anwendung ausländischer Produkte. Wir sollten deswegen nicht in den Fehler verfallen, unsere Datenschutzverordnung schlecht zu reden oder als Hindernis zu betrachten. Richtig und wichtig ist, dass Landesdatenschützer wie die Berliner sehr deutlich die Schwachstellen benennen und mit den großen Konzernen verhandeln. In dem ein oder anderen Fall liegen Verhandlungserfolge vor.

# Rechtssicherheit gewinnen

Wilfried Rausch im Fakten-Check mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu

Rechtssicherheit schafft bei allen Beteiligten Transparenz und stärkt das Vertrauen im Umgang mit den digitalen Endgeräten. Wichtig ist aber auch zu wissen, wo und in welchem Umfang Rechtssicherheit noch nicht besteht, um die notwendige Sorgfalt im Umgang wahren zu können. Unsere Redaktion erhielt in den letzten Monaten immer wieder Anfragen zum Einsatz der digitalen Technologie in der Schule. Wir haben diese Fragen gesammelt und unsere Justiziarin Antonia Dufeu um Klärung gebeten. Ihre Antworten können zur Rechtssicherheit beitragen.

## § Fernunterricht erfolgt nur über digitale Endgeräte. Kann die Schulleitung bzw. der Dienstherr die Lehrkräfte zur Verwendung der eigenen privaten Geräte verpflichten?

Es gibt einen Flyer vom Datenschutzbeauftragten RLP vom November 2019 in dem es heißt: „Die Nutzung privater Geräte wie Computer, Tablets oder Smartphones zur Speicherung schülerbezogener Daten bedarf einer schriftlichen Genehmigung durch die Schulleitung.“ (Siehe Flyer: <https://www.datenschutz.rlp.de/de/themenfelder-themen/schulunterricht-von-zu-hause/>)

Eine Verpflichtung zur Nutzung privater Geräte gab es bisher meiner Kenntnis nach noch nicht. Nun herrschen während der Pandemie jedoch besondere Regeln. Der Dienstherr muss zum einen seinen Bildungsauftrag weiterhin erfüllen und gleichzeitig den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte seiner Bediensteten im Auge behalten.

Momentan wird in vielen Bundesländern das Weisungsrecht des Dienstherrn bereits ausgeweitet. So erklärt der hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit im August 2020, dass die Lehrkraft verpflichtet werden kann, an einer Echtzeit-Videokonferenzen teilzunehmen, ohne dass es ihrer Einwilligung bedarf, und beruft sich auf die Organisationsbefugnis der Schulleitung (siehe <https://datenschutz.hessen.de/daten-schutz/hochschulen-schulen-und-archiv/keine-einwilligung-der-lehrkr%C3%A4fte-f%C3%BCr-teilnahme>).

Daher ist es durchaus denkbar, dass von Schulleitungen die Nutzung privater Geräte angeordnet wird, weil es zur Gewährleistung der Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn vorab geklärt ist, wie mit Kontrollpflichten, Haftungsfällen und weiteren Rechten und Pflichten umgegangen werden soll. Lehrkräfte sollten in jedem Fall darauf hinwirken, dass es eine verbindliche Regelung hierüber gibt.

## § Muss die Schulleitung alle verwendeten privaten digitalen Werkzeuge (Tablet, Laptop, Handy, Apps oder E-Mails) genehmigen?

Nach § 89 Abs. 4 ÜSchO dürfen personenbezogene Daten auf privaten Datenverarbeitungsgeräten von Lehrkräften zu dienstlichen

Zwecken verwendet werden, wenn die Schulleiterin oder der Schulleiter dies im Einzelfall genehmigt hat. Außerdem muss die Einwilligung darüber vorliegen, dass das Gerät unter den gleichen Bedingungen wie dienstliche Geräte kontrolliert werden kann und den Belangen des Datenschutzes Rechnung getragen wird.

Verwendet eine Lehrkraft also ein privates Gerät für ihren Unterricht und erhebt damit personenbezogene Daten wie E-Mail-Adressen oder Bewertungen ihrer Schülerinnen und Schüler, benötigt sie eine Genehmigung der Schulleitung. Sie muss gleichzeitig ihr Einverständnis erklären, dass ihr Gerät wie ein dienstliches Gerät kontrolliert werden darf, und muss besondere Vorkehrungen für den Datenschutz durchführen.

## § Wie sieht es mit den digitalen Endgeräten bzw. Werkzeugen aus, die die Lehrkraft vom Dienstherrn für ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt bekommt? Ist die Genehmigung zur Verwendung mit der Abgabe des Endgeräts erteilt?

Stellt der Dienstherr digitale Endgeräte zur Verfügung, so darf die Lehrkraft von der Genehmigung der Verwendung ausgehen. In solchen Fällen empfiehlt es sich jedoch, eine Nutzungsordnung zu verabschieden, in der die Verwendung, Haftung und weitere Rechte und Pflichten behandelt werden.

## § Wird eine Lehrkraft in Regress genommen, wenn das Gerät beschädigt wird?

Es kommt darauf an, was vereinbart wurde. Wenn es keine besondere Haftungsvereinbarung gibt, empfehle ich, diese mit der Schulleitung zu klären, bzw. wenn dies nicht möglich ist, sie zu remonstrieren.

Grundsätzlich gilt Folgendes: Der Dienstherr kann Ersatz leisten, sofern der Beamte oder die Beamtin den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat“ (§ 54 LBeamVG, § 70 LBG i. V. m. der VV zu § 70 LBG). Dies gilt zumindest für beschädigte Gegenstände, die üblicherweise oder aus dienstlichem Grund im Dienst mitgeführt werden. Wird die Verwendung eigener Endgeräte angeordnet, wird die Lehrkraft sich auf diese Haftungsübernahme berufen können.

## ZUR PERSON



**Rechtsanwältin Antonia Dufeu** ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ und hat zuletzt mitgewirkt an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.

### § Ist der Abschluss einer Versicherung empfehlenswert?

Wenn man vom oben Genannten ausgeht, ist es nicht erforderlich, eine Versicherung abzuschließen.

### § Worauf muss eine Lehrkraft achten, wenn sie das Dienstgerät zuhause nutzt?

Sie muss das Dienstgerät behandeln wie ihr eigenes. Dabei muss sie folgende Punkte beachten:

- Die Nutzung geschieht nur mit der Genehmigung der Schulleitung.
- Sie muss zusichern, dass alle Vorschriften über den Datenschutz beachtet werden.
- Nur die Daten von Schülerinnen und Schülern, die selbst unterrichtet werden, dürfen erhoben werden.
- Die Kontrolle der Geräte muss wie bei dienstlichen Geräten möglich sein.
- Die Lehrkräfte müssen sicherstellen, dass Dritte keinen Zugriff haben.
- Alle Daten sind mit einem Passwort zu schützen.
- Eine Löschung muss vorgenommen werden, sobald die Speicherung nicht mehr erforderlich ist.
- Eine externe Datensicherung muss regelmäßig durchgeführt werden.

Siehe hierzu auch das Interview zu „Bring Your Own Device“ in Reale Bildung 1u.2/2018.

Weiter gibt es vom Landesbeauftragten für den Datenschutz Rheinland-Pfalz ein Webinar zu diesem Themenbereich unter: [https://www.datenschutz.rlp.de/fileadmin/lfdi/Videos/Webinare/Schuldatenschutz/Schuldatenschutz\\_02PrivEndgeraete.html](https://www.datenschutz.rlp.de/fileadmin/lfdi/Videos/Webinare/Schuldatenschutz/Schuldatenschutz_02PrivEndgeraete.html)

Ich empfehle, für den Schutz aller schulischen Daten einen USB Stick mit hoher Speicherkapazität zu verwenden und ihn mit einem Passwort zu schützen. Wenn eine Kontrolle durch die Schulleitung ansteht, kann die Lehrkraft den USB Stick einfach mit in die Schule bringen und kommt so ihrer Pflicht nach, die Daten wie dienstliche Daten kontrollieren zu lassen.

### § Darf eine Lehrkraft das digitale Endgerät einer Kollegin/einem Kollegen für kurze Zeit am Schulmorgen ausleihen?

Es kommt darauf an, wie die Endgeräte genutzt werden. Werden alle individuellen Inhalte nicht auf den Geräten sondern auf dem Server gespeichert, zu der nur die einzelnen Lehrkräfte Zugang haben, ist das sicherlich kein Problem. Befinden sich jedoch individuelle Daten auf dem Gerät, ist das Ausleihen nicht zu empfehlen, da die Lehrkräfte nur Zugang zu den Daten der eigenen Schülerinnen und Schüler erhalten dürfen.

### § Was muss eine Lehrkraft bei der Einrichtung (Betriebssystem, Verarbeitungsprogrammen, Videokonferenzsystemen, Apps usw.) seines digitalen Endgeräts beachten?

Die Einrichtung des Gerätes sollte in Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten in der Schule geschehen. Grundsätzlich sollte die Lehrkraft bei der Installation von Apps immer die datensparsame Variante wählen. Dafür sollte sie sich mit den einzelnen Apps auseinandersetzen, die Datenschutzerklärungen lesen und die Zugriffe der App überprüfen.

Es gibt ein Webinar des Landesbeauftragten für den Datenschutz RLP, das hier hilfreich ist, abzurufen unter: [https://www.datenschutz.rlp.de/fileadmin/lfdi/Videos/Webinare/Schuldatenschutz/Schuldatenschutz\\_02PrivEndgeraete.html](https://www.datenschutz.rlp.de/fileadmin/lfdi/Videos/Webinare/Schuldatenschutz/Schuldatenschutz_02PrivEndgeraete.html)

Weitere Einzelheiten hierzu finden sich in meinem letzten Interview im Mai 2020 („Soziale Medien als Kommunikationsplattform“ in Reale Bildung 1u2/2020, 42-44).

### § Welche datenschutzrechtlichen Vorgaben sind bei der Verwendung eines Videokonferenzsystems zu beachten?

Der Datenschutzbeauftragte Rheinland-Pfalz hat im August 2020 festgestellt, dass für Videokonferenzsysteme nur solche in Frage kommen, in denen es keinen Datentransfer in die USA gibt. Das Bildungsministerium Rheinland-Pfalz stellte zunächst die Landeslösung Cisco Webex und stellt mittlerweile BigBlueButton bereit. Die Verwendung amerikanischer Videokonferenzsysteme ist da-

mit unzulässig. Diese werden auch mit einer Einwilligungserklärung der Betroffenen nicht zulässig.

Das bedeutet, Schulen ist es erlaubt, zur Erfüllung ihres Bildungsauftrags auf digitale Lehr- und Lernsysteme und Netzwerke zurückzugreifen (dies ergibt sich aus den §§ 1 Abs. 6 i. V. m. 67 Abs. 1 des neuen, am 1. August 2020 in Kraft getretenen, Schulgesetzes RLP). Möchte die Schule ein digitales Lehrmittel (z. B. ein Videokonferenzsystem) einführen, so müssen die Schüler- und Elternvertretung dazu angehört werden (§§ 33 Abs. 2 und 40 Abs. 2 SchulG RLP), und es dürfen nur solche Systeme genutzt werden, die unserem Datenschutzstandard entsprechen. Amerikanische Systeme gehören nicht mehr dazu.

Einzelheiten finden Sie hierzu:

<https://www.datenschutz.rlp.de/de/themenfelder-themen/video-gestuetzte-kommunikationstechnik/>

und

<https://www.datenschutz.rlp.de/de/aktuelles/detail/news/detail/News/grosse-herausforderung-fuer-schulen-auch-bei-videokonferenzsystemen-muss-datenschutz-sichergestellt-s/>

### § **Datenschutz bei der Verwendung von E-Mails und Videokonferenzsystemen in der Schulverwaltung (Kommunikation, virtuelle Konferenzen usw.): Benötigt die Schulleitung die Einwilligung der Lehrkräfte, Eltern bzw. Schülerinnen und Schülern?**

Die Schulleitung muss bei der Bestimmung des Videokonferenzsystems Schüler- und Elternvertretungen im Rahmen der Anhörung mit einbeziehen (§§ 33 Abs. 2 und 40 Abs. 2 SchulG RLP). Außerdem darf sie nur datenschutzkonforme Systeme verwenden. Ist dies geschehen und implementiert, kann sie sich auf die Rechtsgrundlage der §§ 1 Abs. 6 i. V. m. 67 Abs. 1 SchulG RLP berufen und benötigt keine Einwilligung der Betroffenen.

Dies gilt meines Erachtens jedoch nicht für die private E-Mail-Adresse. Hier wird aus meiner Sicht immer noch eine Einwilligung benötigt.

### § **Die DSGVO verpflichtet dazu, ein Verzeichnis von Verwaltungstätigkeiten zu führen. Ist jede Lehrkraft verpflichtet, ein eigenes Verzeichnis von Verwaltungstätigkeiten zu führen?**

Nein, die Verantwortung für das Verfahrensverzeichnis liegt bei der Schulleitung. Diese kann es an den schulischen Datenschutzbeauftragten delegieren. Jede Lehrkraft ist verpflichtet insofern mitzuwirken, dass sie darlegt, welche Daten zu welchem Zweck verarbeitet werden.

### § **Betrifft dies auch die Verwendung von E-Mails und Videokonferenzsystemen?**

Ja, im Verfahrensverzeichnis wird aufgeführt, wenn es eine Kommunikation über E-Mail oder Videoplattformen gibt, welche Da-

ten erhoben werden, zu welchem Zweck sie verwendet werden, ob eine Rechtsgrundlage vorhanden oder eine Einwilligung der Betroffenen erforderlich ist.

### § **Müssen Schülerinnen und Schüler nicht auch ein Verzeichnis führen?**

Nein, Schülerinnen und Schüler sind nicht verpflichtet, personenbezogenen Daten zu erheben, daher müssen sie kein Verzeichnis führen.

### § **Was muss in einem Verzeichnis noch aufgeführt werden?**

Der Inhalt des Verzeichnisses ergibt sich aus Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Das Verzeichnis muss danach die wesentlichen Angaben zur Datenverarbeitung beinhalten. Die Beschreibung sollte so konkret erfolgen, dass die Aufsichtsbehörde eine Rechtmäßigkeitsprüfung vornehmen kann.

Folgende Kategorien sollte das Verzeichnis umfassen:

- Verarbeitungstätigkeit
- Ansprechpartner
- Datum der Einführung
- Zwecke der Verarbeitung
- Kategorie von betroffenen Personen
- Kategorie von personenbezogenen Daten
- Kategorie von Empfängern
- Drittland-Transfer
- Löschfristen
- Technische/organisatorische Maßnahmen

Ein Muster hierfür findet man unter:

<https://www.landesschulbehoerde-niedersachsen.de/themen/schulorganisation/datenschutz/dsgvo/vvt-schule>

### § **Wer übt in der Schule das Kontrollrecht aus?**

Die Verantwortung für das Verfahrensverzeichnis (VVZ) liegt bei der Schulleiterin/dem Schulleiter, damit auch das Kontrollrecht. Sie/Er kann die Einführung und Erstellung an den Datenschutzbeauftragten (DSB) delegieren, ist aber verpflichtet, ihn dabei zu unterstützen.

Der DSB muss das VVZ nicht ausfüllen, er muss aber dafür sorgen, dass es von den verschiedenen Stellen ausgefüllt wird. Dafür sollte er ein Musterformular erstellen und den verschiedenen Stellen zum Ausfüllen überlassen.

### § **Welche Befugnisse hat der Datenschutzbeauftragte?**

Die Befugnisse des schulischen Datenschutzbeauftragten (DSB) ergeben sich aus seinen Aufgaben, Art 39 DSGVO. Dazu gehören

das Hinwirken auf die Einhaltung aller relevanten Datenschutzvorschriften in der Schule, die Überwachung bestimmter Prozesse wie der Datenschutz-Folgenabschätzung, die Sensibilisierung und Schulung der Lehrkräfte und Verwaltungsmitarbeiter sowie die Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde. Der DSB darf wegen der Erfüllung seiner Aufgaben nicht abberufen oder benachteiligt werden. Trotz der Überwachungsfunktion bleibt die Schulleitung für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften selbst verantwortlich. Der DSB ist daher „ordnungsgemäß und frühzeitig in alle mit dem Schutz personenbezogener Daten zusammenhängenden Fragen“ einzubinden, Art 38 Abs. i DSGVO. Ist der Datenschutzbeauftragte bestellt, hat der Verantwortliche die Kontaktdaten zu veröffentlichen und die Bestellung der Aufsichtsbehörde mitsamt den Kontaktdaten mitzuteilen.

### § Kann der schulische Datenschutzbeauftragte von der Schulleitung die Einsichtnahme der digitalen Endgeräte zur Prüfung der datenschutzkonformen Verwendung erhalten?

Um seine Aufgaben zu erfüllen, ist es erforderlich, eine konforme Verwendung der Daten zu kontrollieren. Dies gilt meines Erachtens jedoch nur bei einem konkreten Anlass. Willkürlich und ohne Grund darf eine solche Kontrolle der digitalen Endgeräte nicht erfolgen.

### § Welche Rechte hat der Datenschutzbeauftragte gegenüber den Lehrkräften und den IT-Beauftragten an den Schulen?

Er kann sie zur Mithilfe auffordern, sie schulen und sensibilisieren.

### § Wie sieht es bei Schülerinnen und Schülern aus, die ein schuleigenes Endgerät von der Schule zur Verfügung gestellt bekommen haben?

Für die gilt das oben Gesagte, das heißt, sie müssen mit den Geräten so sorgfältig umgehen, als wären es ihre eigenen. Es ist empfehlenswert, Schülerinnen und Schüler dazu zu verpflichten, die Geräte ausschließlich zu schulischen Zwecken zu nutzen. Außerdem empfiehlt es sich, eine Nutzungsordnung mit den Schülerinnen und Schülern zu vereinbaren, in der nicht nur der Datenschutz geregelt ist, sondern auch die Haftung für das Gerät und der Umgang mit digitalen Medien.

### § Welches Kontrollrecht hat eine Schulleiterin/ein Schulleiter?

Die Schulleitung trägt die Verantwortung in der Schule und darf daher die Einhaltung der Regeln auch kontrollieren

### § Kann sie/er die Einsichtnahme in private und dienstliche digitale Endgeräte von Lehrkräften fordern?

Die Schulleiterin/der Schulleiter trägt die Verantwortung und muss daher grundsätzlich auch die Möglichkeit der Kontrolle haben. Bei privaten Geräten wird dies meiner Ansicht nach schwierig und nicht ohne Einwilligung der betroffenen Lehrkraft geschehen können. Denn die Einsicht in die privaten Geräte stellt ein Eingriff in die Privatsphäre dar.

Besteht ein konkreter Anlass auf eine Rechtsverletzung, so muss die Lehrkraft jedoch nachweisen, dass sie korrekt mit den Daten umgegangen ist. Dies gelingt sicherlich am einfachsten, wenn man die Datenverarbeitung offenlegt.

Bevor also Schulleitungen die Verwendung eigener privater Geräte der Lehrkräfte anordnen, sollte eindeutig klargestellt werden, wieweit die Kontrollpflicht der Schulleitung und die Darlegungspflicht der Lehrkraft gehen und wie mit Verstößen gegen Datenschutzbestimmungen umgegangen werden soll.

### § Kann sie/er Einsichtnahme in die ausgeliehenen digitalen Endgeräte der Schülerinnen und Schülern einfordern?

Das kommt darauf an, was bei der Ausleihe vereinbart wurde. Wurde eine Nutzung nur für schulische Zwecke vereinbart, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter das Gerät mit Vorankündigung kontrollieren und auch einsehen. Ist die private Nutzung ebenfalls erlaubt, geht dies nur mit Einwilligung der Schülerin/des Schülers und deren/dessen Eltern.

### § Ist auch die Klassenleitung/Lehrkraft zur Einsichtnahme bei missbräuchlicher Verwendung berechtigt?

Wie oben kommt es darauf an, was vereinbart wurde. Auch hier gilt: Wurde eine Nutzung nur für schulische Zwecke vereinbart, kann die Schulleiterin bzw. der Schulleiter das Gerät mit Vorankündigung kontrollieren und auch einsehen. Ist die private Nutzung ebenfalls erlaubt, geht dies nur mit Einwilligung der Schülerin/des Schülers und ihren/seinen Eltern.



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

# FRAGEN?

Rat und Unterstützung bieten Ihnen folgende VRB-Expertinnen und VRB-Experten aus den Bezirks- und Hauptpersonalräten.

## HAUPTPERSONALRAT REALSCHULEN PLUS



Michael Eich  
michael.eich@vrb-rlp.de



Saskia Tittgen  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Timo Lichtenthäler  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

## HAUPTPERSONALRAT INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN



Regina Bollinger  
regina.bollinger@vrb-rlp.de



Katharina Bitz  
katharina.bitz@vrb-rlp.de



Jutta Okfen  
jutta.okfen@vrb-rlp.de

## BEZIRKSPERSONALRAT REALSCHULEN PLUS



Bengjamin Bajraktari  
bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



Martin Radigk  
martin.radigk@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de

## BEZIRKSPERSONALRAT INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN



Marlies Kahn  
marlies.kahn@vrb-rlp.de



Christoph Schneider  
christoph.schneider@vrb-rlp.de



► **VRB-JUSTIZIARIN ANTONIA DUFEU:**

## Schulrecht, Dienstrecht und Medienrecht

### Themen- und Fundstellenübersicht

Rechtsanwältin Antonia Dufeu informiert unsere Kolleginnen und Kollegen seit Jahren in Veranstaltungen, Interviews und Expertisen zu schulrechtlichen Fragen. Ihr Schwerpunkt ist das Medienrecht. Unsere Leserinnen und Leser melden uns zurück, dass sie die Beiträge unserer Justiziarin als alltagstauglich und hilfreich

wahrnehmen. Das Themenspektrum reicht von beamten- und dienstrechtlichen Fragen über den Datenschutz bis hin zur Mediennutzung in der Schule. Wir entsprechen heute dem Wunsch unserer Leserinnen und Leser, die Fundstellen aufzulisten und zugänglich zu machen.

#### FACEBOOK & CO

Lehrer in sozialen Netzwerken  
→ Ausgabe 3/2013, S. 36–37

#### SCHULE UND RECHT

Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu über die Reisekosten von Lehrkräften bei dislozierten Standorten  
→ Ausgabe 2/2014, S. 21

#### SCHULE UND RECHT

Juristische Alltagsfragen: Handy-nutzung in der Schule: Wer haftet im Schadensfall?  
→ Ausgabe 1/2015, S. 20

#### SCHULE UND RECHT

Erreichbarkeit von Lehrkräften aus dienstlichen Gründen – Einhaltung des Dienstweges  
→ Ausgabe 2/2015, S. 33

#### SCHULE UND RECHT

VRB-Justiziarin Antonia Dufeu informiert – Heimliche Aufnahmen vom Unterricht und ihre Verbreitung in sozialen Medien  
→ Ausgabe 3/2015, S. 27–28

#### SCHULE UND RECHT

Problemereich Veröffentlichung von Lehrerfotos und -daten  
→ Ausgabe 4/2015, S. 20–21

#### SCHULE UND RECHT

Umgang mit Geschenken und Zuwendungen – Was darf ein Lehrer als Geschenk annehmen?  
→ Ausgabe 1/2016, S. 33–34

#### RECHT AN SCHULEN

Datenschutz bei Verwendung personenbezogener Daten in der Schule – Was Lehrkräfte zu beachten haben  
→ Ausgabe 2 und 3/2016, S. 47–49

#### RECHT AN SCHULEN

Nutzung von Handys zu Täuschungsversuchen bei Leistungsnachweisen  
→ Ausgabe 4 und 5/2016, S. 35–37

#### RECHT AN SCHULEN

Handynutzung bei Klassenfahrten  
→ Ausgabe 1 und 2/2017, S. 36–37

#### RECHT AN SCHULEN

Das Smartphone als Kamera und Camcorder  
→ Ausgabe 3 und 4/2017, S. 49–50

#### RECHT AN SCHULEN

Umgang mit Passwörtern  
→ Ausgabe 5 und 6/2017, S. 40–42

#### RECHT AN SCHULEN

Bring Your Own Device: Beim Einsatz privater und mobiler Endgeräte Rechtssicherheit schaffen!  
→ Ausgabe 1 und 2/2018, S. 34–36

#### RECHT AN SCHULEN

Schulhomepage I: Impressum und Datenschutz  
→ Ausgabe 3 und 4/2018, S. 47–49

#### RECHT AN SCHULEN

Schulhomepage II: Verwendung von Schüler- und Lehrerfotos  
→ Ausgabe 5 und 5/2018, S. 42–44

#### RECHT AN SCHULEN

DSGVO: Das Recht auf Vergessenwerden – Löschungspflicht I: Notenbücher und persönliche Aufzeichnungen  
→ Ausgabe 1 und 2/2019, S. 38–40

#### RECHT AN SCHULEN

DSGVO: Das Recht auf Vergessenwerden – Löschungspflicht II: Konferenzprotokolle, Schülerakten und Mailversand  
→ Ausgabe 3 und 4/2019, S. 48–50

#### RECHT AN SCHULEN

Besondere Formen von Mobbing: Cybermobbing und Sexting  
→ Ausgabe 5 und 6/2019, S. 36–37

#### RECHT AN SCHULEN

Soziale Medien als Kommunikationsplattform  
→ Ausgabe 1 und 2/2020, S. 42–44

#### RECHT AN SCHULEN

Digitaler Wandel. Chancen nutzen. Ein Fakten-Check  
→ Ausgabe 3 und 4/2020, S. 41–48

Auf unserer Website sind die genannten Ausgaben hinterlegt:



[www.vrb-rlp.de/aktuelles/vrb-zeitschrift](http://www.vrb-rlp.de/aktuelles/vrb-zeitschrift)



Exkursionen bis hin zu Dialogformaten. Da sie regional aufgestellt sind, können sie direkt auf regionale Begebenheiten eingehen. Im Fokus ihrer Arbeit stehen die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen in der Region und ihr gegenseitiges Verständnis füreinander. Dabei ist oberstes Ziel, den Schülerinnen und Schülern gute Übergänge in die Betriebe zu ermöglichen.

### **Aktivitäten von SCHULEWIRTSCHAFT**

Die Geschäftsstelle, die bei der Landesvereinigung der Unternehmerverbände (LVU) aufgehängt ist, unterstützt die Arbeitskreise und vernetzt sie. Darüber hinaus bietet SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz, gemeinsam mit den Ministerien für Bildung und Wirtschaft, Fortbildungen für Lehrkräfte an. Das bundesweite Netzwerk, in das wir eingebunden sind, gibt wertvolle Impulse. Jedes Jahr haben Mitglieder der Arbeitskreise aus Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, an einer Exkursion gemeinsam mit SCHULEWIRTSCHAFT-Kolleginnen und -Kollegen anderer Bundesländer teilzunehmen, und können hierbei erfahren, wie Vernetzung, Organisation und Zusammenarbeit in anderen Bundesländern geschieht und gelingt.

### **Berufsorientierung**

Als ich vor 45 Jahren Abitur machte, gab es an den Schulen kaum eine schulische Berufsorientierung. Die Einführung der Betriebspraktika an Haupt- und Realschulen war ein erster Schritt, gemeinsam mit den Betrieben eine praxisnahe Berufsorientierung zu bieten. Ich erinnere mich noch gut an meine Zeit in der damaligen Realschule Altenkirchen, wo ich 1989 zu einer Konferenz alle Akteure zur Auswertung des Praktikums an einen „runden Tisch“ lud. Die Akteure damals waren Agentur für Arbeit, IHK und Handwerkskammer, Ausbildungsbetriebe, aber auch die Elternvertretung. Sie sind auch heute noch wichtige Partner.

Die Berufsorientierung ist in den letzten Jahren systematisch mit den Akteuren der Wirtschaft entwickelt worden. Daraus erwuchsen die „Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule, Berufsberatern und Wirtschaft im Bereich der Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung in Rheinland-Pfalz“ sowie die Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, mit der die Chancen junger Menschen mit Behinderungen auf einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt erhöht werden sollen.

### **Schulpatenschaft**

Schulpatenschaften mit Unternehmen bereichern die Berufsorientierung an den Schulen. Schulen bauen ihre Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft aus. Sie können hierdurch

den Unterricht mit praktischen Beispielen aus der Arbeitswelt anreichern.

Als Schulleiterin an drei Schulen im Landkreis Altenkirchen habe ich die Anfänge und den Ausbau der Schulpatenschaften aktiv mitgestalten können. Es war eine interessante und bereichernde Arbeit, die Annäherung von Schule und Wirtschaft mitzugestalten.

Besondere Unterstützung haben wir damals von der IHK erhalten. Sie hat uns die Türen zu den Betrieben geöffnet.

Es gibt vielfältige Formen der Zusammenarbeit. Dadurch wird eine Überforderung der Kooperationspartner vermieden.

Die Erwartungen an Partnerschaften erfüllen sich immer dann, wenn die Schulpaten nachhaltiges Interesse an der Partnerschaft zeigen. Schulleitung und Berufswahlkoordination, aber auch die Geschäftsführung der Unternehmen sollten Zusammenarbeit in einer Jahresagenda fest einplanen. Partnerschaft muss gelebt werden!

### **Wirtschaft als Unterrichtsfach?**

Ich weiß, dass Wirtschaft als Unterrichtsfach eine der langjährigen Forderungen der LVU ist.

Ich persönlich glaube nicht, dass wir in der Realschule plus ein eigenes Unterrichtsfach Wirtschaft benötigen. Ökonomische Bildung und Berufsorientierung sind Leitlinien unserer Wahlpflichtfachbereiche, die ab dem sechsten Schuljahr erteilt werden. Wichtig sind mir praktische Lernerfahrungen in den Betrieben. Die Praktika, die wir in unterschiedlichen Formen anbieten können, bieten wichtige lebensnahe Einblicke in die Wirtschafts- und Arbeitswelt.

*Fotos: Karin Berneburg und SCHULEWIRTSCHAFT*

## *Stich*WORTGEBER

war Wilfried Rausch, der Doris John bei ihrer Verabschiedung als Schulleiterin auch im Namen des Verbandes alles Gute für den neuen Lebensabschnitt wünschte.





Foto: AdobeStock

## „ALTERSBERICHT“ DIGITALISIERUNG

# LEBENSQUALITÄT IN DER NACHBERUFLICHEN LEBENSPHASE VERBESSERN

Die Bundesregierung ist seit 1993 verpflichtet, dem Bundestag in jeder Legislaturperiode einen „Altersbericht“ vorzulegen. Deshalb bestellt sie zu unterschiedlichen Themenbereichen eine Sachverständigenkommission, die dann einen Bericht erstellt und veröffentlicht. Nach der Veröffentlichung des Sachverständigenberichts gibt die Bundesregierung eine Stellungnahme ab und leitet beide Schriftstücke als Altersbericht dem Bundestag zu.

### „Ältere Menschen und Digitalisierung“

Der achte Altersbericht wurde am 12. August 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt. Er thematisiert die Bedeutung digitaler Technologien für den Alltag älterer Menschen. Im Einzelnen werden die Chancen und Herausforderungen, die die Digitalisierung für das Leben älterer Menschen vor allem in den Bereichen Wohnen, Mobilität, soziale Integration, Gesundheit, Pflege und Sozialraum haben kann, dargestellt.

Durch die Corona-Pandemie hat der Altersbericht an Aktualität gewonnen. Die Sachverständigen gehen auf die besonderen Herausforderungen der Pandemie für ältere Menschen ein.

### Ist das Internet reif für die Menschen in der nachberuflichen Lebensphase?

Der Altersbericht will die Parlamente bei den altenpolitischen Entscheidungsprozessen unterstützen und Hilfestellungen geben. Er belebt allerdings auch die Fachdebatten außerhalb des Parlaments und führt

dazu, dass weitergehende Forderungen gestellt werden. So hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) in ihrer Stellungnahme zum Altersbericht einen „DigitalPakt Alter“ analog zum „DigitalPakt Schule“ gefordert, damit durch eine umfassende finanzielle Unterstützung sichergestellt wird, dass digitaler Kompetenzerwerb für alle Menschen in der nachberuflichen Lebensphase möglich wird.

**„Wir müssen nicht fragen, ob die Älteren reif für das Internet sind, sondern, ob das Internet reif für die Älteren ist.“**  
(Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr, Bundesministerin a. D. und BAGSO-Ehrenvorsitzende)

### Wegweisende Positionen der Sachverständigenkommission

Im Folgenden informieren wir in Auszügen über das Positionspapier der Sachverständigenkommission zur Erstellung des achten Altersberichts. Es wird darin deutlich, dass und wie die Digitalisierung die Le-

bensqualität älterer Menschen verbessern kann:

### 1. Ältere Menschen sind unterschiedlich

Ältere Menschen sind keine homogene Gruppe, es gibt nicht „den“ älteren Menschen. Die zunehmende Ausdifferenzierung von Lebensläufen und Lebenslagen bringt es vielmehr mit sich, dass die Lebenssituationen von Menschen mit steigendem Lebensalter immer unterschiedlicher werden. ... Ältere Menschen sollten deshalb nicht pauschal als eine einheitliche Risikogruppe beschrieben und wahrgenommen werden. Zwar haben Ältere nach einer Ansteckung mit Covid-19 im Vergleich zu jüngeren Infizierten ein höheres Risiko schwerer Krankheitsverläufe, es hat sich jedoch gezeigt, dass das Risiko, an Covid-19 zu erkranken, in der Altersgruppe der 60- bis 80-Jährigen deutlich geringer ist als im jungen und mittleren Erwachsenenalter. Erst im Alter von über 90 Jahren ist das Risiko einer Covid-19-Erkrankung deutlich erhöht. Die Achte Altersberichts-kommission plädiert deshalb für eine differenzierte Kommunikation, die pauschalisierende Aussagen über ältere Menschen vermeidet. ...

### 2. Digitale Technologien können das Leben älterer Menschen bereichern, wenn Zugang und Nutzung sichergestellt sind

Die Achte Altersberichts-kommission geht davon aus, dass digitale Technologien das Potenzial haben, die Lebenssituation älterer Menschen erheblich zu verbessern. Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten, das Leben im Alter zu gestalten und soziale Teilhabe zu verwirklichen. So können digitale Technologien Kommunikation auf Abstand zwischen Älteren und Jüngeren, aber auch unter Älteren erleichtern und ermöglichen. Auf diese Weise können vorhandene soziale Beziehungen aufrechterhalten und neue Kontakte geknüpft werden. ... Doch nicht alle älteren Menschen haben in gleichem Maße Zugang zum Internet. ... Aus Sicht der Achten Altersberichts-kommission muss gerade in Zeiten der Corona-Pandemie dafür Sorge getragen werden, dass sich die bestehenden digitalen Ungleichheiten nicht weiter verschärfen. Ältere Menschen, die über keinen Zugang zum Internet verfügen, sollten einen solchen einfach, unbürokratisch und kostengünstig erhalten. Dabei ist vor allem an Bewohner\*innen von Pflegeheimen zu

## Übersicht: Altersberichte

### Erster Altersbericht (1993):

Die Lebenssituationen älterer Menschen in Deutschland

### Zweiter Altersbericht (1998):

Wohnen im Alter

### Dritter Altersbericht (2001):

Alter und Gesellschaft

### Vierter Altersbericht (2002):

Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger

### Fünfter Altersbericht (2006):

Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft

### Sechster Altersbericht (2010):

Altersbilder in der Gesellschaft

### Siebter Altersbericht (2016):

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune

### Achter Altersbericht (2020):

Ältere Menschen und Digitalisierung

denken und an ältere Menschen, die allein leben. In stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten sollten personelle Ressourcen geschaffen werden, damit Digitalisierungsprozesse begleitet und ältere Menschen bei der Ausbildung von Nutzungskompetenzen unterstützt werden können. Ältere Menschen sollten, wo immer möglich, aktiv in die Gestaltung dieser Digitalisierungsprozesse eingebunden werden. Damit digitale Angebote das Gefühl sozialer Teilhabe stärken und sich positiv auf das subjektive Wohlbefinden und die Gesundheit auswirken können, müssen sie in die sozialen Netzwerke älterer Menschen integriert werden. Darüber hinaus zeigt sich in der Pandemie, welche Bedeutung der soziale Nahraum für ältere Menschen hat. Digitale Technologien können bestehende lokale Strukturen unterstützen und zum Beispiel über Nachbarschaftsplattformen neue Kontakte und Versorgungsangebote ermöglichen. Digitale Nachbarschaftsplattformen und ähnliche Initiativen haben in der Regel einen engen Bezug zu den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und fördern das Erleben von Solidarität zwischen den Generationen. ...

### 3. Digitale Kompetenzen neu denken

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hatten zur Folge, dass viele bestehende Alltagsroutinen nicht mehr genutzt werden können und die Menschen sich mit neuen Kommunikationsformen, wie zum Beispiel Videosprechstunden, vertraut machen mussten. ... Gleichzeitig muss der notwendige Digitalisierungsschub in Bezug auf ältere Menschen immer auch kritisch begleitet werden. Digitale Technologien können die Lebensqualität verbessern, sie können aber auch in die gegenteilige Richtung wirken und soziale Exklusion verschärfen. Die Achte Altersberichts-kommission spricht sich aus diesem Grund für einen wohlüberlegten, reflektierten, angemessenen und begleiteten Einsatz digitaler Technologien aus, vor allem in Lebensbereichen und Handlungsfeldern, in denen ihr Nutzen wissenschaftlich nachgewiesen ist.

### 4. Fazit: Digitalisierung vorantreiben

Eine flächendeckende digitale Infrastruktur sowie eine größere Verfügbarkeit von intelligent eingesetzten Kommunikationsmedien in stationären Pflegeeinrichtungen, aber auch in Privathaushalten von älteren Menschen, hätten in der Hochphase der Corona-Pandemie die soziale Integration von älteren Menschen deutlich unterstützen und die Verbreitung sozialer Isolation deutlich reduzieren können. Hier von ist die Achte Altersberichts-kommission überzeugt. Die Kommission sieht in der Pandemie insofern einen wichtigen Weckruf: Die Digitalisierung muss in allen Bereichen des Lebens von älteren Menschen ... dringend vorangetrieben werden.

[https://www.achter-altersbericht.de/fileadmin/altersbericht/pdf/Positionspapier\\_der\\_Achten\\_Altersberichts-kommission\\_zu\\_Corona.pdf](https://www.achter-altersbericht.de/fileadmin/altersbericht/pdf/Positionspapier_der_Achten_Altersberichts-kommission_zu_Corona.pdf)

*Hinweis: Die wichtigsten Aussagen und Erkenntnisse sowie die Empfehlungen aus dem Achten Altersbericht sind in einer Broschüre zusammengefasst und können als PDF-Datei unter [https://www.achter-altersbericht.de/bericht\\_heruntergeladen\\_werden](https://www.achter-altersbericht.de/bericht_heruntergeladen_werden).*



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

## ► BEAMTENRECHT

### Ex-Lehrer bleibt auf „schwarzer Liste“

Es wurde oft darüber spekuliert und getuschelt und dementiert. Offenbar gibt es sie aber doch: die „schwarze Liste“, in der Lehrkräfte geführt werden, die das Land besser nicht einstellen sollte. Sie hat sogar einen offiziellen Namen: Liste der Beschäftigungshindernisse der Schulverwaltung. Und just von dieser Liste wollte ein Lehrer einer Pfälzer Berufsschule gestrichen werden.



Foto: AdobeStock

Der Kollege hatte mit Schülerinnen übers Internet Nachrichten mit intimen und sexuellen Inhalten ausgetauscht und verlor daraufhin seinen Job. Seitdem stand er auf der „schwarzen Liste“ der Schulverwaltung. Dieser Eintrag muss nicht gelöscht werden, entschied jetzt das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Koblenz.

Wegen mehrfacher Kontakte zu Schülerinnen, mit denen er über WhatsApp intime Nachrichten gesendet hatte, war gegen den Lehrer ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Das Land warf ihm vor, das Gebot zu einem verantwortungsvollen Umgang zu den Schülerinnen schwerwiegend verletzt und das Vertrauen des Dienstherrn und der Eltern schwerwiegend zerstört zu haben. Auf eigenen Antrag wurde der Lehrer dann aus dem Beamtenverhältnis entlassen, das Disziplinarverfahren wurde eingestellt.

In der von der Schulverwaltung geführten Liste über Beschäftigungshindernisse wurde vermerkt, dass der Ex-Lehrer den Schulfrieden gestört habe und für den Schuldienst nicht geeignet sei. Die Behörde erklärte, diese Liste habe allein den Zweck, bei einer späteren Bewerbung eines Betroffenen für den Schuldienst den damit befassten Mitarbeitern einen Hinweis auf mögliche Probleme zu geben.

Der Ex-Lehrer forderte die Löschung dieser Daten. Das Verwaltungsgericht in Neustadt wies seine Klage jedoch ab. Im Berufungsverfahren bestätigte das Oberverwaltungsgericht diese Entscheidung. Solange der Kläger nicht konkret eine Bewerbung für den Schuldienst betreibt, bestehe kein Interesse an einer gerichtlichen Sachentscheidung. Auch von einer Stigmatisierung des Betroffenen könne keine Rede sein. Ein OVG-Sprecher: Alleine der Vermerk, der Kläger habe den Schulfrieden gestört und damit seine persönliche Ungeeignetheit für ein bestimmtes Amt nachgewiesen – was im Übrigen nach den Geschehnissen nicht in Zweifel zu ziehen sei –, sei im Dienstverhältnis weder ehr- noch persönlichkeitsverletzend.

Das OVG betonte zudem, die Liste diene auch der Pflicht des Landes, die Schüler nicht sehenden Auges einer Gefährdung durch für das Lehramt ungeeignetes Personal auszusetzen.

*Hr/Urteil des OVG Koblenz vom 23. Juni 2020, Az.: 2 A 10264/20.OVG*

## ► Beamtenrecht

### Gehaltszettel gründlich prüfen

Beamte trifft eine besondere Pflicht, die Höhe der ihnen ausbezahlten Bezüge zu überprüfen. Andernfalls müssen zu viel geleistete Bezüge regelmäßig dem Dienstherrn zurückgezahlt werden. Dies entschied das Verwaltungsgericht Koblenz und wies eine gegen einen Rückzahlungsbescheid gerichtete Klage ab.

Die Klägerin wurde im Jahr 2003 mit ihrer Ernennung zur Lehrerin in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 12 eingewiesen und bekam eine Stellenzulage in Höhe von 51,13 Euro. Im Jahr 2007 wurde die Kollegin zur Förderschullehrerin in der Besoldungsgruppe A 13 ernannt. Trotzdem zahlte das Land der Klägerin – von dieser unbeanstandet – die Stellenzulage bis ins Jahr 2019 weiter.

Danach forderte das Landesamt für Finanzen die überzahlten Dienstbezüge in Höhe von fast 4.000 Euro von der Klägerin vollständig zurück. Nachdem der Rückzahlungsbetrag im sich anschließenden Widerspruchsverfahren um 30 % reduziert worden war, wandte sich die Klägerin gegen den noch übrig gebliebenen Rückzahlungsbetrag mit ihrer vor dem Verwaltungsgericht Koblenz erhobenen Klage. Sie trug vor, sie habe das Geld zwischenzeitlich ausgegeben. Bereits aus diesem Grunde könnten die überzahlten Bezüge nicht zurückgefordert werden. Außerdem habe sie keine Kenntnisse im Besoldungsrecht.



Foto: AdobeStock

Dem folgte das Verwaltungsgericht Koblenz nicht und wies die Klage ab. Die Verwaltungsrichter folgten der Auffassung des Landes, wonach es zu den Sorgfaltspflichten eines Beamten gehöre, die Bezüggemittelungen bei besoldungsrelevanten Änderungen im dienstlichen oder persönlichen Bereich auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und auf Überzahlungen zu achten.

Gegen diese Entscheidung können die Beteiligten die Zulassung der Berufung durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz beantragen.

*Hr/Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 9. Juni 2020, Az.: 5 K 1371/20.KO*



## Neue Realitäten. Chancen nutzen. Schule gestalten.

Im kommenden Frühjahr stehen wichtige Wahlen an: Landtagswahlen sowie Personalratswahlen. Sie können wesentliche Veränderungen im Bildungsbereich für die kommenden Jahre bringen. Der Verband Reale Bildung wird sich in den Wahlkämpfen einbringen und engagiert für die Interessen der Lehrkräfte eintreten. Die Herausforderungen sind immens, Defätismus und Zukunftspessimismus sind dennoch unangebracht. Es gilt, die Chancen des Wandels für unsere Schülerinnen und Schüler und unsere Schulen bildungspolitisch zu nutzen. Der Verband Reale Bildung wird sich bei diesen Prozessen weiterhin als wichtiger Begleiter der Lehrerinnen und Lehrer an den rheinland-pfälzischen Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zeigen.

### Neue Realitäten: Dynamik der Transformationsprozesse

Unsere Gesellschaft ist mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, die unser Zusammenleben in vielen Bereichen nachhaltig verändern werden. Es sind „Neue Realitäten“, denen wir uns stellen müssen. Die Dynamik, mit der sich vielfältige Transformationsprozesse

parallel vollziehen, ist eine Herausforderung für sich. Unsere Schulen stehen im Zentrum dieser Prozesse: Es wächst eine neue Generation heran mit ganz eigenen Bedürfnissen und Prioritäten. Erziehen und Unterrichten müssen deshalb neu austariert oder nur anders angegangen werden. Das heißt nicht, dass einmal mehr das ganze Schulsystem umgekrempelt werden muss – das war schon in der Vergangenheit der falsche Ansatz, weil es sich trotz hohen Aufwandes als wenig gewinnbringend und zielführend erwiesen hat. Wir müssen an dem festhalten (und uns teilweise auch rückbesinnen), was sich bewährt hat. Und wir sollten uns von dem lösen und befreien, was uns nicht voranbringt – vor allem von überholten Bildungsideologien („Eine Schule für alle“).

### Schulen sind gefragt

Es ist unvermeidlich, dass sich die Schulen dem gesellschaftlichen Wandel, den damit einhergehenden Herausforderungen und Konflikten stellen müssen. Der Wandel ist real, er ist da und kann nicht ausgesessen werden. In unseren Schulen kommt all das zusammen. Und wir müssen uns deshalb wichtige Fragen stellen:

**Wie bereiten wir junge Menschen auf die Erfordernisse der modernen Arbeitswelt vor?**

**Wie sensibilisieren wir Schülerinnen und Schüler für einen reflektierten Umgang mit digitalen Endgeräten?**

**Wie schützen wir Kinder und Jugendliche vor den Verführungen und Fehlleitungen der sozialen Medien?**

**Wie wappnen wir Mädchen und Jungen gegen Hass und Hetze im Internet?**

**Wie begünstigen wir die Entwicklung einer demokratischen Streitkultur, bei der die Gegenseite nicht existentiell in Frage gestellt wird?**

**Wie gelingt es uns, die vielfältigen Lebensentwürfe durch einen gesellschaftlichen Wertekonsens zusammenzuhalten?**

Viele dieser Fragen beschäftigen uns längst in den Schulen, Lösungen müssen aber immer wieder neu verhandelt werden.

#### Politik ist gefragt

Schulen sind gefragt und gefordert, sie müssen aber auch unterstützt werden. Deutschland investiert im internationalen Vergleich zu wenig in Bildung, also in die Zukunftsressource schlechthin. Die Corona-Krise hat die Schwachstellen schonungslos offengelegt, die nun mit neuer Wucht aufschlagen. Die Schulen sind für die skizzierten Herausforderungen noch nicht ausreichend gewappnet. Es gibt keine Erkenntnisprobleme, nur einen Mangel an politischer Bereitschaft, die Herausforderungen beherzt und nachhaltig anzugehen.

Zur Schwächung der Schulen führen auch die ständigen Schuldebatten, die Umbauten und Experimente in den Schulsystemen, die besonders nach den Landtagswahlen registriert werden. Viel zu lange leisten wir uns ideologisch motivierte Diskussionen über das Bildungssystem.

#### Chancen nutzen. Schule gestalten.

Als VRB sagen wir es ganz selbstbewusst: Die Realschulen plus und die Integrierten Gesamtschulen sind auch in Zukunft wichtige und unverzichtbare Schularten. Hier werden die hochspezialisierten Fachkräfte von morgen

schulisch ausgebildet. Mit ihren Bezügen zur Berufswelt, z. B. auch über die Wahlpflichtfächer, bieten diese Schularten vielfältige Orientierung. Die Absolventinnen und Absolventen wissen viel über ihre Kompetenzen und Stärken und nähern sich zielgerichtet der Berufs- und Studienwelt. Die hohen Abbruchsquoten in den Ingenieursstudiengängen, aber auch in den anderen Studiengängen belegen, dass diese Orientierung angesichts der Vielfalt neuer Berufs- und Studienfelder dringend geboten ist. Viele Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen haben sich diesem Verständnis ihres Bildungsauftrages verschrieben und sich erfolgreich auf dem Bildungsmarkt als regionale Marke platziert. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich stetig weiterzuentwickeln. An jenen Standorten, wo die Akzeptanz noch nicht hinreichend gegeben ist, muss die erforderliche Unterstützung gewährleistet sein.

#### Neue Realitäten. Chancen nutzen. VRB unterstützen.

Der Verband Reale Bildung ist seinem Grundverständnis nach eine undogmatische Interessenvertretung der Lehrkräfte in Realschulen plus wie Integrierten Gesamtschulen. Wir ziehen aus den Erfahrungen und Erkenntnissen der schulischen Praxis und gesellschaftlichen Gegenwart Rückschlüsse und leiten daraus unsere Forderungen ab. Unser Blick ist in die Zukunft gerichtet, eine rückwärtsgewandte oder ideologiegeleitete Interessenvertretung bringt unsere Schülerinnen und Schüler und unsere Kolleginnen und Kollegen nicht weiter. Nichtsdestotrotz müssen auch alte Baustellen endlich angegangen werden.

Im VRB engagieren sich Lehrkräfte, die sich der schulischen Praxis verpflichtet fühlen. Schule soll gelingen. Das ist unsere Grundmotivation, uns ehrenamtlich für unsere Schulen und unsere Kolleginnen und Kollegen in den Personalvertretungen einzusetzen. Wir stellen uns den „Neuen Realitäten“ und wollen die damit verbundenen „Chancen nutzen“. Wir fordern seitens der Landesregierung ein, was für ein zukunftsfestes Bildungssystem erforderlich ist.



Michael Eich  
michael.eich@vrb-rlp.de



# Das VRB-Team IGS legt Forderungskatalog vor

## Einstellungschancen und Arbeitsbedingungen verbessern

Unser IGS-Team hat dem Landeshauptvorstand Positionen und Forderungen vorgestellt, die sich unter anderem aus der Arbeit der IGS-Stufenvertretungen ableiten und als Leitlinien verabschiedet wurden.

Unser VRB-Team IGS sieht die Lerngruppengrößen als einen entscheidenden Indikator für einen gelingenden Unterricht. Die Notwendigkeit einer Senkung der Messzahlen leitet sich nicht erst infolge der Corona-Erfahrungen ab, sondern auch aus den arbeitsspezifischen Grundbedingungen einer IGS.

Heterogenität verlangt ein hohes Maß an Leistungs- und Neigungsdifferenzierung, aber auch Handlungsdifferenzierung. Diese werden in großen Lerngruppen erschwert beziehungsweise sind dort kaum möglich. Neigungsdifferenzierung, aber auch Handlungsorientierung, sind zentrale Elemente einer realen Bildung. Kleinere Lerngruppen führen zur Stärkung der realen Bildung.

Schulen benötigen ein besseres Netzwerk multifunktionaler Unterstützungssysteme: Wir erachten einen Ausbau der Schulsozialarbeit auf mindestens drei Schulsozialarbeiter in der Sekundarstufe I als geboten. Schwerpunktschulen benötigen pro Jahrgang wenigstens eine Förderschullehrkraft. Dies ist eine Grundvoraussetzung für ein Gelingen der Inklusionsbemühungen. Darüber hinaus benötigen die Schulen Unterstützung durch Schulbegleiterinnen und Schulbegleitern bzw. Integrationshilfen, die bei kurzfristigem Bedarf – unabhängig von den Beeinträchtigungen der Schwerpunktschülerinnen und -schüler – diese im Unterricht begleiten können.

Wir fordern deutlich verbesserte Einstellungschancen für Realschullehrkräfte. Die meisten Integrierten Gesamtschulen im Land sind bis zur Oberstufe ausge-

### Das VRB-Team IGS



**Marlies Kahn**  
IGS Salmthal



**Christoph Schneider**  
IGS Ludwigshafen-Edigheim



**Regina Bollinger**  
IGS Deidesheim-Wachenheim



**Katharina Bitz**  
IGS Grünstadt



**Jutta Okfen**  
IGS Salmthal



**Andreas Stegmann**  
IGS Selters

baut. Die IGS hat ein eigenes Profil. In der IGS treffen die Expertisen aller Lehrämter zusammen. Hier werden Schülerinnen und Schüler auf ganz unterschiedliche Abschlüsse vorbereitet. Daraus folgt ein erhöhter Bedarf der IGS an Lehrkräften mit Lehramtsbefähigungen für die Realschule plus.

Das VRB-Team fordert eine spürbare Senkung der Unterrichtsverpflichtung. Die Anforderungen und Arbeitsbelastungen steigen stetig. In der IGS summiert sich die spezifische Arbeitsbelastung auch vor dem Hintergrund eines hohen Bedarfs an Absprachen und gemeinsamen Planungen. Zudem erfordern Beratungen und Gespräche in Form von „Runden Tischen“ mit Jugendämtern, Tagesgruppen oder anderen pädagogischen Einrichtungen einen erheblichen Zeitaufwand.

Gute und intensive Gespräche brauchen Zeit und kosten Kraft. Bezogen auf die Vorgaben zur Durchführung der Schüler-Eltern-Lehrkräfte-Gespräche sieht das Team IGS zwei volle Unterrichtstage als angemessene Freistellung von Unterrichtsverpflichtungen.

Das VRB-Team IGS stößt eine schulorganisatorische Änderung mit Blick auf das 13. Schuljahr an und fordert aus pädagogischen und organisatorischen Gründen drei volle Schuljahre für die Klassenstufen 11–13.

In den Blick zu nehmen ist auch die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich der Differenzierung, vor allem der Binnendifferenzierung. Hier gilt es, die Angebote besonders für Berufseinsteiger zu intensivieren, um ihnen einen bestmöglichen Einstieg in das Arbeiten an einer IGS zu ermöglichen.

Die Arbeitsgruppe IGS ist eine offene Arbeitsgruppe. Die Bezirksvorstände ermutigen Kolleginnen und Kollegen, die an der IGS unterrichten, sich in der Arbeitsgruppe zu engagieren.

# Michael Eich

## Er hat auch noch einen grünen Daumen ...

Ein Portrait von Monika Antoni



Wer Michael Eich kennt, weiß, dass er in ihm einen kompetenten Ansprechpartner zu Fragen rund um das Thema Schule findet. Der Vorsitzende des Hauptpersonalrates (HPR) „Realschule Plus“ und Schulleiter in Edenkoben hat aber noch andere Facetten. Er ist ein Familienmensch und arbeitet leidenschaftlich gerne und nachhaltig in seinem Garten – Parallelen und Ausgleich zu seiner beruflichen Tätigkeit nicht ausgeschlossen.



**M**ichael Eich nimmt sich immer zuerst selbst in die Pflicht, bevor er mit Erwartungen an sein Umfeld tritt. Denn er möchte authentisch bleiben. Und Humor gehört bei ihm dazu: „Ich lache auch gerne über mich selbst, diesen Humor kann ich vertragen!“

### Freitag ist HPR-Tag.

In wöchentlichen Online- oder realen Sitzungen im Bildungsministerium in Mainz werden die Anliegen, aber auch langfristige Ziele der an Realschulen plus unterrichtenden Lehrkräfte zusammen mit den Vertretern von VBE und GEW erörtert, Ansprechpartner in- und außerhalb des Ministeriums kontaktiert und Lösungen angedrückt und vorangebracht.

Einmal wöchentlich gibt es seit Beginn der „Corona“-Pandemie einen weiteren Fixpunkt, den Michael Eich als Vorsitzender des HPR wahrnimmt: Eine Telefonkonferenz mit der Bildungsministerin und/oder dem Staatssekretär, an der neben den Abteilungsleitungen des Ministeriums, die Vorsitzenden aller HPR-Vertretungen der Schulen in Rheinland-Pfalz teilnehmen.

Hier werden Rückmeldungen zu positiven Entwicklungen in der Krise gegeben, aber auch Nachsteuerungen eingefordert.

### VRB im HPR

In den Personalvertretungen, sowohl auf Bezirks- als auch Landesebene arbeiten die Vertreter der DBB-Lehrerverbände VBE und VRB eng zusammen. Neben Michael Eich, dem Vorsitzenden im Hauptpersonalrat der Realschulen plus, vertreten auch Saskia Tittgen und Timo Lichtenthäler dort den VRB.

„Die Position der Realschule plus wurde gestärkt“, so formuliert der Vorsitzende sein klares und selbstbewusstes Statement zu der Arbeit in der laufenden Legislaturperiode. „Wenn auch“, so räumt Eich ein, „sich nicht alles auf einmal zum Guten bringen lässt, aber so funktioniert Politik eben nicht.“

Dennoch kann der Einfluss des HPR an diversen Entscheidungen belegt werden:

- So konnte bei der Mehrarbeitsverordnung erreicht werden, dass ältere Lehrkräfte ihre Zustimmung zur Mehrarbeit

geben müssen, was den Schulen noch Raum zum Gestalten und Abmildern von Härten gibt.

- Durch das Dringen auf kontinuierliche Einstellungen von Kolleginnen und Kollegen an Realschulen plus, konnte die Personalversorgung verbessert werden, auch wenn die Personalreserven noch ausbaufähig sind.
- Die Info-Kampagne der Landesregierung zur Stärkung der Realschule plus zeigt, dass durch die dauernde Überzeugungsarbeit die Bedeutung dieser Schulart ins Bewusstsein der in Rheinland-Pfalz politisch Verantwortlichen gerückt worden ist.
- Es wurde verhindert, dass es durch die neue „Dienstordnung für Lehrkräfte und Schulleitungen“ zu neuen Belastungen aufgrund der Ausweitung von Aufgaben kommt.
- Die Angleichung der Anmeldezeiträume aller Schularten in der Schulordnung löste die Realschule plus aus ihrer benachteiligten Position.



- Schon vor Corona setzte sich der HPR massiv für die Digitalisierung von Schule ein. Seine Forderungen nach digitalen Endgeräten – nicht nur für jedes Kind, sondern auch für die Unterrichtenden – nach sinnvollen Fortbildungsangeboten und guter Ausstattung der Schulen mit digitalem Know-how, sowie einer professionellen Betreuung der Technik, formulierte die Personalvertretung immer wieder.
- Zusammen mit dem Pädagogischen Landesinstitut wurde eine Expertenrunde initiiert, um die Bedürfnisse von Realschulen plus bei Weiterbildungsangeboten stärker zu fokussieren und bei der personellen Ausstattung des Institutes deutlicher zu berücksichtigen.

Das Fazit des HPR-Vorsitzenden: „Dass im HPR Menschen mitgestalten und ihren Einfluss einsetzen, die aus der Praxis kommen, erhöht die Glaubwürdigkeit dieses Gremiums. Auch die Bildungsministerin hört bei unseren Argumenten genau hin. Sicherlich können die Wege manchmal langwierig sein, aber häufig tragen die Resultate aus dem Ministerium unseren Feinschliff.“

### Zukunftsfest und gleichwertig

Jede Schule braucht eine funktionierende digitale Infrastruktur. Doch es gibt keine pauschale Lösung. Glasfaserleitungen, problemloser WLAN-Zugang, Endgeräte und eine externe Betreuung dieser Technik sollten selbstverständlich sein. Eich warnt aber davor zu glauben, dass mit der Schaffung dieser Standards Rheinland-Pfalz im Bildungssektor international vergleichbar wäre.

Ein hierarchisches Denken im Bildungskontext hält der Pädagoge für überholt. Im Bewusstsein unserer Gesellschaft muss die Gleichwertigkeit von realer und akademischer Bildung und damit die Äquivalenz aller Schularten und Bildungsgänge verankert werden.

Ideologien und pädagogische Moden, die keinen Mehrertrag darstellen, müssen entgegnet werden. Dogmatikern darf nicht das Feld überlassen werden. Was Schule braucht, sind Praktiker. Jedes Kind sollte in seiner Situation, mit seinen Talenten individuell betrachtet werden und dabei die notwendigen Hilfestellungen erfahren. Michael Eich spricht sich deutlich gegen eine Schule für alle aus.

Das Denken, dass Realschule plus eine Sackgasse ist, muss aus den Köpfen raus. Dem VRB ist es immens wichtig, die Chancen, die Realschule plus als eine zukunfts- und aufstiegsorientierte Schule bietet, klar zu benennen. Eich verweist dabei auch auf die an die Realschulen plus angegliederten Fachoberschulen, die ihre Absolventinnen und Absolventen für ganz unterschiedliche Berufswege vorbereiten.

Die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen basiert auf gewachsenen Beziehungen und heterogener Ansprache. Dieses individuelle Fördern und Fordern braucht Zeit. Daher fordert Michael Eich, dass die Unterrichtsverpflichtung reduziert werden muss, um diese Freiräume zu schaffen. Auch die Klassenmessen müssen reduziert werden, um in kleineren Klassen den Bedürfnissen der einzelnen Schülerinnen und Schülern gerecht werden zu können.

Zudem muss es eine spürbare Entlastung der Schulleitung und eine Diversifizierung der Aufgaben geben, um so den gewachsenen Ansprüchen an Schulleitung Rechnung zu tragen und die Schulleitungsfunktionsstellen wieder attraktiv zu machen.

All dies noch umzusetzen, ist für Michael Eich Motivation, weiterhin in Mainz dafür zu kämpfen.

### Seine Wünsche für die Schule in Zukunft

- Den einzelnen Schulen darf mehr zuge-  
traut werden. Freiräume und Autonomie, um das eigene Schulprofil zu entfalten, sollen mit den dafür benötigten Ressourcen selbstverständlich sein. Der



## Sein Yoga heißt Rasenmähen

In seiner Heimat Berg – im Landkreis Germersheim nahe der französischen Grenze – hat Michael Eich für sich und seine Familie ein „grünes Paradies“ geschaffen. In der Nähe seines Gartengrundstücks fließt die Lauter vorbei, direkt hinter seinem Garten ist auch ein kleiner Auwald entstanden. Mit seinen beiden Töchtern hat der begeisterte Gärtner Nistkästen gebaut und Futterstellen für seine gefiederten Freunde – dazu zählen Stare, Spechte, Kleiber, Meisen, Grünfinken, Rotkehlchen und Kernbeißer – eingerichtet.

Ein selbstgezimmertes Insektenhotel bietet ein Zuhause für die fleißigen Bestäuber der Blumen und Obstbäume. In diesem Jahr hat sich der Mann mit dem grünen Daumen zum ersten Mal am Ausbringen von Mangold und Kartoffeln versucht.

Seine absolute Leidenschaft in der grünen Oase ist das Mähen der großen Grünfläche, dies ist sein Ausgleich, sein Yoga.

Und noch etwas möchte er auf keinen Fall missen: die Gespräche mit den Nachbarn am Gartenzaun.

Mut, Schulen auch machen zu lassen, muss wachsen.

- Die Zeit für Zuwendung, Unterricht und Bildung muss das zentrale Element von Schule sein.
- Aus der Praxis für die Praxis. Ich kämpfe weiter dafür, in der Schule zu bleiben. Denn die Arbeit im Hauptpersonalrat funktioniert nur, wenn der Bezug zur Schulpraxis nicht verloren geht.



Monika Antoni  
monika.antoni@vrbrlp.de

► IM INTERESSE DER SCHULEN UND DER LEHRKRÄFTE

# Erfolge sind die schönsten Momente

Nicole Weiß-Urbach im Gespräch mit Benjamin Bajraktari



**Benjamin Bajraktari hat den Generationenwechsel im Verband Reale Bildung vor vier Jahren miterlebt und Verantwortung übernommen. Im Bezirk Koblenz legt er als Vorsitzender besonderen Wert auf den Kontakt zur „Basis“. Mit Elan setzt er auch seine Aufgaben als Vorsitzender des Bezirkspersonalrates „Realschulen plus“ bei der ADD Trier für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen um. Ihn zeichnen sein Einsatz und sein stets offenes Ohr für die Belange der Lehrkräfte an den Schulen aus. Diesen Eindruck hat Nicole Weiß-Urbach in einem Interview gewonnen, in dem sie auch den Versuch macht, den Menschen hinter den Ämtern und Funktionen sichtbar zu machen.**

## Selbstbild

Ich habe eine positive Grundeinstellung und lache gerne. Ich bin ein geselliger, kontaktfreudiger Mensch, der auf andere zugeht, zuhört und bei Bedarf gerne hilft. Meine Meinung sage ich offen und stehe zu meinen

Entscheidungen, scheue mich aber auch nicht, unangenehme Entscheidungen zu treffen. Ich halte mich für sportlich, nicht nur, weil ich Sportlehrer bin.

## Anfänge im Verband

Aufmerksam auf den Verband wurde ich schon im Studium durch einen VDR-Ausbildungsleitfaden „Dein Weg in den Vorbereitungsdienst“, den ich überaus hilfreich fand. Die nächsten Kontakte waren an der RS plus Dierdorf, an der ich über Vertretungsverträge angestellt war; und dann an der Realschule plus Neustadt/Wied, an der ich auch meinen Vorbereitungsdienst absolviert habe. Dort habe ich den Delegierten der Schule und seine Arbeit vor Ort kennengelernt.

Den entscheidenden Kontakt bekam ich als Anwärter durch eine Verbandsveranstaltung für die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter im Bezirk Koblenz. Dort lernte ich den damaligen Bezirksvorsitzenden und jetzigen Landesvorsitzenden, Timo Lichtenthäler, kennen und viele andere Mitglieder aus dem Bezirksvorstand, mit denen ich noch heute zusammenarbeite. Ich habe mich

schon während dieser Veranstaltung sehr wohl gefühlt. Dann wurde ich gefragt, ob ich als Ansprechpartner für die Lehramtsanwärter im Bezirk Koblenz fungieren wollte – eine Tätigkeit, die ich gerne übernahm.

### Erste Aufgaben im erweiterten Bezirksvorstand Koblenz

Als Ansprechpartner für die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter beriet ich sie oder vermittelte sie bei rechtlichen Fragen weiter an erfahrene Verbandsmitglieder wie Erwin Schneider, Timo Lichtenthäler oder Wilfried Rausch. Eine Vernetzung zwischen dem Verband und Personalräten vor Ort war sofort gegeben. Und einer der Bereiche, für die ich verantwortlich war, war insbesondere die Betreuung der jungen Lehrkräfte und ihr Einstieg ins Berufsleben.

### Schwerpunkte und Ziele bei der Arbeit im VRB-Bezirk Koblenz

Im Verband zu arbeiten, auch als Bezirksvorsitzender, ist ein Ehrenamt, und in diesem ist mir besonders wichtig, dass man in einem Miteinander versucht, andere Menschen zu unterstützen und zu stärken. Ich setze mich für die Zukunftsperspektiven frisch ausgebildeter Junglehrkräfte und für auch Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ein, die möglichst schnell in eine Festanstellung wollen. Natürlich möchte ich auch die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte, die schon lange im System sind, optimieren.

### Im Fokus: Die Arbeit mit den Delegierten vor Ort an den Schulen

Die Delegierten sind die direkten Ansprechpartner für die Lehrkräfte vor Ort. Sie nehmen eine Schlüsselrolle ein, denn von ihnen bekommen wir wichtige Impulse und Informationen für unsere Verbandsarbeit. Die Delegierten bilden ein großes Netzwerk, das flächendeckend unsere große Schullandschaft abbildet.

### Die typische Arbeitswoche als BPR-Vorsitzender, Kommunalpolitiker und Familienvater

Meine Arbeitswoche umfasst ein breites Feld. Es reicht vom Vorsitzenden im Bezirkspersonalrat bis hin zum Kommunalpolitiker – ich engagiere mich ja beispielsweise im Gemeinderat. Insbesondere meine Tätigkeit im Bezirkspersonalrat fordert mich.

Das ist für mich alles nur möglich, weil ich drei Dinge beachte:

Erstens organisiere ich mich und meinen beruflichen Alltag mit den vielen Terminen und Gesprächen sehr sorgfältig. Zweitens ist für mich die Unterstützung durch meine Mitmenschen maßgebend, allen voran die Unterstützung meiner Frau und meiner Familie, außerdem die meiner Kolleginnen und Kollegen im Bezirkspersonalrat oder im Bezirksvorstand und im Landesvorstand des Verbandes. Drittens müssen getroffene Absprachen verlässlich und verbindlich sein. So kann man viele verschiedene Aufgaben in einen Tag hineinpacken und ar-

beitet effektiv. Nur im Miteinander funktioniert meine Arbeitswoche und bereitet mir viel Freude.

### Freizeit und Zeit für Hobbys

Mittlerweile nehme ich mir ganz bewusst die Zeit für Hobbys. Ich treibe dreimal pro Woche Sport. Für mich persönlich ist auch die Zeit wichtig, die ich mit meinen Kindern verbringe. Die Zeit mit der Familie hat für mich eine große Bedeutung.

### Die Anfangszeit im Bezirkspersonalrat

Die erste Zeit dort war für mich spannend und hochinteressant, aber auch extrem arbeitsintensiv. Ich lernte landesweit Menschen kennen, nicht nur Personalräte oder Schulleitungen, sondern auch die Schulaufsicht und Personen aus Politik, Industrie und Handwerk. Ich wollte wissen, wie Schule funktioniert, über den Tellerrand schauen und Zusammenhänge verstehen. Im Laufe der Jahre habe ich mich immer weiter eingearbeitet, durfte umfangreiche, auch schwierige Beratungsgespräche in allen Konstellationen begleiten und führen. In rechtlichen Grundlagen wurde ich durch den damaligen BPR-Vorsitzenden Erwin Schneider hervorragend geschult.

### Herausforderungen in der Vorsitzendenrolle

Als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats ist man in der Außenwirkung sehr präsent und vertritt immer das ganze Gremium. Diese Rolle ist attraktiv, aber auch herausfordernd, denn man muss vorrangig die Interessen und Bedürfnisse aller Lehrkräfte und der Schulleitungen im Blick haben. Diese unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen, ist nicht leicht. Diplomatie ist gefragt. Es ist im Gremium nicht immer einfach, unterschiedliche Sichtweisen zu bündeln, um beste Ergebnisse für die Schulen zu erreichen. Das gilt auch für die Aufgabe, mit der Dienststelle Sachverhalte aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu verhandeln und dazu beizutragen, einen Konsens zu erreichen. Diskussionen können gerne





auch mal kontrovers geführt werden, aber letztendlich muss man sach- und zielorientiert nach Ergebnissen suchen.

#### „Fair im Umgang, aber hart in der Sache“

Vor allen Dingen lege ich Wert auf einen wertschätzenden, fürsorglichen Umgang miteinander. Es gibt Spielregeln für ein Gespräch, die unabdingbar sind für einen konstruktiven Verlauf. Mir ist klar geworden, dass die Rolle der Personalvertretung den meisten Lehrkräften vor allem dann bewusst wird, wenn sie Hilfe brauchen. Oft setzen wir im Bezirkspersonalrat die richtigen Akzente, oder wir zeigen Alternativen auf, was den Kolleginnen und Kollegen vor Ort an den Schulen hilft.

Es gibt allerdings auch eine Aufgabe des Vorsitzenden, die manchmal weh tun kann, nämlich deutlich Flagge zu zeigen, den Finger zu heben und auch mal zu sagen „So geht’s nicht.“ Das mache ich dann auch!

#### Zusammenarbeit im Gremium

Unsere Kooperation mit den VBE-Vertretern gelingt gutl. Ich setze hierbei zuallererst auf eine loyale Zusammenarbeit. Die ist erfolgreich und gewinnbringend.

Rückblickend, aber auch mit Blick in die Zukunft möchte ich hinsichtlich der Zusammenarbeit aller Interessenvertretungen von einem Mehrgewinn sprechen. Wichtig war und ist der Austausch mit allen Verbänden und Gewerkschaften über das Gremium hinaus. Wir müssen unsere Energie in der Suche nach Lösungen für die Beschäftigten bündeln.

#### Gewinn und Erfolge beim Engagement im VRB

Das Wichtigste im Bezirk Koblenz war nicht der sachliche Input, den ich durch diese Arbeit erhalten habe, sondern es war die familiäre und freundliche Aufnahme in diesen Verband.

Ich schätze von jeher die persönliche Weiterentwicklung durch die Verbandsarbeit, die durch den internen Umgang und Austausch, also durch ein menschliches Miteinander entsteht. Es macht mir Spaß, das so erworbene Wissen zu kommunizieren und zu verbreiten. Ich erinnere daran, wie wir mit unseren Aktionen im Land versucht haben, die Lehrkräfte von der Straße zu holen oder die Weiterbeschäftigung von Lehrkräften mit Vertretungsverträgen über die Sommerferien zu erreichen. Wir haben, und das hat lange gedauert, gemeinsam mit den Studienseminaren auch erreicht, dass die Lehramtsanwärter im Interesse einer guten Ausbildung nicht mehr zum Vertretungsunterricht herangezogen werden.

Wir sind ein ehrenamtlicher Service-Leister, so nenne ich uns jetzt mal, die mit Leidenschaft agieren, und genau so will ich die Verbandsarbeit auch weiterleben.

#### Wünsche für die Schulen

Zunächst wünsche ich mir einen technischen Assistenten und eine Vollpauschale statt der Drittelpauschale zum Ausgleich der vielfältigen außerunterrichtlichen Belastungen. Ich wünsche mir Verwaltungsfachkräfte für die Schulen, die nicht aus den Anrechnungsstunden der Schulleitung bezahlt werden und der gesamten Schulgemeinschaft als Experten zur Verfügung stehen, die wirklich Entlastung schaffen. Es sollte einen Anrechnungsschlüssel für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie geben. Ich wünsche mir Planungssicherheit für die Lehrkräfte und für die Schulleitungen, aber auch für die Schülerinnen und Schüler.

#### Wünsche für unsere Lehrkräfte: Wertschätzung!

Die Lehrkräfte leisten viel, sind engagiert. Anerkennung und Wertschätzung für ihre Arbeit sind ganz wichtige Aspekte der Motivation und auch ein Stück weit der Selbsterfüllung.



**Nicole Weiß-Urbach**  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



**Bianda Bajraktari**

## Verband Reale Bildung fordert eine schützende Unterrichtsorganisation

**Die Corona-Fallzahlen schießen auch in den pädagogischen Einrichtungen in die Höhe. Der Verband Reale Bildung (VRB) blickt mit großer Sorge auf die Schulen, die zunehmend positiv getestete Schüler und Lehrkräfte vermelden.**

„Wir dürfen nicht zulassen, dass Schulen in den Lockdown schlittern. Achtsamkeit und Verantwortung erfordern unmittelbares Handeln“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Der Verband Reale Bildung unterstützt zwar die Einstellung der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit und die Entscheidung der Politik, dass der Schulbetrieb generell weiterlaufen soll. „Wir können aber unsere Schulen nicht weiterhin in der aktuell praktizierten Organisationsform gestalten“, so der VRB-Chef.

Der VRB fordert eine Kombination zwischen Präsenzunterricht und Fernunterricht für alle Klassenstufen. Dieser Modus soll bis

zu den Weihnachtsferien durchgeführt werden. Als Begleiteffekt würden, so der VRB, auch die hohen Beförderungszahlen bei der Benutzung von Zügen und Schulbussen reduziert. „Es ist nicht verantwortbar, von der Gesellschaft Abstandsregeln zu fordern und gleichzeitig die gebotenen Abstandsregeln auf dem Weg und in den Schulen faktisch außer Kraft zu setzen“, so Lichtenthäler. Immer mehr Lehrkräfte seien gezwungen, sich in Quarantäne zu begeben. So sei der Unterrichtsausfall ohnehin schon gravierend hoch. „Eine schützende Unterrichtsorganisation, bestehend aus Präsenz- und Fernunterricht, ist besser als ein drohender Unterrichtskollaps, der nicht nur schulische Bildung, sondern auch soziale Begegnungen auf Null reduziert“, mahnt Lichtenthäler in Richtung Landesregierung. Die parallele Vorbereitung von Präsenz- und Fernunterricht erfordere einen erheblichen Mehraufwand.

Der VRB fordert, diesen in einem Arbeitszeitkonto zu dokumentieren und auszugleichen.

# AHA+L + Szenario 2



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**in unseren aktuellen Pressemitteilungen fordern wir, dass Schutzmaßnahmen für den Alltag auch an den Schulen ankommen müssen.** Die AHA+L Regel ist ein wichtiger Bestandteil im schulischen Alltag geworden. Wir halten diese Maßnahmen für nicht ausreichend und kritisieren, dass die Landesregierung unserer Forderung nach Umsetzung des Szenarios 2 bislang nicht nachgekommen ist. **Der Wechsel zwischen Präsenz- und Fernunterricht würde angemessene Unterrichtsbedingungen gewährleisten.**

Der Verband Reale Bildung wird gegenüber den politischen Entscheidungsträgern beharrlich auf einem besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz für unsere Lehrkräfte bestehen.

*Timo Lichtenthäler*  
Landesvorsitzender

*Saskia Tittgen*  
Bezirksvorsitzende  
Neustadt

*Bengjamin Bajraktari*  
Bezirksvorsitzender  
Koblenz

*Christoph Krier*  
Bezirksvorsitzender  
Trier



Foto: AdobeStock

## Entscheidungsmöglichkeiten zur Beihilfe

### Ein wichtiger Hinweis für alle, die vor einer Verbeamtung stehen

Angehende Beamtinnen und Beamte in Rheinland-Pfalz schließen in der Regel eine private Krankenversicherung ab. Sie erhalten ergänzend von ihrem Dienstherrn, das ist bei Lehrkräften das Land Rheinland-Pfalz, Beihilfen im Krankheitsfall. Beihilfefähig sind nur die „notwendigen Aufwendungen in angemessenem Umfang“. Bei stationären Behandlungen in zugelassenen Krankenhäusern sind die allgemeinen Krankenhausleistungen beihilfefähig. Das gilt unter bestimmten Voraussetzungen auch bei Aufwendungen für darüber hinaus gehende sogenannte Wahlleistungen. Dazu ist allerdings einiges zu beachten.

#### Beihilfe: Entscheidungsrecht für Wahlleistungen

Alle, die vor einer Verbeamtung stehen, sollten sich mit der Entscheidung bezüglich ihrer Wahlleistungen auseinandersetzen. Dieses Recht steht jedem dreimal im Laufe des Beamtendaseins zu. Vor der Einstellung ins Beamtenverhältnis auf Widerruf, bei Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe und bei Umwandlung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit kann jeweils der Wahlleistungsanspruch innerhalb von drei Monaten erklärt werden. Diese Erklärung kann zwar jederzeit widerrufen werden, jedoch ausschließlich zu den skizzierten Wegmarken veranlasst werden.

Diese Erklärung gilt gleichzeitig als Einverständnis für die Zahlung eines Betrages von 26 Euro monatlich, der von den Bezügen einbehalten wird.

#### Was sind Wahlleistungen?

Die Wahlleistungen beziehen sich auf Leistungen im stationären Bereich von Krankenhäusern, die das Krankenhausentgeltge-

setz oder die Bundespflegesatzverordnung anwenden. Mit den Wahlleistungen werden neben den allgemeinen Krankenhausleistungen eine bessere Unterkunft (z. B. Zweibettzimmer) und eine Behandlung durch bestimmte Ärzte (z. B. Chefarztbehandlung) angeboten. Mit der Zustimmung zu den Wahlleistungen werden auch Rechnungen für Untersuchungen beglichen, die ein Chefarzt anordnet. Diese werden andernfalls nicht von der Beihilfe übernommen. Mehraufwendungen sind in dem monatlichen Beitrag von 26 Euro an die Beihilfe inkludiert.



Saskia Tittgen  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de

Quelle: Landesamt für Finanzen: Merkblatt  
Wahlleistungen im Krankenhaus (08/2018)

Link: [https://www.lff-rlp.de/fileadmin/user\\_upload/ZBVI/PDF/vordrucke/LfF18/LfF18\\_BEIH001\\_M\\_Beihilfe.pdf](https://www.lff-rlp.de/fileadmin/user_upload/ZBVI/PDF/vordrucke/LfF18/LfF18_BEIH001_M_Beihilfe.pdf)

# Wie baue ich ein Elterngespräch auf?



„Gut, dass Sie endlich zum Gespräch kommen. Ich komme direkt auf den Punkt, ich bin ohnehin schon in Zeitverzug. Ihr Kind kommt ständig ohne Arbeitsmaterial in die Schule. Bei dreißig Kindern in der Klasse kann ich nicht ständig nach Ihrem Kind schauen. Es muss zumindest sein Material mitbringen und nicht noch freche Antworten geben. Da frage ich mich manchmal, welche Werte Sie Ihrem Kind Zuhause vermitteln. Oder sind Sie damit überfordert, Ihr Kind in die Schranken zu weisen?“

Mit diesen oder ähnlichen denkbar ungünstigen Eröffnungssätzen sind alle Chancen auf ein für beide Seiten hilfreiches Gespräch bereits zu Beginn zunichtegemacht. Wie aber kann ein Elterngespräch zielführend und gewinnbringend geleitet werden? Grundsätzlich sollte jedes Elterngespräch gut vorbereitet sein. Neben der eigenen Vorbereitung, die unerlässlich ist, bietet es sich an, über einen Vorbereitungsbogen für Eltern und Schülerinnen und Schüler nachzudenken. Unabhängig vom Gesprächsanlass sollte die gegenseitige Wertschätzung zum Ausdruck gebracht werden und das Gespräch sachlich und höflich geführt werden. Egal was passiert, bleiben Sie sachorientiert und konstruktiv!

## Gute Atmosphäre schaffen

Bereits vor dem ersten Elternsprechtag erscheint es sinnvoll, sich den Eltern zum Beispiel durch einen kleinen Brief vorzustellen. So ist die erste Kontaktaufnahme nicht problembehaftet und erleichtert das erste persönliche Kennenlernen. Planen Sie das Zimmer vor dem Erscheinen der Eltern, stellen Sie genügend Stühle bereit und platzieren Sie sich selbst nicht hinter dem Pult. Dadurch baut man Barrieren ab und stärkt den Gedanken der Erziehungspartnerschaft. Begrüßen Sie die Erziehungsberechtigten an der Tür und bieten Sie Ihnen einen Platz an. Gegebenenfalls stellen Sie sich erneut vor.

Bei direkten Vorwürfen bewahren Sie Ruhe! Vermitteln Sie Ihrem Gegenüber, dass das heutige Gespräch ja ein gemeinsames Ziel hat, nämlich die Vorwürfe aufzuarbeiten, und dem Kind in der Schule und ggf. zuhause die angemessene Unterstützung zu bieten.

## Gesprächsführung übernehmen

Übernehmen Sie von Beginn an die Gesprächsführung, indem Sie den Anlass des

Gesprächs zusammenfassen, den Zeitrahmen abstecken und den Ablauf erklären. Die Vorgabe des Zeitrahmens ist besonders wichtig, damit auch die Eltern auf jeden Fall ihre Anliegen zum Ausdruck bringen können. Versichern Sie sich, dass Ihre Gesprächspartner mit dem vorgesehenen Ablauf einverstanden sind.

## Ziel festlegen

Heben Sie anfangs Positives hervor, gehen Sie erst dann auf ein mögliches Entwicklungspotenzial ein. Erläutern Sie hierfür das Verhalten oder den Leistungsstand des Kindes mit Beispielen. Beschreiben Sie die möglichen Folgen, die sich daraus ergeben. Benennen Sie Ihr vorher überlegtes Gesprächsziel und formulieren dann ein gemeinsames Ziel mit den Eltern. Gehen Sie unbedingt auf Fragen ein, unterbreiten Sie den Eltern mögliche Lösungsvorschläge, die Sie sich zuvor notiert haben und benennen Sie ggf. Ansprechpartner bei Sachverhalten, die Sie nicht selbst beantworten. Achten Sie bei den von Ihnen angebotenen Unterstützungsmaßnahmen darauf, dass sie in einem zeitlich angemessenen Rahmen stehen und auch langfristig realisierbar sind.

## Verabschiedung

Vereinbaren Sie einen neuen Termin sowie den zeitlichen Rahmen für eine Zielüberprüfung. Beispielsweise in vier Wochen informiert Sie ein Elternteil über die Fortschritte bei der Arbeit mit dem Hausaufgabenheft. Gegebenenfalls kann das Gesprächsprotokoll von den Teilnehmenden unterzeichnet werden. Beenden Sie das Gespräch, indem Sie sich erheben und Ihre Gesprächspartner zur Tür geleiten. Bedanken Sie sich für die Zeit und die gute Zusammenarbeit.



Foto: AdobeStock

*Gute Vorbereitung und Schaffung einer positiven Atmosphäre – zwei wesentliche Bausteine für eine erfolgreiche Gesprächsführung.*

Hilfen für den Schulalltag	
Elterngespräch: Vorbereitungs- und Protokollnotizen	
<b>Vorbereitung</b>	
Name der Schülerin/des Schülers, Klasse	
Gesprächsanlass	
Verhalten des Kindes (mit Beispielen)	
Leistungsstand des Kindes (mit Beispielen)	
Vorschläge, was das Kind ändern sollte	
Vorschläge, wie die Eltern ihr Kind unterstützen können	
Weitere mögliche Ansprechpartner für die Eltern	
Erwünschtes Ziel	
<b>Protokollnotizen</b>	
Datum	
Gesprächsnehmer	
Gesprächsthema	
Mögliche neue Hinweise	
Gemeinsame Zielvereinbarung mit zeitlichem Ansatz	
Neuer Termin zur Überprüfung der Vereinbarungen	
Unterschriften der Gesprächsteilnehmer (sakulativ)	

*Die Autorin hält einen Notizbogen, der an eigene Bedürfnisse angepasst werden kann, als Datei bereit. Diese kann per Mail angefordert werden.*



**Katharina Becker**  
katharina.becker@vrb-rlp.de

## Wählen ab 16?

Die Parteien sind sich uneins.  
Unsere Befragten ebenso.



Illustration: AdobeStock

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ So der gerade gewählte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969. Im Zuge dieser Forderung beschloss der Bundestag am 18. Juni 1970, das Wahlalter in der Bundesrepublik Deutschland von 21 auf 18 Jahre abzusenken. Soll man heute noch mehr Demokratie wagen? Sollen bereits 16-Jährige bei Bundestagswahlen wählen dürfen. Wir haben einige Stellungnahmen eingeholt. Das Thema eignet sich auch für den Unterricht. Ein Arbeitspapier ergänzt den vorliegenden Beitrag.

### Machtpolitisches Kalkül?

Ministerpräsidentin Malu Dreyer fordert anlässlich des 50. Jahrestages der Absenkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre: „Demokratie ist erleb- und erlernbar, je früher, desto besser. Das Wahlrecht ist ein zentrales Element politischer Teilhabe und Mitbestimmung in unserer Demokratie. Das Wahlalter mit 16 ist überfällig.“ Bundesfamilienministerin Franziska Giffey teilt diese Auffassung: „Ich bin überzeugt davon, dass junge Leute mit 16 sehr wohl in der Lage sind, eine verantwortliche Wahlentscheidung zu treffen.“ Unterstützt wird die Ministerin, so tagesschau.de vom 30. Juli 2020, von den Vorsitzenden der SPD, Grünen und Linkspartei.

Andere Parteien, so auch die CDU, vertreten eine eher ablehnende Position zum Thema „Wählen ab 16?“ – zumindest hinsichtlich einer Beteiligung an Bundestagswahlen. Die Grünen erreichen in Umfragen unter Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren im Parteienvergleich immer wieder die höchsten Ergebnisse. Machtpolitisches Kalkül dürfte folglich bei allen Parteien eine Rolle spielen.

### Stellungnahmen und Meinungsspektrum

Nachfolgende Stellungnahmen spiegeln einen Teil des allgemeinen Meinungsspektrums wider. Befragt haben wir jüngere und ältere, männliche und weibliche Personen unterschiedlicher Provenienz.



Annika Kastell (16),

### ► besucht nach ihrem Realschulabschluss die Oberstufe an einer Integrierte Gesamtschule

Das Thema Wählen empfinde ich als sehr wichtig. Wir leben in einer Welt, in der die jüngeren Generationen immer mehr mitentscheiden sollten, denn wir sind die Zukunft. Ich schätze 16 als ein durchaus reifes Alter ein. Immerhin sind wir junge Erwachsene und bald kommt das Thema Wahlen sowieso auf uns zu. Außerdem haben junge Menschen eine andere Weltsicht als die ältere Generation. Wir Jugendlichen interessieren uns für ganz andere Themen und können diese miteinbringen. Wir vertreten so die



Interessen der jungen Generation, was auch immer dafür sorgt, dass die Themenvielfalt erweitert wird. Außerdem wird auch über Anliegen aus dem Bereich der Kinder und Jugendlichen nachgedacht, wie z.B. über die Erneuerung eines Spielplatzes. Warum sollten wir also nicht mitentscheiden dürfen, wenn es um unsere Zukunft geht?

Mit 16 Jahren steht man mitten im Leben. Wir haben gelernt, Verantwortung zu tragen und unsere Entscheidungen bewusst zu treffen. Mit 16 kommen viele Herausforderungen auf uns junge Menschen zu, die wir souverän meistern können, da wir die nötige Reife entwickelt haben. Gerade erst mussten wir die Entscheidung über unseren weiteren Lebensweg treffen. Schule? Ausbildung? Jugendliche wachsen an der Aufgabe, bei politischen Themen mitreden zu dürfen. Uns wird nämlich vor Augen geführt, dass jede Stimme zählt und es von Bedeutung ist, wählen zu gehen. Und wir erleben den Unterricht in Sozialkunde und Politik aus tatsächlicher Mitwirkung, wir lernen also nicht nur theoretisch, wie eine Wahl abläuft.



## Susann Hildebrandt-Hahn (43),

- ▶ **verheiratet, drei Jungen, davon zwei Realschüler, besuchte die POS und das Gymnasium in Thüringen, wohnt seit 2015 dauerhaft in Rheinland-Pfalz**

Jugendliche mit 16 verfügen meines Erachtens noch nicht über das notwendige Hintergrundwissen und oft auch nicht über die geistige Reife zum Wählen. Mich bedrückt zum Beispiel die Beobachtung, dass sich junge Protestler von ihren Eltern mit dem Auto zur Demo fahren lassen und sich vorher noch mit Cola in Pet-Flaschen und Fast Food in Plastikverpackungen eindecken. Sinnvoll wäre es, möglichst frühzeitig ein politisches Interesse zu wecken. Ich versuche, bei meinen drei Jungs – sie sind acht, elf und dreizehn – zumindest ein altersgemäßes Problembewusstsein zu schaffen. Aber die Schule muss dieses Anliegen systematisch unterstützen. Der Geschichts- und Politikunterricht setzt viel zu spät ein. Schule muss frühzeitig aufzeigen, welche Gefahren zum Beispiel vom Links- oder Rechtsextremismus ausgehen. In einer freiheitlichen Demokratie ist diese Aufklärung umso notwendiger, weil Wahlen Ergebnisse auch in diese Richtungen zulassen.

Wir hatten in der DDR bereits ab der 5. Klasse Geschichte und ab der 7. Klasse Staatsbürgerkunde, allerdings inhaltlich völlig ideologisiert. Die SED war bekanntlich die einzige Partei, die zur Wahl stand. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es übrigens völlig

egal gewesen, ob die Bürger ab 16 oder 18 oder auch ab 14 Jahren hätten wählen können. Im vereinten Deutschland haben wir jedoch eine Parteienvielfalt. Hier haben die Wahlergebnisse eine qualitative und somit folgenreiche Wirkung. Ich bin für ein Wahlalter ab 18.



## Amir Rasoulpour (35),

- ▶ **lebt seit fünf Jahren mit Ehefrau und sechsjähriger Tochter in Deutschland. Zuvor Rechtsanwalt im Iran. Master in Jura (2020) an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz**

Totalitäre Regierungen verbinden die Frage einer möglichen Absenkung des Wahlrechtsalters oft mit dem Ziel, höhere Zahlen der Wahlbeteiligung darstellen zu können. Die Welt soll daran die Attraktivität und Legitimität des eigenen Systems erkennen. Doch in diesen Ländern dienen Wahlen nicht der Abstimmung über eine Auswahl von Parteien oder Kandidaten, sondern ausschließlich der Akklamation zur Stabilisierung des bestehenden Systems.

Ein klares Beispiel ist das Verhalten der iranischen Regierung. Hier appelliert der Führer vor jedem Wahlprozess an die Bürger, dass die Wahlbeteiligung eine religiöse Pflicht sei. Das Ergebnis der Wahl spielt letztlich überhaupt keine Rolle. Bei der letzten Wahl im Iran wurden fast alle bekannten Bewerber aus der Gruppe der Reformer, ja sogar der gemäßigten Konservativen ohne jegliche Begründung durch den „Wächterrat“ von der Kandidatur ausgeschlossen. Diese Willkür hatte ein großes Desinteresse der Wähler und eine niedrige Wahlbeteiligung zur Folge. Vor allem junge Menschen sehen überhaupt keinen Sinn mehr, wählen zu gehen. Viele sagen, Wählengehen sei reine Zeitverschwendung.

Für mich ist die Diskussion der Absenkung des Wahlalters eher von zweitrangiger Bedeutung. Ich lebe jetzt seit fünf Jahren in einem Land, in dem freie Wahlen zu den Merkmalen der Demokratie gehören. Dass hier die im Alter von 18 Jahren abgegebene Stimme tatsächlich zählt und politischen Einfluss auf die Zukunft eines Landes hat, das ist ein Wert, von dem Menschen in Diktaturen nur träumen können.

## „Wählen ab 16?“ – Das Thema im Unterricht

Einstiegs- und Vertiefungsfragen

Du traust Dir zu, Dich an einem Gespräch zu politischen Fragen aktiv zu beteiligen?

Eltern, Freunde und Schule (Lehrer, Unterricht) besitzen eine wichtige Informationsrolle auch bei politischen Themen. Hast Du Lust, Dich auf eine Diskussion zum Thema „Wählen mit 16?“ einzulassen und dazu Argumente zu sammeln?

Sind 16- und 17-Jährige schon reif genug, um sich an Wahlen zu beteiligen? Welche Argumente sprechen für bzw. gegen eine Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre? Wo sollte die Wahlaltersgrenze liegen? Bei 18, bei 16 Jahren oder vielleicht sogar bei 14 Jahren?

Recherchiere: Ab welchem Alter darf man in welchem Bundesland an der Kommunalwahl bzw. an der Landtagswahl teilnehmen? Warum gibt es keine einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen?

Warum gilt das Wahlalter ab 16 nicht für Bundestagswahlen? Sind Wahlen auf Kommunal- oder Landesebene von geringerer Bedeutung?

Jugendproteste wie „Fridays for Future“ sprechen doch für eine Absenkung des Wahlalters?

Viele Jugendliche, z. B. als Auszubildende, müssen Steuern zahlen. Warum sollten sie dann nicht auch darüber mitentscheiden dürfen, was der Staat mit ihrem Geld unternimmt?

Verfügen Jugendliche trotz ihres geringen Alters bereits über eine politische Meinungs- und Entscheidungskompetenz? Vielen mangelt es doch noch an politischem Basiswissen? Ist es für sie nicht wichtiger, wo am Wochenende Partys gefeiert werden können?

Kritiker befürchten, dass Jugendliche zu Extrempositionen neigen und daher eher für Parteien mit populistischen Aussagen und Verhaltensweisen stimmen. Eine Absenkung des Wahlalters gefährde daher die Stabilität der Demokratie. Gibt es aus Deiner Sicht Beobachtungen, die dieses Argument bestätigen?

Für junge Menschen geht es um die Mitbestimmung über ihre Zukunft. Klimaschutz ist von einem ökologischen Randthema zu einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geworden. Kann man diejenigen von Wahlen ausschließen, die von den Folgen politischer Entscheidungen am längsten betroffen sein werden?

Zum Schluss eine besonders anspruchsvolle Aufgabenstellung: Für Parteien ist das Wahlalter auch eine Frage ihres eigenen Machtkalküls. Die einen erhoffen sich einen Stimmengewinn, die anderen befürchten einen Verlust des Stimmenanteils. Wie stehen die verschiedenen Parteien zum Wahlrechtsalter? Welche Schlussfolgerungen ziehst Du aus dem Ergebnis Deiner Recherche?

Weitere Argumentationshilfen und Hintergrundwissen

„Wählen ab 16 - Pro und Contra?“ Hier findest Du entsprechende Informationen:  
<https://www.waehlenab16-bw.de/prouncontra.html>

Eine Absenkung des Wahlalters favorisiert die Otto-Brenner-Stiftung in einer 64-seitigen online-Broschüre (Juni 2020): „Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters“. <https://www.otto-brenner-stiftung.de>

Eine übersichtliche Beschreibung mit vielen Verlinkungen findest Du in der Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung vom 17.06.2020: „Vor 50 Jahren: Wahlrecht für 18-Jährige“ <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/311559/vor-50-jahren-wahlrecht-fuer-18-jaehrige>



## Avi Spencer-Blume (20),

► **Musik- und Geschichtsstudent an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz**

Ich bin für eine Absenkung des Wahlalters auf 16. Wählen mit 16 erhöht die Wahlbeteiligung, wirkt Politikverdrossenheit entgegen und gibt jungen Menschen eine Stimme. Am wichtigsten: Durch das Mitspracherecht junger Leute erhält die Politik einen Anreiz für besonders weitsichtiges Handeln, das auch die Perspektiven Jugendlicher stärker einbezieht.

In Deutschland legt man großen Wert auf Eigenverantwortung und Selbstbestimmtheit schon in jungen Jahren. Dieser Anspruch erlaubt nicht den Widerspruch, der Jugend eine stärkere politische Partizipation zu verwehren. Ein Wahlrecht, das erst ab 18 Jahren beginnt, bringt zum Ausdruck, dass die Jüngeren nicht politikfähig sind. Das ist eine irriige Vorstellung.

Ein Wahlrecht ab 16 würde das politische Interesse auch der Dreizehn-, Vierzehn- und Fünfzehnjährigen fördern, weil deren Wahlbeteiligung bereits in einer naheliegenden Zukunft möglich wäre. Die Stimme junger Menschen ist unverzichtbar. Themen, wie Klimawandel, Natur- oder Umweltschutz, tangieren sie besonders nachhaltig. Schließlich sind junge Wähler diejenigen, die am meisten und noch am längsten mit möglichen Problemen, Krisen und Zukunftsentscheidungen konfrontiert werden. Es ist daher an der Zeit, junge Menschen vollumfänglich am politischen Prozess, folglich auch am Wahlrecht, zu beteiligen.



## Dominic Sander (16),

► **hat nach seinem Realschulabschluss eine Ausbildung als KFZ-Mechatroniker begonnen**

Wählen ab 16? Mich wundert, dass es derzeit nicht einmal ein einheitlich festgelegtes Wahlrechtsalter für Kommunalwahlen oder Landtagswahlen gibt. Jedes Bundesland kann sein eigenes Süppchen kochen und seine eigene Entscheidung darüber treffen, ob ein Jugendlicher bereits ab 16 Jahren wählen darf oder nicht. Da wäre es doch logisch, wenn sich die Bundesländer erst einmal untereinander auf ein einheitliches Wahlalter einigen würden.

Oft wird argumentiert, dass die bekannten „Fridays For Future“-Demonstrationen auch eine gewisse Form der politischen Beteiligung seien. Warum also nicht dann auch das Wahlalter heruntersetzen? Ich denke, den meisten 16-Jährigen fehlt es noch an politischen Grundkenntnissen. Sie wissen noch nicht, wie das Wahlsystem oder das politische System funktioniert. Wie sollen sie sich dann eine eigene Meinung bilden und diese durch ihre Wahlbeteiligung zum Ausdruck bringen können? Tatsache ist, dass bei den meisten Jugendlichen nicht einmal ein politisches Interesse besteht. Deshalb sollte die Schule bereits ab der 5. Klasse ein politisches Basiswissen vermitteln. Dann wären die Schüler später auch in der Lage, ihre Stimme auf der Grundlage einer wirklich kompetenten Meinung abzugeben. Mit 18.



**Bernd Karst**  
bernd.karst@vrbl-rlp.de

### Das Wahlalter für die einzelnen Wahljahre

Wahljahr	Alter für Wahlberechtigung (aktives Wahlrecht)	Alter für Wählbarkeit (passives Wahlrecht)
	ab Vollendung des ...	ab Vollendung des ...
1949–1969	21. Lebensjahres	25. Lebensjahres
1972	18. Lebensjahres	21. Lebensjahres
seit 1976	18. Lebensjahres	18. Lebensjahres

## ► SCHULMANAGEMENT IT-Management in der Schule



Foto: AdobeStock

Schul-IT ist eine komplexe Aufgabe. Derzeit übernehmen diese oft Lehrkräfte nebenher – ein Grund, warum der digitale Unterricht nicht vom Fleck kommt. Gebraucht werden Mitarbeiter, die sich Vollzeit um die IT kümmern. Denkbar sind auch IT-Abteilungen, die für mehrere Schulen zuständig sind.

### Was müsste sich verändern an den Schulen?

Die Schulen haben einfach andere Themen im Vordergrund. Sie haben kein Management, das

in der Lage ist, ein sinnvolles IT-Infrastruktur-Konzept zu entwickeln und entsprechend zu ordern, zu betreiben und zu supporten. Es ist nicht nur schlecht um die technische Ausstattung der Schulen bestellt, auch die Betreuung der Technik sowie der Menschen, die damit umgehen sollen, ist mangelhaft. In der Regel kümmert sich eine Lehrkraft um die Schul-IT und bekommt zum Ausgleich ein paar Freistunden. Doch Schulen mit 600, 800 oder gar 1.200 Kindern plus Kollegium sind de facto wie ein kleines Unternehmen – nur eben ohne eigene IT-Abteilung.

### Fulltime-Job Systembetreuer

Dabei ist Schul-IT eine komplexe Aufgabe: Management des Mail-Systems, des WLANs, des Schulnetzwerks und eventueller Server oder gar einer eigenen Cloud-Lösung, vom Datenschutz ganz zu schweigen. Das ist ein Fulltime-Job, der jedoch in sehr vielen Fällen nebenher erledigt wird. Deshalb braucht es einen oder besser mehrere Mitarbeiter, die sich Vollzeit um die IT

kümmern können – zum Beispiel auch in Zusammenarbeit mit lokalen Systemhäusern und vergleichbaren Dienstleistern. Alternativ sind IT-Abteilungen denkbar, die für mehrere Schulen zuständig sein könnten. Wichtig ist die koordinierte, planvolle technische Ausgestaltung, das kontinuierliche Management und vor allem die Schulung und Betreuung der Lehrerinnen und Lehrern sowie der Schülerinnen und Schülern.

Auf lokaler Ebene fehlt zwar oftmals das Geld – doch der Digitalpakt Schule umfasst vier Milliarden Euro, von denen bisher nur ein Bruchteil abgerufen wurde. Der Digitalpakt sieht zumindest die Möglichkeit vor, die Entwicklung effizienter und effektiver Strukturen für die professionelle Administration und Wartung digitaler Infrastrukturen als regionales oder landesweites Projekt zu fördern.

Hr/Quelle: deutschlandfunk.de,  
31. August 2020



## ► DATENSCHUTZRECHT Digitale Klassenverwaltung

Uns haben Anfragen zur datenschutzrechtlichen Einordnung von Showbie, einer Klassenverwaltungs-App für iPad-Klassen, erreicht. Mit der App können Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler Dateien, Fotos, Grafiken, PDFs, einfache Textnotizen, Sprachmemos usw. austauschen. Wir haben unsere Justiziarin, die Medienrechtlerin Antonia Dufeu, um eine Expertise zu der Klassenverwaltungs-App gebeten. Nachfolgend drucken wir das Fazit (Stand: Juli 2020) ihrer Einschätzung ab.

„Showbie ist meiner Ansicht nach in datenschutzrechtlicher Hinsicht lediglich eine unter bestimmten Bedingungen verwendbare App.

Wird sie im Unterricht eingesetzt, greift sie mit vorheriger Zustimmung auf die Kamera, das Mikrofon, die Kontaktdaten, Fotos, Speicherplatz und evtl. auch auf andere vorinstallierte Apps zu.

Positiv hervorzuheben ist zum einen die Möglichkeit, die App mit einem Pseudonym zu verwenden. Außerdem können Schüler Showbie auch lediglich über den Browser nutzen und müssen die App nicht laden.

Die Datenschutzerklärung (DSE) ist umfassend, allerdings lediglich auf Englisch. Showbie verpflichtet sich zum Schutz der Daten und erklärt, dass es alles Zumutbare umsetzt, um die Daten zu schützen. Es beschreibt auch ausdrücklich den Schutz der Daten von Kindern und Jugendlichen nach den

Standards der USA. In der DSE wird jedoch keine Verschlüsselung der Daten in den Klassenräumen erwähnt. Daraus schließe ich, dass die Daten dort unverschlüsselt sind.

Showbie ist ein amerikanisches Unternehmen, daher werden alle Daten in die USA übertragen, also dort verarbeitet und verwaltet, wo kein EU-Datenschutzstandard besteht. Sowbie erklärt:

„Showbie wird Ihre persönlichen Daten niemals an Dritte verkaufen und keine persönlichen Vorhersageprofile erstellen.“

Doch gibt es eine umfangreiche Liste an Dienstleistern, darunter Google und Amazon, die ebenfalls Zugriff auf den Service der App haben (siehe: <https://support.showbie.com/en/articles/1737424-who-showbie-shares-your-data-with>).

Die Schüler sollten angehalten werden, nicht nur ihren Account sondern auch alle Ihre Dokumente, Bilder und Arbeiten nur unter einem Pseudonym hochzuladen. Außerdem sollte eine Registrierung über Google vermieden werden, da Google zur Profilsammlung im Hintergrund permanent Daten sammelt.“

Ra/Wü



Foto: PL/Harald Goebel

# MINT im Dialog: Faszination Weltall

In der Gesprächsreihe „MINT im Dialog – Rheinland-Pfälzische Gespräche zur Pädagogik“ bieten das rheinland-pfälzische Bildungsministerium und das Pädagogische Landesinstitut (PL) eine Plattform, von der Impulse für den MINT-Unterricht der Zukunft ausgehen sollen.

## Das Konzept

Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern diskutieren mit inspirierenden Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Schule. Ziel ist es, neue Blickwinkel einzunehmen, um Ideen voranzutreiben und gemeinsam zu durchdenken, wie mathematische, informatische, naturwissenschaftliche und technische Themen die

Lernenden noch besser erreichen und man bei ihnen ein nachhaltiges Interesse dafür wecken kann.

## Speeddating in der Raumfahrrhalle

Der jüngste Dialog Anfang September stand unter dem Thema „Faszination Weltall – Mission ins MINT-Universum“. Als Expertin war die Meteorologin und angehende Astronautin Dr. Insa Thiele-Eich zu

Gast. Die Veranstaltung fand im Technik-Museum Speyer statt. Als besonders gelungen erwies sich eine den Corona-Bedingungen geschuldete Idee, in der Raumfahrrhalle den direkten Austausch zwischen Besuchern und Experten in einer Art „Speeddating“ mit festen Tischgruppen und wechselnden Ansprechpersonen zu ermöglichen.

## Dr. Insa Thiele-Eich - Erste deutsche Frau im All?

### Der Auswahlprozess ist sehr intensiv - Ein (Selbst)Portrait



Foto: PL/Harald Goebel



**D**r. Insa Thiele-Eich (\*1983) ist Klimaforscherin am meteorologischen Institut der Universität Bonn und will Astronautin werden. Das hat sie fast geschafft. Sie steht kurz vor dem Ende ihrer Ausbildung. In Speyer erzählte sie einem aufmerksamen Publikum von ihrem Griff nach den Sternen.

#### „Das hat mich als Kind total umgehauen“

Die Begeisterung für das Weltall wurde bei Dr. Thiele-Eich früh geweckt. Sie war gerade acht Jahre alt, als ihr Vater ihr die Andromeda-Galaxie am Nachthimmel zeigte und erwähnte, dies sei „die einzige andere Galaxie, die man am Nachthimmel mit bloßem Auge sehen kann.“ Diese Worte lösten eine Faszination in der zukünftigen Astronautin aus, die bis heute anhält. „Dieses Wort ANDERE bedeutet so viel. Hauptsächlich bedeutet es, dass das Licht von der Andromeda-Galaxie 2 Millionen Jahre braucht, bis es überhaupt bei uns ist und dass das, was ich da gerade sehe,

gar nicht mehr da ist. Das hat mich als Kind total umgehauen“, beschreibt Dr. Thiele-Eich ihren ersten Kontakt mit dem Thema Weltraum und empfindet dieses Erlebnis bis heute als großen Glücksmoment.

#### Verstehen wollen

„Ich finde, das ist ein spannendes Gefühl, wie wenig wir eigentlich wissen.“ Dabei sollte es nicht bleiben, denn das „verstehen wollen“ ist einer der Schlüsselsteine in Dr. Thiele-Eichs Laufbahn, sich für Mensch und Umwelt zu begeistern. Der Drang nach Wissen und das Interesse an Naturwissenschaften wurde auch durch das Elternhaus stark gefördert – schließlich ist ihr Vater Gerhard Thiele ebenfalls Astronaut. So entschied sich Dr. Thiele-Eich für das Studium der Meteorologie, träumte aber weiterhin von den Sternen. Ihre große Chance kam 2016, als das Projekt „Die Astronautin“ ins Leben gerufen wurde, mit dem Ziel, die erste deutsche Frau in den Weltraum zu schicken. „Auch, um Vorbilder in

den MINT-Fächern zu schaffen“, erklärt Dr. Thiele-Eich die Motivation der Beteiligten. „Um zu zeigen, es gibt Frauen, die das wollen und auch können.“

#### 7,5 Stunden Schlaf Minimum

400 Frauen hatten sich beworben, am Ende durchlaufen nur Dr. Thiele-Eich und ihre Kollegin, die Astrophysikerin Dr. Suzanna Randall, die Ausbildung zur Astronautin. „Er war sehr intensiv“, sagt sie über den Auswahlprozess. Wichtig waren dabei neben einem ausgeprägten naturwissenschaftlichen Verständnis, räumlichem Vorstellungsvermögen, Motorik und Frustrationstoleranz auch Fragen zur self-care, zum Beispiel nach der Schlafdauer, denn 7,5 Stunden sollten es mindestens sein. Ein besonderer Fokus lag auf der psychologischen Evaluation, um Konflikt- und Teamfähigkeit der Kandidatinnen zu testen. Zum Schluss erfolgte die medizinische Begutachtung.

#### Vertrauen in andere gewinnen

Die Ausbildung selbst umfasst unter anderem die Simulation von Weltraumspaziergängen unter Wasser in einem Schwimmbecken der NASA. „Sie können sich vorstellen, was da personell dahintersteht. Das ist ein ganzes Team, Taucherinnen, Technikerinnen, (...). Es braucht in der Raumfahrt ein riesiges Team an Menschen, die nahezu alle aus dem MINT-Bereich stammen“, zeigt sich Dr. Thiele-Eich begeistert über den Teamgeist der Raumfahrt-Kollegen. Oft sei man auf die Hilfe anderer angewiesen: „Das ist etwas, das für den Job hilft und auch nötig ist. Dass man Vertrauen gewinnt in andere, wird automatisch nebenher mittrainiert.“ Auch Parabellflüge gehören zum Training, um sich mit dem Gefühl der Schwerelosigkeit vertraut zu machen, ebenso wie ein Ausflug in die Zentrifuge der Luftwaffe. In dieser lassen sich durch Nutzung

der Zentrifugalkräfte  $g$ -Kräfte auf den Körper aufbauen. „So bei vier bis fünf  $g$  wird das Sichtfeld kleiner, man fängt an, nur noch in grau zu sehen. Da spielt auch Vertrauen wieder eine sehr große Rolle, aber - davon mal abgesehen – war es eine sehr spannende Erfahrung.“

### Bildung gegen Vorurteile

„Ich war verwundert, dass man heutzutage noch die erste deutsche Frau in irgendetwas werden kann, das hat mich überrascht. Mich hat auch negativ überrascht, wie viel Skepsis und negative Aussagen uns entgegengebracht wurden. Deshalb wollen wir mit unserem Bildungsprogramm schon früh ansetzen. Wir wollen Kindern in der Grundschule zeigen, was mit der Raum-

fahrt alles möglich ist und wie viel Begeisterung wir dafür haben. So sei zum Beispiel das Programmieren eines Calliope-Computers bereits für Grundschulkindern machbar und ermöglicht einen spielerischen Einstieg in die Informatik.

### Forschung im All

Forschen will Dr. Thiele-Eich unter anderem daran, wie sich der weibliche Körper im Vergleich zum männlichen im Weltraum verändert, ein weitgehend unerforschtes Feld: „Natürlich sind der männliche und der weibliche Körper unterschiedlich. (...) Dass aber Männer auf der Raumstation zu einem Drittel ihre Sehkraft signifikant stark einbüßen und Frauen nicht, hat mich dann doch etwas überrascht.“ Gerne

würde sie sich auf der ISS auch mit Erdbeobachtung und Klimafor-schung beschäftigen, das sei letztendlich aber nicht ihre Entscheidung: „Man wird als Serviceperson für eine Vielfalt an wissenschaftlichen Experimenten eingesetzt, was ja auch das Faszinierende an dem Job ist.“



wü

## Podiumsgespräch

### MINT-Fächer in der Schule stärken



Foto: AlHarald Goebel

In einem von Dr. Birgit Pikowsky (PL – re.) und Volker Tschiedel (BM – li.) moderierten Podiumsgespräch ging es um Fragen wie „Wieso zieht es den Menschen von der Erde ins Weltall?“, „Was bringt uns die Zukunft der Weltraumforschung?“ und „Wie können wir das Thema im Unterricht sinnvoll einbauen?“

Diesen Fragen gingen Bildungsministerin Dr. Hubig (3. v. re.), Dr. Thiele-Eich (3. v. li.), Dr. Carmen Köhler (2. v. li.) von der Stiftung „Die Astronautin“, sowie Max von Wolff (2. v. re.) für das Schulprojekt „MeginaSat“ des Megina-Gymnasiums Mayen, das sich im Rahmen einer schulischen Arbeitsgemeinschaft besondere Verdienste im Bereich

Raumfahrt erworben hat, nach. Wolff nahm für die Schule die Auszeichnung entgegen, sich künftig zu den offiziellen ESERO-Partnerschulen (Bildungsbüro von ESA und DLR) zählen zu dürfen.

### Mut machen, eigene Wege zu gehen

Dr. Köhler nannte als eines der Ziele ihrer Stiftung, „Rolemodels“ erschaffen zu wollen, denn „es gibt immer noch viel zu wenige Frauen in MINT-Fächern! Wir wollen Mädchen Mut machen, ihren eigenen Weg zu gehen – denn Mädchen brauchen starke Vorbilder.“

Das Publikum konnte seine Fragen über einen vorab gescannten QR-Code auf den Bildschirm des Moderators bringen. Eine Frage an die Ministerin rückte dabei unversehens in den Mittelpunkt des Austauschs. Dr. Hubig wurde gefragt, ob sie in geschlechtergetrenntem Unterricht in den MINT-Fächern eine Möglichkeit sehe, Mädchen zu fördern. Sie berichtete, vor einiger Zeit un-

erwartet große Aufmerksamkeit erregt zu haben mit der Anregung, man solle auch mal darüber nachdenken, ob zumindest phasenweise (z. B. in Projektwochen) geschlechtergetrennter Unterricht angeboten werden könne. Sie sei nach wie vor der Meinung, dass das auch eine gute Möglichkeit des Zugangs sein könne.

### Traditionelle Rollenbilder überwinden

Insa Thiele-Eich ergänzte, ihr begegne auch häufig die Frage, wie man es schaffen könne, dass Mädchen und junge Frauen sich auch MINT zutrauen. Sie glaube zwar, dass man manche Hürden durch geschlechtergetrennten Unterricht abbauen könne. Sie sehe das Problem aber weniger bei den Mädchen und jungen Frauen, sondern vor allem in immer neu tradierten Sprach- und Rollenbildern.

Sie glaube, dass sich vielleicht gar nichts verändere, wenn eine Lehrkraft einmal koedukativ und ein andermal monoedukativ unterrichtete. Ändern werde sich erst etwas, wenn eine Lehrkraft traditionelle Rollenbilder nicht weiterträgt und eine geschlechtssensible Sprache verwendet. Voraussetzung sei auch, dass die Lehrbücher gendersensibel geschrieben sind und von der Vorstellung wegführen, dass naturwissenschaftliche Leistungen männliche Leistungen seien.

Wü



Die neue Broschüre will unter anderem die MINT-Berufe als attraktive Tätigkeitsfelder in den Fokus der Schülerinnen richten. Bezug über die Pressestelle des Bildungsministeriums:

presse@bm.rlp.de

## „MINT im Dialog“ Fragen an Dr. Birgit Pikowsky

**D**r. Birgit Pikowsky ist Direktorin des Pädagogischen Landesinstituts (PL), das sich als Partner und zentraler Dienstleister von und für Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern sowie alle weiteren an Schule Beteiligten in Rheinland-Pfalz sieht. Es bietet ein umfassendes Angebot an Fort- und Weiterbildung, Medien und Materialien, pädagogische und schulpsychologische Beratung und IT-Dienstleistungen an.

Beim Blick auf die coronabedingten gesellschaftlichen Herausforderungen, hebt sie an diesem Abend immer wieder hervor, wie großartig Schule sich in der aktuellen Krise bewährt. „Es hat sich in den Reaktionen der Schülerinnen und Schüler und auch der Lehrkräfte gezeigt, wie wichtig Schule als Ort der Begegnung, der Kommunikation und der Geborgenheit ist.“

### Erwartungen erfüllt?

Dr. Pikowsky: Ausgangspunkt für das Format „Mint im Dialog“ waren die rheinland-pfälzischen Gespräche zur Bildung. Die Idee war, Anregungen von außen in die Schulen zu tragen. Es ging darum Experten zu gewinnen und von diesen Experten zu lernen und die Übertragung in die schulische Praxis zu fördern. Darüber hinaus ist uns wichtig, die Möglichkeit zur Begegnung und zum Austausch zu schaffen. Dabei geht es auch für uns darum, aus diesem Austausch heraus Anregun-



Foto: Wü

Dr. Birgit Pikowsky

gen für die Bedürfnisse der Schulen mitzunehmen und aufzugreifen. Diese Ziele sind mit den bisherigen Veranstaltungen weitgehend erreicht.

### Eine angehende Astronautin als Rollenmodell?

Insa Thiele-Eich ist eine Person, die begeistert ist von dem, was sie tut. Und sie kann diese Begeisterung weitergeben. Darüber hinaus ist sie meines Erachtens ein Rollenmodell und zwar nicht nur für Mädchen, sondern genauso für Jungs. Sie kann vermitteln, dass man auch in der Schule Begeisterung und Durchhaltevermögen braucht. Man darf auch Fehler machen, und man ist Teil eines Teams, in dem alle gebraucht werden.

Wü



## Zukunftsthemen

### Interview mit Bildungsministerin Dr. Hubig

**B**ildungsministerin Dr. Hubig hat bereits zu Beginn ihrer Amtszeit MINT auf den Weg gebracht. Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sind für sie Zukunftsthemen. Wir sprachen mit ihr am Rande des MINT-Dialogs „Faszination Weltall“ auch über aktuelle digitale Perspektiven in der Krise.

#### MINT weiterbringen

Dazu braucht es vor allen Dingen Faszination. Faszination schon im Kindesalter, die ein Leben lang hält. Um diese Faszination zu wecken und zu erhalten, brauchen wir natürlich auch „Heldinnen und Helden“ wie die Astronauten Insa Thiele-Eich oder Alexander Gerst, mit denen wir die Welt entdecken können.

#### Weltraum als MINT-Welt?

Wenn wir über die Faszination von MINT reden wollen, sind wir bei Frau Dr. Thiele-Eich genau an der richtigen Adresse. In ihrer Welt werden Flugbahnen von Satelliten berechnet und programmiert, die Atmosphäre der Erde chemisch analysiert, oder geologische Fragestellungen behandelt. Physik und Technik spielen eine zentrale Rolle, wenn Sonden gebaut und auf den Weg zu anderen Himmelskörpern geschickt werden. Und auch biologische und medizinische Forschung ist beispielsweise auf der Internationalen Raumstation ISS an der Tagesordnung. Es ist eine Welt, in der man MINT-Expertise unbedingt braucht. Die Faszination für den Weltraum ist also gleichbedeutend mit der Faszination für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

#### MINT ein Zukunftsthema?

Meine MINT-Initiative ist vom Projekt zur landesweiten Strategie geworden, die von den drei Ministerien für Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft getragen wird. Wir haben eine MINT-Geschäftsstelle

eingeführt, wir haben MINT-Regionen in Rheinland-Pfalz, wir haben das MINT-Zertifikat, wir haben eine Datenbank für MINT-Angebote, und wir haben unsere Schulen mit sehr viel Experimentiermaterialien ausgestattet. Insgesamt hat sich in Rheinland-Pfalz ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik Zukunftsfächer sind. Wir wollen diesen Weg weiter gehen. Ein Punkt, der dabei eine wichtige Rolle spielt, ist, Mädchen und junge Frauen für MINT zu begeistern.

#### Mitmachen erwünscht

Wir haben zudem eine neue Broschüre „MI(N)tmachen erwünscht!“ herausgegeben. Darin geht es darum, Qualitätskriterien für gendersensible Nachwuchsprojekte zu beschreiben und diese in Rheinland-Pfalz zu verankern. Denn wir wissen: Wenn Mädchen und Jungen zielgerecht angesprochen werden, dann haben sie auch Spaß an Naturwissenschaften und Technik.

#### Schule aktuell:

##### Krise wird Schule digital verändern

Wir erleben das jetzt schon. Ich bin überzeugt, dass die Digitalisierung das Lernen deutlich verändern wird.

Die Lehrkraft wird dabei allerdings immer im Mittelpunkt stehen und das ist auch gut so.

#### Digitale Schritte

Wir sind im digitalen Bereich schon eine Reihe wichtiger Schritte gegangen. Und demnächst kommen auch die Endgeräte für unsere Lehrerinnen und Lehrer. Außerdem werden wir noch in diesem Schuljahr dienstliche E-Mail-Adressen haben. Wir werden einen datensicheren Messenger-Dienst haben. Und wir werden noch in diesem Schuljahr den Schulcampus haben.

#### Technische Assistenten im Blick

Wir werden die Administration und die Wartung auf neue Füße stellen. Wir haben jetzt schon die digitalen Koordinatorinnen und Koordinatoren. Und wir wollen, das haben wir mit den Schulträgern vereinbart, dass die Wartung und Administration perspektivisch aus einer Hand vom Schulträger kommen.

#### Zuversicht?

Ich bin überzeugt, dass wir aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Bei allen Herausforderungen, vor denen wir im Moment stehen, ist es doch wichtig, zurückzublicken und zu sehen, was die gesamte Schulgemeinschaft in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet hat. Das stimmt mich auch zuversichtlich für alles, was kommt.



Anfang September sprach Wolfgang Wünschel mit Ministerin Dr. Hubig im Rahmen des MINT-Dialogs „Faszination Weltall“ über MINT und die Digitalisierung als Zukunftsthemen.



## Wie geht es eigentlich ...?

„Und sie sind uns auch schon sehr ans Herz gewachsen.“ Psychologiestudentinnen zeigen beispielhaftes Engagement und langen Atem (RBiRP 2016)

**Vor vier Jahren haben wir die Psychologiestudentinnen Leonie Zeising, Holly Britton und Luise Smidoda (von links) interviewt, die sich in der ehrenamtlichen Sprachförderung an der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit FOS in Landau engagierten. Drei Mal pro Woche kamen sie in die Schule.**

**B**ei unserem letzten Gespräch Anfang Dezember 2016 neigte sich ihr Bachelor-Studium dem Ende zu. Sie berichten von einer Aufbruchsstimmung Richtung Masterstudium, das den Wechsel in eine andere Stadt mit sich bringen würde.

Von unseren Leserinnen und Lesern werden wir immer mal wieder nach den drei jungen Frauen gefragt. Deshalb haben wir Kontakt mit ihnen aufgenommen und nachgefragt, welche Wege sie in den letzten Jahren gegangen sind.

Ende Juni erreichte uns ein gemeinsamer Brief, der zeigte, dass die drei

Studentinnen den Kontakt zueinander gehalten haben, weitergekommen sind und kurz vor ihren Ausbildungszielen stehen. Wir drucken den Brief in Auszügen ab:

Wir haben uns alle drei sehr über Ihren Brief gefreut. Lustigerweise sind wir momentan sogar alle am gleichen Ort und haben eben zusammen zu Abend gegessen.

### Und so begann für jede von uns eine schöne Zeit

Nachdem wir in Landau den Bachelor beendet haben, haben wir uns alle drei eine Pause genommen. In dieser Zeit hat jede für sich Praktika gemacht, die Welt bereist und sich

mit der Entscheidung der Masterwahl auseinandergesetzt. Schnell haben wir uns alle drei für einen klinischen Schwerpunkt entschieden, nur die Städtewahl wurde spannend - zum einen, weil wir alle nicht wussten, wo wir hinwollten und zum anderen musste man auch Zu- und Absagen der Universitäten abwarten.

Im Herbst 2018 waren dann die Entscheidungen gefallen und ein neuer Lebensabschnitt begann. Luise hat es nach Bayern ins schöne Erlangen gezogen, Leonie und Holly haben sich beide für Dresden entschieden. Und so begann für jede von uns eine schöne Zeit geprägt vom Entdecken einer neuen Stadt, dem Kennenlernen neuer Freunde, dem Sammeln neuer Erfahrungen und auch der persönlichen Reife. Studententechnisch haben wir mal spannendere, mal weniger spannendere Seminare belegt, die jedoch den Wunsch in uns gefestigt haben, die an die universitäre Ausbildung anschließende Psychotherapeuten-Ausbildung zu machen.

#### Weiterhin in der Flüchtlingshilfe engagiert

Auch der Kontext der Flüchtlingsbetreuung hat uns außerhalb Landaus weiterbegleitet. Luise betreut schon seit nun zwei Jahren eine syrische Schülerin, die momentan in den Vorbereitungen des Fachabiturs ist. Leonie und Holly sind Teil eines Projekts, welches speziell auf die Begleitung von Geflüchteten mit depressiver Symptomatik ausgerichtet ist, mit dem Ziel individuelle positive Verstärker zu identifizieren und aufzubauen.

#### Studium neigt sich dem Ende zu

Nun haben Sie in einer Zeit an uns gedacht, in der es mal wieder um Entscheidungen und einen neuen Lebensabschnitt geht. Das Studium neigt sich dem Ende zu. Leonie ist inmitten ihrer Masterarbeit und ihr momentaner Plan ist es, im Anschluss eine Therapeutenausbildung in tiefenpsychologisch fun-

dierter Psychotherapie zu starten. Holly startet erst im Oktober mit ihrer Masterarbeit und braucht somit noch bis März bis sie ihr Studium beendet. Ihr Wunsch ist es noch immer, bzw. nun noch viel mehr, in der Zukunft psychoonkologisch tätig zu sein. Im nächsten Jahr möchte sie auch die Therapeutenausbildung starten, jedoch in systemischer Fachrichtung. Auch Luise beginnt erst im Oktober ihre Masterarbeit und möchte dann im nächsten Jahr die Therapeutenausbildung beginnen - vermutlich die verhaltenstherapeutische Therapierichtung im Erwachsenenbereich. Somit wären alle drei kassenzulässige Therapierichtungen unter uns drei vertreten und wir könnten viel voneinander lernen. 😊

#### Diversität Deutschlands wird ein Thema für uns bleiben

Luise hat es am Ende ihres Studiums für ein Praktikum in einer Trauma-Klinik nach Dresden verschlagen. Somit konnten wir die letzten zwei Monate viel Zeit miteinander verbringen und haben viele gemeinsa-

me Stunden verbracht. Wie heute, wir sitzen zusammen in der WG-Küche und schreiben nach einem leckeren Abendessen diese Zeilen an Sie.

Ihr Brief hat uns nochmals besonders ins Bewusstsein gerückt, welche schönen Erinnerungen wir an Landau, die KARS und die Arbeit mit den Kindern haben. Verrückt der Gedanke, wie viel Zeit nun schon vergangen ist, und was in der Zwischenzeit wohl in aller Leben passiert ist - „unsere“ Kinder sind nun ja auch schon keine Kinder mehr...

Auch wenn wir noch nicht wissen, was das nächste Jahr bringt und wo es uns hin verschlägt, sind wir uns doch sicher, dass wir den Kontakt zueinander bewahren werden. Und auch sind wir uns sicher, dass die Diversität Deutschlands immer ein Thema für uns bleiben wird, mit dem wir uns aktiv auseinander setzen werden.

*Herzliche Grüße aus Dresden  
Leonie, Luise und Holly*

### Migration geht alle an!

**Ohne die wertvollen, spontanen und individuellen Initiativen aus dem gesellschaftlichen Umfeld der Schulen, hätte die Integration von Flüchtlingskindern weniger zwischenmenschlichen Glanz. Das zeigte 2016 unser Interview mit den drei Studentinnen. Und ihr Brief vom Juni 2020 zeigt, dass das auch heute noch gilt. Wir wünschen Leonie Zeising, Holly Britton und Luise Smidoda auf ihren weiteren privaten und beruflichen Wegen viel Erfolg.**



## Bezirk Koblenz

### ► VERBANDSARBEIT IM BEZIRK KOBLENZ

## Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen – Vorstandsarbeit neu ausrichten

Die Covid-19-Pandemie hat den Bezirksvorstand gefordert. Rasch wurde deutlich, dass die neue Situation die **Vorstandsarbeit verändern wird**. Die **Vorstandsmitglieder haben sich nicht entmutigen lassen**. **Gestärkt durch die vielen Kontakte aus den Schulen und aus der VRB-Mitgliedschaft haben sie die besonderen Herausforderungen angenommen und neue Wege in der Verbandsarbeit gesucht**. **Mit einer positiven Grundeinstellung wurden neue digitale Tools erprobt und eingesetzt**. **Die gegenseitige Unterstützung half, die neuen Herausforderungen zu bewältigen und die Chancen in der Anwendung zu erkennen und zu nutzen**. **Auf Präsenzveranstaltungen allerdings hat der Bezirksvorstand nicht verzichten wollen**.

### **Videokonferenzsysteme:** **Digitale Herausforderung annehmen**

Der Lock-Down erwies sich in der Anfangsphase als echte Herausforderung. Ein Stillstand der Verbandsarbeit war auf Bezirksebene nicht gewünscht. Der Bezirksvorstand war sich schnell einig, dass neue digitale Werkzeuge in der Verbandsarbeit genutzt werden müssen. Die Suche nach geeigneten Werkzeugen sowie der Austausch und die Erfahrungen im Umgang mit unterschiedlichen Werkzeugen führten dazu, dass alle Vorstandsmitglieder schnell vertraut wurden im Umgang mit den neuen Tools.

Die Entscheidung des Landesverbandes für das Videokonferenzsystem Jitsi Meet hat der Bezirksvorstand nicht nur mitgetragen, sondern seine virtuellen Vorstandssitzungen damit bestritten. Jitsi Meet wird in der Verbandsarbeit intensiv genutzt, da es vielfältig einsetzbar ist. Es steht als browserbasiertes Konferenzsystem zur Verfügung, es kann aber auch als App für die Betriebssysteme iOS und Android genutzt werden und schafft damit Freiräume und Flexibilität in der Handhabung.

Der Bezirksvorstand Koblenz tauschte sich in der „Lockdown“-Phase durch Videokonferenzen engmaschig aus. Seit März finden monatlich Videokonferenzen statt.

### **Instagram: Digitale Chancen nutzen**

Im Juli und Oktober konnte der Bezirksvorstand nach den derzeit gültigen Hygieneplänen unter Einhaltung der AHA-

Regeln wieder Präsenzveranstaltungen durchführen und die weitere Vorstandsarbeit planen.

Schwerpunktthema der Juli-Sitzung war die Vorbereitung der Landeshauptvorstandssitzung und die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Die Einschränkungen in der Mitgliederbetreuung durch die Pandemie erforderten nach Übereinstimmung der Vorstandsmitglieder, weitere digitale Tools zu nutzen, die den Kontakt zu den Mitgliedern erleichtern und eine aktive Einbindung in die Verbandsarbeit ermöglichen können.

Nico Cordes und Andreas Stegmann stellten im Juli in der Vorstandssitzung Instagram vor und zeigten auf, wie intensiv Instagram vor allem von der jungen Generation genutzt wird. Instagram ist eine Social Media-Plattform, die in erster Linie das Medium Foto bedient. Beide Vorstandsmitglieder überzeugten durch ihren Beitrag, dass Instagram für die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes für alle Mitglieder und Interessierten einen Mehrwert haben kann. Die schnelle Reaktionszeit des Mediums, der potenzielle und authentische Diskurs mit den Mitgliedern überzeugten. Der Bezirksvorstand formulierte einen Antrag an den Geschäftsführenden Landesvorstand, den Verband auch auf der Plattform Instagram zu repräsentieren.

### **Das Tagesgeschäft nicht vernachlässigt**

Die aktive Verbandsarbeit und die Vertretung der Interessen unserer Verbandsmit-



glieder hat durch die Nutzung digitaler Tools in dieser schwierigen Zeit noch mehr an Präsenz gewonnen. Der enge Kontakt zu unseren Mitgliedern und Delegierten hat sich bewährt und uns wichtige Impulse für die Verantwortlichen geliefert. Die vielfältigen Kontakte rückten uns weiter zusammen.

Sowohl Lehrkräfte als auch Schulleitungen haben den Bezirksvorstand Koblenz bei Fragen kontaktiert und uns wichtige Impulse für die Verbandsarbeit gegeben. Wir beschäftigten uns mit den Rückmeldungen zu aktuellen Entwicklungen an den Schulstandorten, zum Datenschutz bei Videokonferenzen, zur Notengebung im Fernunterricht und zu Mehrbelastungen der Lehrkräfte und Schulleitungen während einer Corona-Beschulung sowie mit dem Raum-Lüftungskonzept. In vielen Fällen konnte der Vorstand bei den Problemlösungen vor Ort an den Schulen Unterstützung gewähren und juristische Fragen beantworten.

Fragen, Impulse und Problemanzeigen wurden an die Stufenvertretungen weitergegeben und somit wurde sichergestellt, dass über die Stufenvertretungen die Anliegen und Sorgen der Lehrkräfte direkt und unmissverständlich nach Mainz ins Bildungsministerium oder nach Trier, Koblenz und Neustadt in die ADD weitergegeben wurden.

### Planungsstand zu Bezirksveranstaltungen

Der Bezirksvorstand hat in der Oktober-sitzung verschiedene Veranstaltungen geplant, um die wichtigen sozialen Kontakte pflegen zu können. Die Präsenzveranstal-

tungen werden, sofern es die Entwicklung der Covid-19-Fallzahlen es zulassen, unter Einhaltung strenger Hygienekonzepte durchgeführt.

Da gerade in Zeiten der Corona-Pandemie die örtlichen Personalräte an den Schulen stark gefordert und eingebunden sind, plant der Bezirksvorstand gemeinsam mit dem Bezirksvorstand Trier organisierte Personalräteschulungen, um die Personalratsmitglieder zu informieren und sie für ihre Tätigkeit zu stärken und zu schulen. Die Schulungen werden an zwei Terminen in Treis-Karden angeboten, da wegen der Hygienevorschriften die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschränkt werden muss. Eine parallele Vorbereitung auf digitale Fortbildungsangebote ist bereits eingeplant, falls es notwendig wird.

Eine Bezirksversammlung als Präsenzveranstaltung ist für den Dezember 2020

geplant. Da die Lehrgesundheit in den schwierigen Zeiten der Pandemie zentrales Thema vieler Rückmeldungen aus den Schulen ist, hat der Bezirksvorstand beschlossen, ein Thema aus diesem Bereich für die Bezirksversammlung auszuwählen. „Leichter Leben mit Achtsamkeit! Raus aus dem Stress“ heißt das Thema, das die Referentin Elisabeth Cartolaro, Coaching und Supervision, auf der Bezirksversammlung behandeln wird. Sie will Möglichkeiten aufzeigen, wie durch konsequente Anwendung der Achtsamkeit es gelingen kann, aus der Stress- und Grübelfalle auszustiegen und wieder selbstbestimmt das Steuer des Lebens in die Hand zu nehmen.

Der Vorstand setzt in der Vorstandsarbeit weiter auf digitale Beratungs- und Informationsangebote für seine Mitglieder. Für die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter plant er eine Beratung auf digitaler Basis. Ferner beschäftigt sich der Vorstand damit, Online-Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themenbereichen anzubieten.



**Benjamin Bajraktari**  
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



Foto: VRB



## Bezirk Neustadt

### Das Gleiche nur ganz anders: Bezirksaktivitäten in Zeiten von Corona

Leider lässt es die Corona-Pandemie nicht zu, dass wir uns mit dem gesamten Vorstand des VRB-Bezirks Neustadt wie gewohnt regelmäßig physisch treffen. Auch die Besuche von Studienseminaren und Schulen waren und sind noch nicht möglich. Dies hinterlässt eine Lücke in unseren Aktivitäten, die wir kreativ geschlossen haben.



#### Vorstandsarbeit ohne Stillstand

In der Regel trifft sich der VRB-Bezirksvorstand regelmäßig innerhalb Rheinhessens und der Pfalz, um sich dort zu unterschiedlichen Schwerpunkten, die auf der Tagesordnung stehen, auszutauschen. Dort erfolgen Planungen zu den Schulbesuchen mit verschiedenen Themenschwerpunkten (z. B. Altersteilzeit, Klassenfahrten), zu Personalräteschulungen und auch zu Besuchen in den Studienseminaren.

Natürlich steht die Organisation verbandsinterner Veranstaltungen, wie Bezirksversammlungen, Delegiertentage (usw.) auf der Tagesordnung. Darüber hinaus

werden aktuelle Themen, die an die Vorstandsmitglieder herangetragen wurden, besprochen. Diese können ganz unterschiedlicher Natur sein. Über persönliche Belange, schulinterne Interessen bis hin zu schulpolitischen Themen, die beraten und zu Arbeitsaufträgen erweitert werden.

Nachdem sich mit dem März 2020 unsere Gesellschaft und mit ihr das komplette Schulleben den neuen Herausforderungen stellen und anpassen musste, hat auch der VRB-Bezirk Neustadt rasch einen Weg gefunden, sich auf digitalem Weg zu treffen. Es gab keinen Stillstand.

#### Schulische Belange im Vordergrund

In Videoschalten, elektronischer Kommunikation und vielen Telefonaten gingen die Vorstandsmitglieder ihren Tätigkeiten nach. Dabei standen und stehen, der Gesamtsituation entsprechend, erst einmal die schulischen Belange im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie im Vordergrund. Es wurden unterschiedliche Erfahrungen ausgetauscht und weitergeben. Darunter waren viele erfreuliche Erfahrungen und Erlebnisse, aber auch welche, die man sich nicht wünschen würde. Gemeint sind Probleme mit Solidaritätsverweigerern, defizitäre schulische Ausstattung und so weiter.

#### Fortbildung für Personalräte

Eine wesentliche Frage, die nicht nur innerhalb des hiesigen Bezirks diskutiert wurde, war, ob man eine „analoge“ VRB-Personalrätefortbildung stattfinden lassen könne, und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Wir hofften, die Fortbildungen mit durchdachten Hygienekonzepten nach Möglichkeit als Präsenzveranstaltungen durchzuführen. Da viele offene Fragen von Personalräten im Raum standen, schien es uns wichtig, möglichst viele ÖPR-Mitglieder zur Schulung zuzulassen, so dass es erstmalig im Bezirk Neustadt zwei gleiche Fortbildungen geben sollte. Durch eine Dopplung der Veranstaltung schien es realisierbar, alle interessierten Personen zuzulassen. Selbstverständlich spielt das Thema „Corona“ nicht nur aufgrund der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln, sondern auch innerhalb der Schulung eine wesentliche Rolle. Wir berichten in der kommenden Ausgabe.

### Bezirksversammlung

Auch die Bezirksversammlung steht an. Sie soll satzungsgemäß einmal jährlich durchgeführt werden. Auf dieser Veranstaltung liegt ein weiterer Schwerpunkt der Vorstandsarbeit. Das gilt nicht zuletzt deshalb, weil mit der Durchführung auch die Kandidatenlisten des Bezirks für die im kommenden Jahr stattfindenden Personalratswahlen in den Stufenvertretungen verabschiedet werden. Den Bericht über die Bezirksversammlung finden Sie ebenfalls in der kommenden Ausgabe.

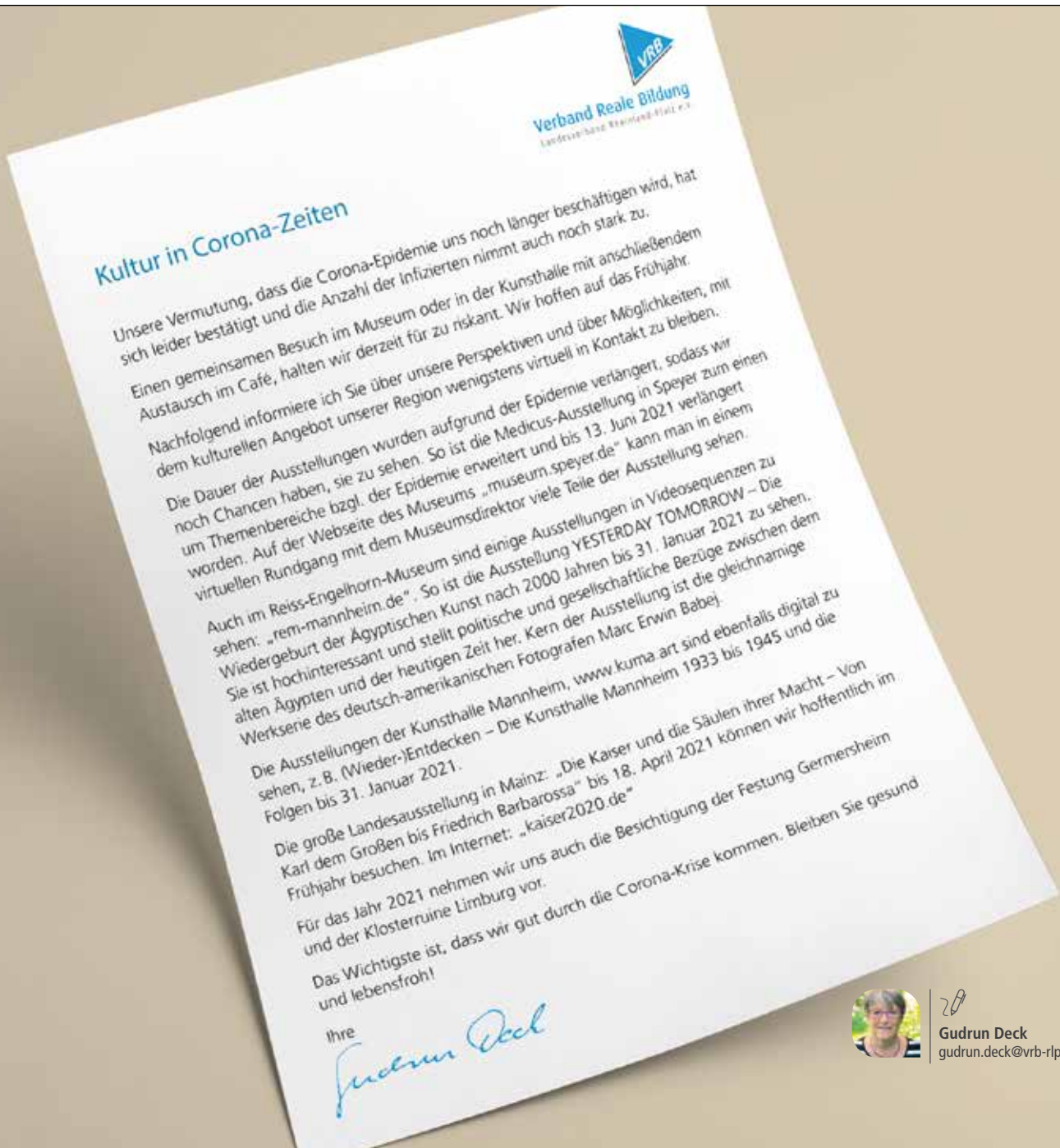
### Herausforderungen vorläufig gemeistert

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der VRB-Bezirksvorstand seinen Tätigkeiten weiter nachgehen konnte. Es ist letztlich die gleiche ehrenamtliche Tätigkeit, der wir auch vor Ausbruch der Pandemie nachgegangen sind - jetzt allerdings zusätzlich auf anderen, digitalen Wegen. Statt der physischen Treffen, musste der Umgang mit Videokonferenzen erst geübt und der Datenschutz stetig mitgedacht werden. Das stellte den Vorstand anfangs vor neue Herausforderungen, die

gemeistert werden konnten. Glücklicherweise war der Umgang mit E-Mails, dem Telefon und den sozialen Medien bereits vertraut ... 😊



Saskia Tittgen  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Gudrun Deck  
gudrun.deck@vrb-rlp.de



## Bezirk Trier

### ► BEZIRKSVORSTAND TRIER

# Während der Corona-Pandemie für unsere Mitglieder aktiv

#### Vom ersten Sommerferientag an ...

Am ersten Ferientag der Sommerferien 2020 traf sich der Bezirksvorstand Trier in einer virtuellen Vorstandssitzung, um sich nach einem herausfordernden Schuljahr, das so niemand zuvor im Schuldienst erlebt hat, über die Erfahrungen seit Wiederaufnahme des Schulbetriebs im Mai auszutauschen. In der Sitzung wurde u. a. auch der Fahrplan für das Weiterarbeiten über die Sommerferien hinweg erarbeitet, da neben der Bezirksarbeit auch einige virtuelle Arbeitstreffen auf Landesebene anstanden. So nahmen die Bezirksvorstandsmitglieder an unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften teil, um via Konferenzschaltungen mit Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirken Koblenz und Neustadt Impulse und Strategien für den anstehenden Personalratswahlkampf im Jahr 2021 zu erarbeiten. Gegen Ende der Sommerferien tagte dann der Geschäftsführende Landesvorstand, dem auch Mitglieder des Bezirks Trier angehören, um das Motto für die Personalratswahlen 2021 festzulegen, einen Fahrplan zu schnüren und die Impulse aus den drei Bezirken zu bündeln. Diese richtungweisenden Ergebnisse sollen Berücksichtigung u. a. in den Schulungen der Örtlichen Personalräte sowie der Bezirksversammlung des Bezirks Trier finden.

#### Unterstützung der neuen Ausbildungsgruppe Trier

Wenige Tage vor dem offiziellen Antritt der neuen Ausbildungsgruppe der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter wurden die Begrüßungstaschen für die Ausbildungs-

gruppe gepackt, die Blöcke, Stifte, Informationsbroschüren über den VRB und den umfangreichen sowie informativen Wegweiser für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter enthielten. Eine Routinearbeit, die diesmal nachdenklich stimmte. Denn im Regelfall bekommen die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter die Informationen von Mitgliedern des Bezirksvorstands persönlich überreicht. So kommen die Vorstandsmitglieder mit den Anwärterinnen und Anwärtern ins Gespräch, beantworten Fragen und können individuelle Tipps geben. Dieses Mal war es anders: Externen ist aufgrund des bestehenden Hygienekonzepts des Studienseminars für das Lehramt an Realschulen plus Trier der Zutritt nicht gestattet. Somit fällt der persönliche Erstkontakt weg. Das Informationsmaterial wurde durch den stellvertretenden Seminarleiter Nicolas Sieger in Empfang genommen und der neuen Ausbildungs-

gruppe zur Verfügung gestellt. Doch kann das Material den persönlichen Austausch ersetzen? Welches Bild werden die jungen Kolleginnen und Kollegen von der Bedeutung der Verbände und Gewerkschaften im Schulleben gewinnen? Wir sind herausgefordert, neue Kommunikationswege zu beschreiten.

#### Das neue Schuljahr: Problemanzeigen aufgreifen

In der digitalen Bezirksvorstandssitzung Ende August, zwei Wochen nach den Sommerferien und wiedereinsetzendem Schulbetrieb, tauschten sich die Vorstandsmitglieder u. a. über die Hygienepläne an den Schulen aus. Mancherorts seien die konkreten Umsetzungen des Hygieneplans der Landesregierung und der Schulen nur schwer mit dem Schulalltag zu vereinen: das Händewaschen zu Unterrichtsbeginn und nach Pausen nehme einen nicht un-





erheblichen Zeitaufwand ein und die zu leistenden Aufsichten der Kolleginnen und Kollegen führten zu zusätzlichen Belastungen im täglichen Schulbetrieb. Das war nur eine Auswahl der Anliegen, die an den Vorstand herangetragen wurden. Sie wurden auf Landesebene im Geschäftsführenden Vorstand aufgegriffen und an die bildungspolitischen Entscheidungsträger weitergegeben.

### Vorstandssitzung endlich mal wieder als Präsenzveranstaltung

In der ersten analog stattfindenden Bezirksvorstandssitzung Ende September richtete sich unser Blick Richtung Schulen auf zwei Themenschwerpunkte: die Weiterentwicklung des Hygienekonzepts und dessen Umsetzung hinsichtlich des Lüftens in den Herbst- und Wintermonaten sowie die Fortschritte bei der Digitalisierung in den Schulen im Bezirk Trier.

Der Vorstand nahm die Vorbereitung der Schulungen der örtlichen Personalvertretungen in Treis-Karden in den Blick und deren inhaltliche Schwerpunktsetzung.

### Bezirksversammlung

Darüber hinaus wurden weiterhin bildungspolitische Akzente thematisiert, die auf Landesebene in die Arbeit der kommenden Monate mit einfließen sollen.

Hier stand u.a. die Planung der Bezirksversammlung im November im Vordergrund, auf der die Kandidatinnen und Kandidaten des Bezirks Trier für die Wahlen zu den Stufenvertretungen im Bereich der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen nominiert werden.

Mit Blick auf die Umsetzung des Digitalpaktes erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bezirksversammlung ein Impulsreferat zum Thema „Digitale Elemente in der Schulentwicklung“. Holger Schwab (Bezirksschatzmeister und Leiter des Medienzentrums Wittlich) wird den Kolleginnen und Kollegen den Einsatz des Videokonferenzsystems BigBlueButton, des Schulcampus RLP und digitale Endgeräte für Lehrkräfte und Schulen nahebringen und erläutern.

### Schnelle Info-Broschüre „Hieronymus“

Im Rahmen der letzten Bezirksvorstandssitzungen tagte auch das Redaktionsteam des Hieronymus. Die bezirksbezogene Informationsbroschüre, welche uns als schnelles Kommunikationsmedium dient, ermöglicht es uns, sowohl unsere Aktiven als auch Pensionäre zeitnah über unsere Tätigkeiten zu informieren. So konnten seit Beginn des Kalenderjahres die Mitglieder des Bezirks Trier zwei weitere Ausgaben erhalten. Neben der Vorstellung der

Mitglieder des Bezirksvorstandes erhielten die Leserinnen und Leser zudem Informationen zu den neuesten Entwicklungen im Schulbetrieb seit der Pandemie. So verweist der Hieronymus beispielsweise auf die VRB-Homepage, auf der dank Holger Schwab und Gerhard Hein aktuelle Infos und Materialien bereitgestellt werden. Zudem wurden die Mitglieder über Personalratfortbildungen und Entwicklungen hinsichtlich der Anschaffung digitaler Endgeräte in Schulen am Beispiel des Eifelkreises unterrichtet. Die nächste geplante Ausgabe wird bezirksbezogene Veranstaltungen und weitere Entwicklungen aufgreifen.

### Enger Kontakt zu den Mitgliedern

In den vergangenen Monaten standen wir zudem in verstärktem Mailaustausch und engem Telefonkontakt mit unseren Mitgliedern. Dank der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit flossen Impulse und Informationen aus den Schulen in unsere Verbandsarbeit und in die Arbeit der Personalvertretungen mit ein. Für die konstruktive und wertschätzende Zusammenarbeit danken wir unseren Mitgliedern.



**Christoph Krier**  
christoph.krier@vrb-rlp.de



Die Infobroschüre „Hieronymus“ verantworten Christian Jäger und Anna Becker, die Einladung zur Bezirksversammlung gestaltete Holger Schwab.

## VRB-Handbuch für Lehrkräfte

### 59. Ergänzung erschienen – Kurzübersicht

Aktualisiert wurden u.a. die Adressen „ADD“ (1.12), die „Lehrkräfte-Organisationen“ (1.16), die „Arbeitsverwaltung“ (1.17), die „Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte ...“ (4.36), die „Besoldungstabellen“ (5.9) und die Ferientermine (16.4). Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet wurden folgende Beiträge:

**Gerhard Peifer** hat seinen Beitrag „**Rechtsquellen des Beamtenrechts**“ bearbeitet. Das Landesbeamtengesetz, das in Umsetzung der Föderalismusreform 2012 in Kraft getreten ist, ist neben dem Beamtenstatusgesetz die grundlegende Rechtsquelle für beamtenrechtliche Fragen in Rheinland-Pfalz. (4.1)

Rheinland-Pfalz hat mit Wirkung vom 1.7.2019 den Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit neu geregelt. **Rainer Gierlich** bringt die Neuregelung in seinen Beitrag „**Zuschläge**“ ein. (5.3)

In der Neufassung seines Beitrages „**Kindergeld für beamtete Lehrkräfte**“ geht **Rainer Gierlich** auf zentrale Fragen ein: Wer hat Anspruch auf Kindergeld? Wann entsteht ein Anspruch auf Kindergeld? Welche Auswirkungen hat der Kindergeldanspruch auf die Beamtenbesoldung? (5.8)

Aktualisiert werden die „**Steuerfragen**“ (5.40). Darin gibt **Hartmut Ross** nützliche Hinweise zu den Aufwendungen, die bei Lehrkräften „berufstypisch“ sind und in anderen Kommentaren

häufig zu kurz kommen. Auch der Beitrag „**Werbungskosten**“ wird im Licht der aktuellen Rechtsprechung aktualisiert.

Bewerberinnen und Bewerber haben einen Anspruch darauf, dass der Dienstherr eine faire und chancengleiche Behandlung ihrer Bewerbung mit rechtsfehlerfreier Wahrnehmung der ihm gegebenen Beurteilungsermächtigung vornimmt. **Gerhard Peifer** gibt in seinem Beitrag „**Auswahlverfahren**“ Rechts- und Verfahrenshinweise. (8.8)

„**Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit**“ ist allumfassend. Sie gilt grundsätzlich für alle Angelegenheiten, von denen die Lehrkräfte und sonstigen Beschäftigten im Dienst oder aus Anlass des Dienstes erfahren. **Gerhard Peifer** geht in seinem Beitrag auf Grundsätze, Umfang, Inhalt und auch auf Disziplinarfolgen bei Verletzung der Verschwiegenheitspflicht ein. (8.35)

Wir setzen die schulrelevante Kommentierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) fort. **Klaus Lotz** setzt das Kapitel „**Beteiligung des Personalrates – Mitwirkung und Mitbestimmung (§§73-83)**“ mit der Kommentierung des § 79 „Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten“ fort. (11.5.2)

Die „**Termine des Schuljahres**“ werden neu strukturiert. **Dieter Schmitt** bringt im ersten Schritt eine schulartübergreifende Übersicht sowie Termine der Sekundarstufe I ein. (16.1)



Das VRB-Handbuch erscheint im Wings-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

**VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.**

## Impressum

### Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

### Landesvorsitzender

Timo Lichthenthaler  
Felix-Blass-Straße 2  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
Tel: 0 26 41/9 11 72 84  
timo.lichtenthaler@vrb-rlp.de

### Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 26 71 / 60 78 95  
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

### Schatzmeister

Martin Radigk  
Nachtigallenweg 55  
67346 Speyer  
Tel: 0 62 32 / 4 04 44  
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18  
schatzmeister@vrb-rlp.de

### Redaktion

Wolfgang Wünschel  
Am Schlossberg 20  
76835 Hainfeld  
Tel: 0 63 23 / 8 18 77  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

### Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),  
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),  
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),  
Regina Sersch (Ser)

### Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de  
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

### Anzeigenberatung und -preislise

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

## Dr. Walter Trapp neunzigjährig verstorben

Walter Trapp gehörte zu den Pionieren, die aus der Realschule eine Rampe des gesellschaftlichen Aufschwungs machten, so ein Nachruf in der FAZ anlässlich des Todes des langjährigen VDR-Bundesvorsitzenden.

Walter Trapp legte 1949 sein Abitur ab. Nach erfolgreichem Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) in Pädagogik (Lehramt für Volksschulen) begann er ein Referendariat an verschiedenen bayerischen Volksschulen. Bereits 1955 übernahm er die Leitung der Volksschule in Ehrenberg, die er bis 1958 wahrnahm.

1958 bis 1959 studierte Trapp wieder in München mit dem Schwerpunkt „Lehramt Realschule“. Er bekam anschließend eine Anstellung an



der Realschule in Pfaffenhofen/Ilm, wo er ab 1968 als Konrektor tätig war. Zwischenzeitlich studierte Walter Trapp Pädagogik und Psychologie sowie Bayrische Geschichte an der LMU. Das Promotionsstudium schloss er 1971 mit seiner Dissertation über den Geschichtsunterricht in Bayern ab. Fast 20 Jahre bis zu seiner Pensionierung 1990 leitete Walter Trapp die Realschule in Geisenfeld.

Von 1986 bis 1998 war Walter Trapp Vorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes. Gespräche mit ihm waren stets von seiner Lebensweisheit und von seinem einzigartigen Witz und Humor geprägt. „Den intensiven Austausch mit ihm, seine Erfahrungen und den Menschen Walter Trapp werden wir schmerzlich vermissen“, so der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm in seiner Würdigung.

Ka



Foto: Adobe Stock

### Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



**Wolfgang Seebach**

Unterstraße 19  
56814 Faid

mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Tel: 0 26 71 / 85 49

Fax: 0 26 71 / 60 78 95

### In der kommenden Ausgabe ...



- stellen wir die Personalratswahlen in den Mittelpunkt und präsentieren die VRB-Teams für die Stufenvertretungen,
- fragen wir, wie Schule und Lehrkräfte den Corona-Herausforderungen begegnen,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- erfahren Sie, welche Wirkungen die Digitalpakt-Mittel in den Schulen entfalten,
- eröffnet Monika Antoni eine neue Reihe mit Lichtblicken aus dem Schulalltag,
- führt Sie Wolfgang Seebach in die Welt der „eBeihilfe“,
- spricht Wilfried Rausch mit Andreas Stegmann und Nicolas Cordes über das Unterrichtsfach Ethik,
- berichten Regina Sersch und Nicole Weiß-Urbach über die digitale Siegerehrung und Fachtagung anlässlich des Förderwettbewerbs „MINT-Regionen“,
- gibt es vielleicht endlich einen Platz für Martina Hagemanns „Lehrer müsste man sein!“
- informieren wir über digitale Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- stellen wir die aktuellen Ergebnisse unserer Verhandlungen und Beratungen mit dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden vor
- und behalten die Landtagswahlen im Blick.



## Öffentlicher Dienst/Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz Mehr Wertschätzung! Mehr Fürsorge! Mehr Rückendeckung!

Ohne den öffentlichen Dienst ist im wahren Sinne des Wortes kein „Staat“ zu machen.

Nicht nur, aber gerade in Krisenzeiten ist das besonders sichtbar. Der öffentliche Dienst hat entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland bislang „gut“ durch die Corona-Krise gekommen ist. Die Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern, das Personal in Leistungs- und Kommunalverwaltungen, die Einsatzkräfte in den Rettungsdiensten, Feuerwehr, Polizei, die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten haben viel öffentliche Wertschätzung für ihren Einsatz erfahren; auch wir Lehrerinnen und Lehrer – zunächst. Als allerdings für die „Unverzichtbaren“ und „Alltagshelden“ eine bessere Besoldung und bessere Arbeitsbedingungen gefordert wurden, waren die gewohnten Beißreflexe wieder da. Ist das ein weiteres Anzeichen dafür, dass der gesellschaftliche Rückhalt für den öffentlichen Dienst schwindet? Staatlich Bedienstete sind zunehmend Opfer von Hass, Hetze und Gewalt.

### Gewalt gegenüber Staatsbediensteten: Betroffenheit reicht nicht aus

„Gewalt gegen Retter: Angegriffen, angepöbelt, angespuckt“ (ZDF zum Weltrotkreuz- und Rothalbmondtag am 8. Mai 2019), das ist inzwischen keine außergewöhnliche Schlagzeile mehr. Anfeindungen und Gewalt - das ist auch in Rheinland-Pfalz bisweilen trauriger Alltag im öffentlichen Dienst. Zuletzt ereignete sich im Oktober ein brutaler Angriff auf einen Polizisten in Andernach. Das Opfer wurde in den sozialen Medien anschließend verhöhnt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer reagierte entsprechend entsetzt: „Die Tat selbst, aber auch die Verhöhnung des besonders schwer verletzten Polizisten in den sozialen Medien macht fassungslos“. Mit #RespektBitte wurde in den sozialen Netzwerken ein Gegenzeichen gesetzt. Das ist begrüßenswert, aber es genügt nicht. Die Fragen sind doch: Wie kommt es zu dem Verfall von Respekt und wie muss dem entgegengewirkt werden? Es reicht nicht aus, Betroffenheit auszusprechen und Solidarität zuzusichern. Die Politik hat bei vielen staatlichen Bediensteten bereits ein Glaubwürdigkeitsproblem: Wertschätzende und solidarisierende Worte werden als Phrasen eingeordnet, weil der Rückhalt für den öffentlichen Dienst im Alltag nicht spürbar ist.

### Mangelhafter Rückhalt

Notengebung, erzieherische Maßnahmen, Unterrichtsinhalte, Corona-Maßnahmen, allgemeine Regeln des Miteinanders: Es gibt im schulischen Kontext kaum einen Bereich, der nicht seitens der Eltern kritisch hinterfragt wird. Das ist ihr gutes Recht, vieles lässt sich im persönlichen Gespräch klären. Immer häufiger sind jedoch folgende Entwicklungen zu beobachten: Einige Eltern akzeptieren auch begründete Entscheidungen nicht mehr und begegnen Lehrkräften wie Schulleitungen mit verbaler und auch mit physischer Aggressivität. Auch Hetze in sozialen Netzwerken ist

keine Seltenheit. Folgen hat das für die Aggressoren und Hetzer eher selten, häufiger müssen sich dagegen Lehrkräfte und Schulleitung erklären. Viele Eltern suchen zudem erst gar nicht mehr das Gespräch mit den Verantwortlichen vor Ort, sondern wenden sich direkt an das Bildungsministerium oder an die Ministerpräsidentin. Und die reagieren mitunter prompt, selbst wenn die Vorwürfe noch so kruder Unsinn sind. Beschwerden von Lehrkräften und Schulleitungen über aggressive und gewalttätige Eltern verlaufen dagegen meistens im Sand. Es verfestigt sich deshalb zunehmend der Eindruck, dass die Landesregierung schnell das Handeln ihrer eigenen Beschäftigten kritisch hinterfragt, sich aber nicht mit gleicher Konsequenz schützend vor sie stellt. Dem Ansehen des öffentlichen Dienstes ist das nicht förderlich.

### Berechtigte Forderungen werden nicht umgesetzt

Abwertungen des öffentlichen Dienstes sind gerade dann beobachtbar, wenn Verbesserungen bei der Besoldung und den Arbeitsbedingungen einfordert werden. Die „Helden des Alltags“ wurden für ihren Einsatz während der ersten Corona-Hochphase noch öffentlich gefeiert, um dann später umso entschiedener angegriffen zu werden, als mit den kommunalen Arbeitgebern neue Tarife ausgehandelt wurden. Medialer Tenor: Wer privilegiert ist und einen sicheren Arbeitsplatz beim Staat hat, solle in Zeiten von Kurzarbeit keine überzogenen Gehaltsforderungen stellen. In wirtschaftlich guten Zeiten heißt es: „Jetzt ist nicht die Zeit für höhere Gehaltsforderungen und bessere Arbeitsbedingungen. Der Staat müsse Schulden abbauen und Vorsorge für die nächste Krise betreiben“. In wirtschaftlichen schlechten Zeiten heißt es: „Jetzt ist nicht die Zeit für Forderungen, schließlich sei man als Staatsbedienstete ohnehin privilegiert“. Einen richtigen Zeitpunkt für die berechtigten Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gibt es demnach nie. Es wird immer suggeriert, die Forderungen seien nicht angemessen und unanständig. Das ist Opportunismus, der das Ansehen des öffentlichen Dienstes beschädigt.

**KlarText:** Die Politik muss sich ehrlich machen. Sie trägt selbst dazu bei, dass das Ansehen des öffentlichen Dienstes beschädigt ist. Rheinland-Pfalz hat einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst. Diesen gibt es nicht zum Nulltarif. Echte Wertschätzung, nachhaltige Fürsorge und konsequente Rückendeckung sind der Dreiklang, um das Ansehen des öffentlichen Dienstes zu stärken. Berechtigte Forderungen dürfen nicht leichtfertig aus opportunistischem Kalkül diffamiert werden. Und wer mehr Respekt gegenüber dem öffentlichen Dienst einfordert, der sollte sich entscheiden von all jenen Gruppierungen distanzieren, die Hass und Hetze gegen Staatsbedienstete verbreiten.

# Beitrittserklärung

**Verband Reale Bildung**  
**Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach**  
**Unterstraße 19**  
**56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49**  
**Fax: 0 26 71 / 60 78 95**  
**E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de**

Name ..... Vorname ..... Geb.-Datum ..... E-Mail .....

Straße ..... PLZ und Wohnort ..... Telefon/Fax/Mobil-Nr. ....

Dienstbezeichnung ..... Schule ..... Prüfungsfächer .....

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....

Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden  Ich bin Mitglied im ÖPR

Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar ..... voraussichtlich bis zum .....

Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ..... ist bereits Mitglied im Verband.

**Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.**

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl ..... Name der Bank ..... Kontonummer .....

(sofern bekannt) IBAN ..... BIC .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

## Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

**Lehrkräfte mit einem Deputat**

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

**Mitglieder in Alterszeit**

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

**Beurlaubte, Pensionäre**

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

**Ehegatten, Lebenspartner**

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

**Lehramtsanwärter**

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**



# LETZTE MELDUNGEN

DIE LETZTE SEITE



## ► VORANKÜNDIGUNG:

TERMIN DER HAUPTVERSAMMLUNG AM 21. APRIL 2021

**Der Geschäftsführende Vorstand hat als Termin für die nächste Hauptversammlung den 21. April 2021 festgelegt und die erforderlichen Planungsschritte eingeleitet. Als Tagungsstätte wurde die Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim gebucht.**

Die Durchführung der Hauptversammlung hängt allerdings von der weiteren Entwicklung der Pandemie und den sich daraus ergebenden Vorgaben der Landesregierung und des Gesundheitsamtes des Kreises Mainz-Bingen ab.

Die Tagungsunterlagen der abgesagten Hauptversammlung 2020 werden mit den Ergänzungen zu dem Rechenschaftsbericht und dem Kassenbericht sowie durch weitere Anträge aus der Mitgliedschaft nach der offiziell-

len Einladung die Grundlage der Hauptversammlung 2021 bilden.

Sollte die geplante Hauptversammlung wiederum nicht durchgeführt werden können, verbleibt laut Satzung der gewählte Vorstand im Amt.

Die Möglichkeit einer virtuellen Hauptversammlung ohne physische Präsenz der Mitglieder hat sich der Vorstand von unserer Justiziarin Antonia Dufeu erläutern lassen und sich aufgrund der juristischen Expertise dagegen ent-

schieden. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren die Vorgaben des Bürgerlichen Gesetzbuches zu den Wahlen des Vorstandes, die eine Stimmabgabe der Hälfte der Mitglieder in Textform vorgibt (§ 27 BGB. Im § 5 Abs. 3), und gleichzeitig die Möglichkeit der durch die Satzung gesicherten Fortführung der Vorstandsarbeit durch die gewählten Vorstandsmitglieder. Alle Vorstandsmitglieder haben ihre Bereitschaft erklärt, ihr Amt weiterhin auszuüben.

Wir bitten Sie, sich auf unserer Website über den Planungsstand zur Hauptversammlung auf dem Laufenden zu halten.

## ► WECHSEL IN SZENARIO 2?

„Wir gehen davon aus, dass wir in den nächsten beiden Wochen erste Ergebnisse sehen. ...Wenn der Anstieg der Infektionszahlen mit den beschlossenen Maßnahmen trotzdem nicht gesenkt werden kann, werden wir nicht umhin kommen, weitere Maßnahmen zur Kontaktreduzierung zu ergreifen. Dazu gehört es etwa, den Oberstufen zu ermöglichen, zeitlich befristet in Wechselmodelle zu gehen. Die Schulen haben sich darauf vorbereitet.“ (Bildungsministerin Hubig in einer PM vom 10.11.2020)

## ► AUSTAUSCH, UNTERSTÜTZUNG UND BERATUNG: VRB-SPRECHSTUNDEN

Sie haben Fragen, benötigen Unterstützung oder möchten einen kompetenten Austausch zu einem schulischen Themenkomplex? Wenden Sie sich an uns! Das VRB-Beratersteam ist breit aufgestellt. Es bietet Ihnen im schulischen Kontext Orientierung, Klärung und Information.

**Nutzen Sie unser Angebot!** Wir vereinbaren mit Ihnen einen Termin und organisieren bei Bedarf eine digitale VRB-Sprechstunde mit einem kompetenten Ansprechpartner zu Ihrem Themenkomplex.

**Saskia Tittgen**  
Bezirksvorsitzende Neustadt  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de

**Bengjamin Bajraktari**  
Bezirksvorsitzender Koblenz  
bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de

**Christoph Krier**  
Bezirksvorsitzender Trier  
christoph.krier@vrb-rlp.de

Foto: Adobe Stock



[www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)